

Axel Plünnecke / Susanne Seyda

Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik

Analysen

Forschungsberichte
aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Axel Plünnecke / Susanne Seyda

Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-602-14760-1

Diese Analyse basiert auf einem Gutachten für den Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2007 Deutscher Instituts-Verlag GmbH
Gustav-Heinemann-Ufer 84–88, 50968 Köln
Postfach 51 06 70, 50942 Köln
Telefon 0221 4981-452
Fax 0221 4981-445
div@iwkoeln.de
www.divkoeln.de

Druck: Hundt Druck GmbH, Köln

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Analyse der Wirkung familienpolitischer Maßnahmen	5
2.1	Theorie der Wirkung familienpolitischer Maßnahmen	7
2.2	Wirkungen der Familienpolitik auf die Kinderzahl	11
2.2.1	Internationale Studien	12
2.2.2	Studien für Deutschland	23
2.3	Wirkungen der Familienpolitik auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen	28
2.4	Wirkungen der Familienpolitik auf den Bildungsstand von Kindern	40
3	Das Wachstumsmodell zur Analyse der Effekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik	46
3.1	Zur Theorie des Wachstums	46
3.2	Die Wachstumstreiber im SVR-Modell	48
3.3	Wachstumssteigernde familienpolitische Maßnahmen	50
4	Wachstumswirkungen der Familienpolitik	55
4.1	Primärer Wachstumseffekt	56
4.2	Gesamteffekt einer wachstumsorientierten Familienpolitik	60
4.3	Wachstumsdividenden	65
5	Fazit	67
	Literatur	68
	Kurzdarstellung / Abstract	75
	Die Autoren	76

1

Einleitung

Mehr und mehr wird deutlich, welche Folgen der demografische Wandel für unsere Gesellschaft hat. Dabei geht es nicht nur um die renten- und sozialpolitischen Aspekte einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung, sondern auch um die ökonomischen Konsequenzen, zum Beispiel auf das Wachstum. Der Familienpolitik kommt bei der Bewältigung des demografischen Wandels eine besondere Rolle zu, da sie Maßnahmen ergreifen kann, mit deren Hilfe der demografische Trend geändert, die Geburtenrate also angehoben werden kann. Familienpolitik hat ferner Auswirkungen auf das Verhalten von Familien und ihren Mitgliedern, die ihrerseits Einfluss auf die Entwicklung der Wirtschaft und des Wachstums in Deutschland nehmen.

Wirtschaftlicher Erfolg hängt jetzt und in Zukunft nicht nur von der absoluten Zahl der Erwerbsfähigen ab, die an der Erwirtschaftung des Bruttoinlandsprodukts mitwirken, sondern auch von ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Ebenso stellt das Qualifikationsniveau der Bevölkerung wichtige Weichen für die Entwicklung von Einkommen und Wachstum in Deutschland. Denn von Bildungsstand und Innovationsfähigkeit hängt ab, in welchen Bereichen die Menschen beruflich tätig sein können und in welchem Maße Unternehmen in Deutschland dringend benötigten Nachwuchs an qualifizierten Fachkräften finden.

Die vorliegende Studie befasst sich mit der Frage, inwieweit durch eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik die zukünftigen Wachstumschancen verbessert werden können. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei neben den Wachstumswirkungen einer höheren Geburtenrate die Effekte der Familienpolitik auf Erwerbsbeteiligung und Bildungsstand der Bevölkerung.

Anhand einer Metastudie, mit der die wissenschaftliche Literatur ausgewertet wird, wird in Kapitel 2 zunächst aufgezeigt, welche Wirkungen bis zum Jahr 2050 durch familienpolitische Maßnahmen entstehen können. Sie zeigt zunächst,

- wie durch familienpolitische Maßnahmen die Kinderzahl erhöht werden kann,
- wie sich Familienpolitik auf die Erwerbstätigkeit auswirkt und
- wie die Familienpolitik zur Verbesserung des Bildungsstands der Kinder beitragen kann.

In Kapitel 3 wird das in der Studie verwendete Wachstumsmodell des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgestellt und seine Wachstumstreiber beschrieben. Darauf aufbauend wird dann

im Weiteren diskutiert, welche wachstumssteigernden Effekte verschiedene familienpolitische Maßnahmen haben können.

Welche quantitativen Wachstumseffekte Familienpolitik bewirken kann, wird in Kapitel 4 berechnet. Zuerst wird dabei untersucht, welche Wachstumswirkungen allein von einer steigenden Kinderzahl ausgehen, nämlich mehr Erwerbstätige, eine veränderte Altersstruktur der Bevölkerung und daraus resultierend eine geringere Abgabenbelastung der Wirtschaft (primärer Effekt). In einem zweiten Schritt wird analysiert, welche weiteren Effekte durch eine wachstumsorientierte Familienpolitik zu erreichen wären (Gesamteffekt). Diese bestünden darin, die Erwerbstätigkeit insbesondere von Frauen und Jugendlichen zu stärken und durch eine entsprechende frühkindliche Förderung das Humankapital zu stärken. In einem dritten Schritt wird untersucht, welche Wachstumsgewinne bis zum Jahr 2050 erzielt werden könnten. Ein Fazit rundet die Arbeit in Kapitel 5 ab.

2

Analyse der Wirkung familienpolitischer Maßnahmen

Familienpolitische Maßnahmen orientieren sich an den Aufgaben, welche die Familie für ihre Mitglieder, aber auch für die Gesellschaft übernimmt. Zu diesen Aufgaben zählen:

- **Reproduktionsfunktion:** Die grundlegende Aufgabe der Familie ist der Generationenerhalt. Die Familie sorgt für den zahlenmäßigen Erhalt der Bevölkerung.
- **Existenzsicherung/Haushaltsfunktion:** Die Familie sorgt für die Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Nahrung, Wohnen und Kleidung. Die Einkommenserzielung durch Erwerbstätigkeit ist dabei wichtig zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz.
- **Sozialisationsfunktion:** In der Familie werden Werte und Normen unserer Gesellschaft weitergegeben. Darüber hinaus erfolgt die Erziehung und Bildung der Kinder vor allem in jungen Jahren durch die Eltern und in von Eltern ausgewählten Betreuungseinrichtungen; später übernimmt die Schule eine wichtige Bildungs- und Erziehungsfunktion.
- **Altersvorsorgefunktion:** Die Familie übernimmt in schwierigen Phasen (Alter, Krankheit oder Armut) eine unterstützende Funktion.

Deutschland investiert 2,9 Prozent des BIP in familienpolitische Sach- und Barleistungen (ohne Steuerfreibeträge) und damit mehr als der EU-15-Schnitt (2,08 Prozent). Der Schwerpunkt der Familienpolitik in Deutschland liegt auf der finanziellen Förderung bestehender Familien in Form von steuerlichen Erleichterungen, Kindergeld, Anerkennung von Kindererziehungsleistungen, Gewährung von Erziehungsgeld usw. Die Entwicklung der Familien- beziehungsweise Geburtenzahl wurde aber ebenso wenig wie das sich wandelnde Rollenverständnis der Frauen und Männer berücksichtigt. Während beispielsweise Schweden sehr früh den Schwerpunkt der Familienpolitik auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Integration der Frauen und Mütter in den Arbeitsmarkt legte, betonte die deutsche Familienpolitik bislang die finanzielle Anerkennung der Kindererziehungsleistung, die in der weit überwiegenden Mehrzahl durch die Mütter stattfand – in Form von Kindergeld und anderen Transferleistungen, deren Gesamtheit sich in den Begriffen Familienlasten- beziehungsweise Familienleistungsausgleich widerspiegelt.

Zieht man ein Fazit der bisherigen Familienpolitik, so muss man feststellen, dass die deutsche Familienpolitik die Familien in ihren Aufgaben nicht zielorientiert unterstützt hat:

- Die Geburtenrate liegt seit Jahren deutlich unterhalb des Reproduktionsniveaus.
- Die Frauenerwerbstätigkeit steigt kontinuierlich, befindet sich im internationalen Vergleich allerdings nur im Mittelfeld. Die simultane Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist verbesserungsfähig.
- Der Bildungsstand der Kinder hängt in Deutschland so stark wie in fast keinem anderen OECD-Land von der familiären Herkunft ab, das heißt dem Staat gelingt es nicht, alle Familien bei der Wahrnehmung ihrer Sozialisationsfunktion ausreichend zu unterstützen.

Dennoch werden in Deutschland jährlich immense Beträge für die Familien ausgegeben. Da eine exakte Abgrenzung der Leistungen, die zu den familienpolitischen Maßnahmen zu zählen sind, fehlt, reichen die Angaben von 100 Milliarden Euro seitens der Bundesregierung bis 250 Milliarden Euro (Rosenschon, 2006). Eine abschließende und vollständige Nomenklatur aller Familienleistungen für Deutschland fehlt bisher ebenso wie eine Evaluation der Wirksamkeit dieser Maßnahmen.¹

¹ Dies soll künftig im Rahmen des vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) neu eingerichteten Kompetenzzentrums Familienleistungen erarbeitet werden.

2.1 Theorie der Wirkung familienpolitischer Maßnahmen

Familienpolitische Maßnahmen können sich in vielfältiger Weise auswirken. Der Schwerpunkt dieser Untersuchung wird auf den ersten drei der oben genannten Familienfunktionen liegen. Insbesondere werden also die Wirkungen von Familienpolitik auf die Fertilität, die Frauenerwerbstätigkeit und auf den Bildungsstand der Kinder untersucht.

Die ökonomische Theorie der Fertilität erklärt das generative Verhalten als Ergebnis eines ökonomischen Kalküls. Den Kosten der Kindererziehung (Einkommens-, Güter- und Zeitaufwand) wird der Nutzen der Kinder (Konsum-, Arbeits- und Vorsorgenutzen) gegenübergestellt. Das Einkommen stellt in dieser Theorie eine zentrale Determinante der Fertilitätsentscheidung dar, da mit steigendem Einkommen eine größere Zahl an Kindern aufgezogen werden kann (Einkommenseffekt). Gleichzeitig entstehen durch die Geburten und das Erziehen der Kinder Opportunitätskosten, weil der betreuende Elternteil meist nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätig sein kann. Es kommt zu direkten finanziellen Einbußen durch nicht realisiertes Lohneinkommen und zu indirekten Kosten durch den – eventuell nur zeitweisen – Verlust an Humankapital, durch verringerte Karriere-möglichkeiten und geringeres Lebenszeiteinkommen, die den Preis der Kinder erhöhen und dadurch einen Substitutionseffekt hervorrufen (Becker, 1991).

Die Beweggründe für die Erwerbstätigkeit sind nicht nur finanzieller Natur. Daneben führt auch eine intrinsische Motivation der Frauen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Dazu zählt zum einen der Wunsch vieler Frauen nach ökonomischer Unabhängigkeit durch ein eigenes, vom Partner unabhängiges Einkommen. Zum anderen spiegelt die intrinsische Motivation das Interesse an anderen Tätigkeiten als der Haushaltsführung wider. Ein verändertes Rollenverständnis hat zu einer stärkeren Bildungsbeteiligung der Frauen geführt, die sich in einer steigenden Erwerbsbeteiligung niederschlägt. Generell gilt, dass mit steigendem Bildungsstand die Erwerbsneigung steigt, da getätigte Bildungsinvestitionen mit einer bezahlten Tätigkeit amortisiert werden sollen. Unterstützt wird der Prozess der verstärkten Eingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt durch einen großen Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Die durch den demografischen Wandel bedingte Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials wird diesen Bedarf in Zukunft noch verstärken.

Zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Fertilität kann eine wechselseitige Beeinflussung bestehen: Erwerbstätige Frauen bekommen weniger Kinder, und Frauen mit Kindern schränken ihr Arbeitsangebot ein. Demnach beeinflussen einerseits die Ausübung und der Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit langfristig die Fertilität; mit steigendem Bildungsniveau, steigenden Erwerbschancen, stei-

gendem Lohn sowie besseren Karrieremöglichkeiten für Frauen erhöhen sich die Opportunitätskosten einer kinderbedingten Arbeitsunterbrechung und wirken damit dämpfend auf die Fertilität. Andererseits wird kurzfristig das Arbeitsangebot von Müttern in den ersten Lebensjahren der Kinder durch Schwangerschaft, Geburt und Kinderbetreuung determiniert (Rindfuss et al., 2003). Mit steigender Kinderzahl sinkt die Erwerbsbereitschaft der Frauen bei begrenztem Zeitbudget. Eine aktuelle Analyse zur Ermittlung der Richtung des Kausalzusammenhangs zwischen Fertilität und Frauenerwerbstätigkeit (Schröder, 2006) zeigt für Deutschland, dass sich erwerbstätige Frauen und Hausfrauen in jüngeren Kohorten bezüglich der Kinderorientierung stärker unterscheiden als in älteren Kohorten. Des Weiteren zeigt Schröder (2006), dass Fertilitätsabsichten die Erwerbstätigkeit beeinflussen. So haben diejenigen Frauen die höchsten Übergangsraten in Mutterschaft, die bisher einen Großteil der Zeit erwerbstätig waren, aber aktuell nicht erwerbstätig sind. Die niedrigsten Übergangsraten haben Frauen, die lange nicht erwerbstätig waren, es aktuell aber sind. Zusammenfassend kann man sagen, dass nicht der Faktor Erwerbsbeteiligung der Auslöser dafür ist, dass nicht erwerbstätige Frauen eher ein Kind bekommen als erwerbstätige. Die Ursache ist vielmehr darin zu suchen, dass Frauen mit Kinderwunsch eher die Nichterwerbstätigkeit wählen als Frauen mit geringer Kinderorientierung oder geringem aktuellen Kinderwunsch.

Auch wenn die Studie von Schröder (2006) zeigt, dass vielfach Selbstselektionseffekte fertilitätsbestimmend sind, bleibt dennoch zu konstatieren, dass es Rahmenbedingungen gibt, die bei gegebener Kinderorientierung die Umsetzung des Kinderwunschs erleichtern und das Spannungsverhältnis zwischen Familie und Beruf mildern. Viele Studien zeigen, dass dort, wo die Vereinbarkeit von Familie und Beruf relativ problemlos gelingt, die Geburtenraten tendenziell höher sind als dort, wo Frauen sich zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen (vgl. hierzu Seyda, 2003).

Der Bildungsstand beziehungsweise die Bildungsbiografie hat darüber hinaus Einfluss auf das Geburtenverhalten der Frauen und Männer, da eine abgeschlossene Ausbildung in der Regel die Voraussetzung zur Einkommenserzielung und zur Ausübung einer bezahlten Tätigkeit ist, ohne die eine Familiengründung in den wenigsten Fällen geplant wird. Lange Ausbildungszeiten führen dazu, dass die Familiengründung zeitlich nach hinten verschoben wird, sodass sich das fertile Zeitfenster der Frauen verringert. Deutschland zählt mit einem durchschnittlichen Alter von 28 Jahren bei den Absolventen eines Hochschulstudiums zu den Ländern mit den ältesten Absolventen. Insofern hat die Ausgestaltung des Bildungssystems Einfluss auf die Biografie der Menschen. Ein stärker modula-

risiertes Bildungssystem würde zum Beispiel familienbedingte Unterbrechungen (Kinderbetreuung, Pflege kranker und/oder alter Angehöriger) ermöglichen mit der Option, zu einem späteren Zeitpunkt eine Höherqualifizierung zu erwerben und/oder leichter auf den Arbeitsmarkt zurückzufinden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ein hoher Bildungsstand mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit, in jungen Jahren eine Familie zu gründen, einhergeht. Inwieweit ein hoher Bildungsstand auch verantwortlich ist für eine geringere individuelle Geburtenzahl, lässt sich theoretisch nicht beantworten. Zwar kommt es durch lange Ausbildungszeiten zu einem Verschieben der Geburten, es muss jedoch nicht zwingend zu einer Verringerung der Kinderzahl kommen, wenn die späten Geburten in kürzerer zeitlicher Abfolge realisiert werden (Nachholeffekt). Darüber hinaus geht eine hohe Qualifikation in der Regel mit einem hohen Einkommen einher, das wiederum zu einem Anstieg der Geburten führen kann.

Untersuchungen anhand des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) kommen für Deutschland zu unterschiedlichen Bewertungen des Kausalzusammenhangs zwischen Fertilität und Bildungsniveau. Blossfeld und Jaenichen (1990, 463) zeigen, dass die kontinuierlich verlaufende Bildungsexpansion der Frauengeburtskohorten mit einem diskontinuierlichen Geburtenrückgang einherging, da die wesentlich höher gebildeten jüngeren Geburtsjahrgänge ein ähnliches Geburtenverhalten aufwiesen wie die älteren Kohorten. Daraus wird gefolgert, dass das steigende Bildungsniveau über eine Verlängerung der Ausbildungszeit nur zu einer Verschiebung der Geburten auf einen späteren Zeitraum führt, die Anzahl der Geburten aber die gleiche bleibt.

Allerdings weisen neueste Studien darauf hin, dass auch das reine Hinausschieben der Geburten zum demografischen Wandel beiträgt, weil die Verzögerung zwar nicht die Gesamtkinderzahl der Frauen reduziert, aber die in einer bestimmten Periode geborenen Kinder und damit zusätzlich zur Alterung der Bevölkerung beiträgt (Lutz/Scherbov, 2003). Allein der Effekt aus dem Verschieben der Geburten in den vergangenen 20 Jahren führte zu einem Sinken der Total Fertility Rate (TFR)² in der Europäischen Union um 0,3 Kinder pro Frau, sodass die um

² Die TFR ist definiert als die Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens gebären würde, wenn sie den altersspezifischen Fertilitätsziffern aller betreffenden Jahre entsprechen würde. Es handelt sich somit um die Kinderzahl einer hypothetischen Kohorte, die sich aus der Addition der altersspezifischen Fertilitätsraten innerhalb eines Kalenderjahres ergibt. Der Vorteil der TFR liegt darin, dass sie die Fertilität sehr aktuell abbildet. Dieses Fertilitätsmaß reagiert schnell auf Veränderungen im Geburtenverhalten, zum Beispiel auf verändertes Gebäralter, auf veränderte Abstände zwischen den Geburten einer Frau und auf die veränderte Kinderzahl der Familien. Nachteilig wirkt sich hingegen aus, dass das Geburtenverhalten der so konstruierten Kohorte vom tatsächlichen Geburtenverhalten eines existierenden Frauenjahrgangs abweichen kann. Die Completed Fertility Rate (CFR) hingegen gibt die exakte Anzahl der Geborenen einer Kohorte an und kann erst berechnet werden, wenn die Frauen der jeweiligen Geburtskohorte aus dem gebärfähigen Alter ausgeschieden sind. Die TFR kann als Vorläuferin der CFR fungieren, wenn die Verhaltensänderung, die zu einer steigenden oder sinkenden TFR geführt hat, eine dauerhafte Entwicklung ist.

den Verzögerungseffekt bereinigte Gesamtgeburtenrate in der EU bei 1,8 Kindern pro Frau anstelle von 1,5 liegen könnte.

Klein (1989) stellt mittels SOEP im Gegensatz zu Blossfeld/Jaenichen fest, dass die Bildungsexpansion bei den Frauen einerseits zu einer Verschiebung der Erstgeburten im Lebenslauf der Frauen führt, die jedoch oft mit einer Verkürzung der Wartezeit zum zweiten und dritten Kind einhergeht. Gleichzeitig steige aber auch die Kinderlosigkeit, sodass der Geburtenrückgang nach seiner Berechnung zur Hälfte durch die Bildungsexpansion erklärt werden kann.

Gemäß der ökonomischen Theorie der Familie beeinflussen die Eltern, insbesondere ihr Bildungsstand, den Bildungsstand der Kinder. Bereits 1979 betrachteten Becker/Tomes den Bildungsstand der Kinder als Ergebnis der elterlichen Entscheidungen und somit der „home investments“. Um den eigenen Nutzen zu maximieren, der durch ihre Präferenzen und das verfügbare Einkommen bestimmt wird, entscheiden die Eltern, welche Ressourcen unter anderem für Konsum, Familiengröße, Ersparnisse, Wohnen und auch für die „Investitionen“ in Kinder aufgewendet werden. Die Eltern entscheiden sich somit nicht nur für die Anzahl an Kindern, sondern bestimmen zum Teil auch deren Bildungsstand.

Hinter diesen Überlegungen steht der Gedanke, dass „home investments“ in Form von Büchern, eigenem Schreibtisch, die Schule ergänzenden Lehrangeboten, bezahlter Nachhilfe usw. den Lernerfolg der Kinder positiv beeinflussen. Neben diesen finanziellen und materiellen Ressourcen spielen auch die zeitlichen Ressourcen, welche die Eltern für ihre Kinder einsetzen, eine wesentliche Rolle (Becker/Tomes, 1979 und 1986; Haveman/Wolfe, 1995, 1832 ff.). Die zeitlichen Investitionen der Eltern umfassen beispielsweise die Unterstützung bei Hausaufgaben, das Engagement der Eltern bei schulischen Veranstaltungen oder die Zeit, die für die gemeinsame Lösung von Problemen aufgewendet wird. Die Inputs der Eltern in die Bildung ihrer Kinder stehen dabei in einem relativ engen Zusammenhang zu ihrem eigenen Bildungsstand. Eltern, die Bildung für wichtig erachten, werden auch ihren Kindern die Bedeutung von Bildung nahebringen. Eltern, die eine qualifizierte Ausbildung haben, fällt es leichter, ihre Kinder bei Lernproblemen auch fachlich zu unterstützen, als Eltern mit einfacherem Bildungshintergrund.

Ferner wählen Eltern mit einem hohen Bildungsstand auch ein förderlicheres Lernumfeld für ihre Kinder. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass Eltern mit einem hohen Bildungsstand ihre Kinder häufiger in einen Kindergarten schicken (Kreyenfeld, 2004). Ein Grund dafür kann zum einen sein, dass sie eine Betreuung für ihre Kinder während ihrer Arbeitszeit benötigen, zum anderen sehen sie auch häufiger den positiven Nutzen für ihr Kind, wenn es frühzeitig mit anderen

Kindern in Kontakt kommt und schon vor dem Eintritt in die Schule altersgemäß gefördert wird. Insofern ist theoretisch nicht zu ermitteln, inwieweit die Frauenerwerbstätigkeit den Bildungsstand der Kinder beeinflusst. Das hängt entscheidend von der Qualität der externen Betreuung ab. Das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ, 2003, 38 ff.) kommt auf Basis der wohl umfassendsten Studie zur Tagesbetreuung von Kindern des National Institute of Child Health and Human Development in den USA zu dem Schluss, dass eine außerfamiliäre Betreuung als solche weder positive noch negative Auswirkungen auf die Entwicklung des Kindes hat. Fremdbetreute Kinder verbringen in der Tat weniger Zeit mit ihren Eltern, dafür wird die Zeit miteinander meist intensiver erlebt. Negative Auswirkungen auf die kindliche Entwicklung ergeben sich oft, wenn mehrere Risikofaktoren zusammenkommen: Eltern mit niedrigem Einkommen und niedrigem Bildungsstand verfügen oft auch über ein geringeres Ausmaß an Kompetenzen und Mitteln als andere Eltern, um ihre Kinder angemessen zu fördern. Darüber hinaus akzeptieren sie häufiger Betreuungsarrangements von mangelnder Qualität, wobei finanzielle Gründe in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle spielen.

2.2 Wirkungen der Familienpolitik auf die Kinderzahl

Die Kinderzahl wird von vielen Faktoren, die in Übersicht 1 dargestellt sind, beeinflusst. Neben soziodemografischen und ökonomischen Faktoren spielen auch die gesellschaftlichen und staatlichen Rahmenbedingungen eine Rolle. In kursiver Schrift sind die Faktoren gesetzt, die sich mittels familienpolitischer Maßnahmen beeinflussen lassen.

Einflussfaktoren auf die Fertilität			Übersicht 1
Soziodemografische Faktoren	Ökonomische Faktoren	Staatliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen	
Alter der Frau	Lohnsatz der Frau	<i>Elternschutzregelungen</i>	
Alter des Mannes	Lohnsatz des Mannes	<i>Betreuungsinfrastruktur</i>	
Anzahl der Kinder	Allgemeine wirtschaftliche Lage, Arbeitslosigkeit	<i>Flexibilität der Arbeitsorganisation</i>	
Bildungsstand der Frau	<i>Nichterwerbseinkommen bei Elternschaft</i>	Rollenverständnis von Frauen und Männern	
Bildungsstand des Mannes	<i>Soziale Sicherung</i>		
	<i>Steuerliche Behandlung von Familien und Kindern</i>		

Eigene Zusammenstellung

2.2.1 Internationale Studien

Die Anzahl internationaler Studien zur Wirkung von Familienpolitik auf die Kinderzahl ist aus mehreren Gründen begrenzt. Erstens gibt es keine einheitliche Definition von familienpolitischen Maßnahmen. Zweitens ist die Datenlage höchst unvollständig, sodass – eine Definition von Familienpolitik unterstellt – in der Regel keine Längsschnittdaten über die wichtigsten relevanten familienpolitischen Instrumente vorliegen. So ist es nicht möglich, in eine Längsschnittbetrachtung die Variable Kinderbetreuung aufzunehmen, da dieser Indikator nicht als internationale Zeitreihe verfügbar ist. Daraus resultiert ein drittes Problem, dass nämlich Längs- und Querschnittuntersuchungen zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, weil kurz- und langfristige Effekte von Maßnahmen durchaus unterschiedlich sein können.³ Ausgaben für Familienpolitik sind zwar im Längsschnitt verfügbar, hier treten jedoch Abgrenzungsprobleme auf, da nicht in jedem Land dieselben staatlichen Leistungen als Familienpolitik gelten (zum Beispiel Zuordnung zu Kinderbetreuungsausgaben oder Ausgaben für Ganztagschulen, Zuordnung der Steuererleichterungen). Viertens ist die Berücksichtigung des Sozial- und Beschäftigungssystems nötig (Neyer, 2003), die jedoch zu immer komplexeren Modellen führen würde. Hier kann es sinnvoll sein, statt quantitativer Modelle auch qualitative zu berücksichtigen, die beispielsweise Ländergruppen bilden und Charakteristika unterschiedlicher Systeme vergleichen. Fünftens stellt sich das Problem der korrekten Erfassung der Geburtenzahlen: Greift man in einem Makromodell auf die TFR zurück, so hat man einen relativ ungenauen Indikator, da die TFR kurzfristig schwankt. Genauere Angaben liefert die CFR, sie ist jedoch erst nach Abschluss der fertilen Phase der Frauen verfügbar und weist somit einen hohen Time-lag auf (Neyer, 2006, 5).

Im Folgenden wird ein Überblick über die vorhandenen Studien gegeben, um die Indikatoren zu ermitteln, welche die Geburtenrate mit großer Wahrscheinlichkeit beeinflussen und (familien-)politisch gestaltet werden können. Die Studien lassen sich in quantitative und qualitative Studien sowie in Studien mit Mikrodaten und solche mit Makrodaten unterteilen. Die Beschreibung der vorliegenden Studien fokussiert die familienpolitischen Variablen.

Quantitative Studien: Mikrodaten

Del Boca et al. (2003) führen simultane Schätzungen der Einflussfaktoren auf die Fertilität und die Erwerbstätigkeit für 15 europäische Länder anhand des

³ So kann man beispielsweise in einem Querschnitt die Kinderbetreuung und die Elternzeitregelungen aufnehmen, in einem Längsschnitt jedoch nur die Elternzeitregelungen. Im Ergebnis kann es dann sein, dass Elternzeitregelungen im Querschnitt positiv wirken, im Längsschnitt jedoch negativ (d'Addio/d'Ercole, 2005).

Europäischen Haushaltspanels durch. In einer Längsschnittschätzung werden persönliche und familiäre Eigenschaften sowie Arbeitsmarktvariablen (regionale Arbeitslosigkeit, Anteil an Teilzeitbeschäftigten in der Region) als erklärende Variablen aufgenommen. Da Daten über die Kinderbetreuung nur für das Jahr 1999 vorliegen, wird zusätzlich eine Querschnittanalyse vorgenommen. Beiden Modellen gemeinsam ist der positive Einfluss des Nichterwerbseinkommens der Frau und des Anteils an Teilzeitbeschäftigten in einer Region, wobei im Längsschnitt die Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung einen größeren Effekt haben als das Nichterwerbseinkommen der Frau. Die regionale Arbeitslosigkeit hat im Querschnitt einen positiven Einfluss auf die Geburtenwahrscheinlichkeit, das heißt mit steigender Arbeitslosigkeit steigt die Geburtenwahrscheinlichkeit, im Längsschnitt hat die Arbeitslosigkeit keinen Einfluss. Da Längsschnittuntersuchungen aussagekräftiger sind, weil sie Entwicklungen und Veränderungen modellieren können, sind die Ergebnisse der Querschnittanalyse weniger belastbar. Die Kinderbetreuung – gemessen als Anteil der unter Dreijährigen, die einen Betreuungsplatz haben – hat keinen Einfluss. Dieses Ergebnis muss aber nicht

Internationale Vergleichsstudien zur Wirkung von Familienpolitik auf die Fertilität (Mikrodaten)

Tabelle 1

Verfasser	Kinderbetreuung	Transferleistungen/ Kindergeld/ Mutterschaftsgeld	Frauen- erwerbs- tätigkeit	Arbeitslosig- keit	Sonstiges
Del Boca/ Pasqua/ Pronzato, 2003 (Querschnitt)	0	++ Nichterwerbseinkommen der Frau	++ Regionale Teilzeitbeschäftigung	++ Regionale Arbeitslosigkeit	-- Alter 0 Bildungsstand der Frau 0 Einkommen des Mannes -- Anzahl der Kinder -- Alter des ältesten Kindes
Del Boca/ Pasqua/ Pronzato, 2003 (Längsschnitt)		++ Nichterwerbseinkommen der Frau	++ Regionale Teilzeitbeschäftigung	0	++ Alter 0 Einkommen des Mannes -- Anzahl der Kinder ++ Alter des ältesten Kindes
Adserà, 2005		++ Mutterschaftsgeld (nur beim zweiten Kind)		-- Differenz der Arbeitslosigkeit zwischen Frauen und Männern	-- Langzeitarbeitslosigkeit

„+“ = positive Wirkung; „-“ = negative Wirkung; „0“ = kein Einfluss; „leeres Kästchen“ = Einflussfaktor wurde nicht untersucht; +/- signifikant auf dem 10%-Niveau; ++/-- signifikant auf dem 5%-Niveau; +++/--- signifikant auf dem 1%-Niveau.
Eigene Zusammenstellung

zwingend bedeuten, dass die Kinderbetreuungsmöglichkeiten keinen Einfluss haben, sondern kann auch heißen, dass die Betreuungsangebote so gering sind, dass sie keine Rolle im Entscheidungsprozess der Eltern spielen.⁴

Adserà (2005) verwendet ebenfalls das Europäische Haushaltspanel, um den Einfluss der Arbeitslosigkeit auf die Fertilität in 13 Ländern im Zeitraum von 1980 bis 2001 zu messen. Je größer die Differenz zwischen der Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit eines Übergangs in Mutterschaft. Ebenfalls negativ auf die Geburtenrate wirkt ein hoher Anteil an Langzeitarbeitslosigkeit (länger als zwölf Monate). Hinsichtlich des Mutterschaftsgeldes zeigt sich, dass dieses bei der zweiten Geburt einen positiven Effekt hat, bei der ersten Geburt jedoch keine Rolle spielt.

Quantitative Studien: Makrodaten

Castles (2003) untersucht für 20 OECD-Länder anhand von makroökonomischen Variablen (Tabelle 2) den Einfluss von kulturellen Faktoren, der Arbeitsmarktverfassung und der familienpolitischen Faktoren auf die Fertilität für das Jahr 1998. Verwendet wird ein Best-fit-Modell, in das die Faktoren aufgenommen werden, mit denen die erklärte Varianz des Modells maximiert wird, das heißt die Unterschiede in der TFR zwischen den Ländern am besten erklärt werden können. Als Ergebnis erhält man drei Faktoren, welche die Höhe der Fertilität erklären: Die Beteiligung von Frauen an tertiären Bildungsgängen und der durchschnittliche Level formaler Kinderbetreuung wirken positiv, die Frauenarbeitslosigkeit wirkt negativ. Die Frauenarbeitslosigkeit hat hier den größten Einfluss, die Bildungsbeteiligung den geringsten.

Adserà (2004) verwendet Paneldaten für den Zeitraum 1960 (1975) bis 1997 aus 23 OECD-Ländern. Der Schwerpunkt liegt auf der Betrachtung von Beschäftigungsvariablen. Als familienpolitische Variable wird die Dauer des Mutterschutzes und in einer Spezifikation für europäische Länder im Zeitraum 1975 bis 1997 die Dauer des Mutterschutzes plus die Höhe der Transfers während des Mutterschutzes aufgenommen. Der Interaktionsterm aus Dauer und Transferhöhe des Mutterschutzes hat einen signifikant positiven Einfluss. Von den Beschäftigungsindikatoren sind es die Teilzeitbeschäftigung und der Interaktionsterm aus Frauenarbeitslosigkeit und Frauenselbstständigkeit, die negativ wirken. Der Effekt des Anteils der Beschäftigten im öffentlichen Sektor ist U-förmig: Im Modell erreicht die Fertilität bei einem Beschäftigtenanteil von 16 Prozent im

⁴ Für Deutschland zeigen Hank/Kreyenfeld (2003), dass die Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Form familiärer Netzwerke Einfluss auf die Geburtenwahrscheinlichkeit haben, während die gering ausgebaute Betreuungsinfrastruktur im Bereich der Kinderkrippen keinen Einfluss hat.

Internationale Vergleichsstudien zur Wirkung von Familienpolitik auf die Fertilität (Makrodaten)

Tabelle 2

Verfasser	Direkte Kosten	Opportunitätskosten	Kinderbetreuung	Transfers/Kindergeld	Mutterschutz/Mutterschaftsgeld	Elternzeit	Frauenverstätigkeit/Arbeitslosigkeit	Sonstiges
D'Addio/d'Ercole, 2005 (Querschnitt)	---	0	+++ U3		0 Mutterschaftsgeld	++	++ Teilzeitbeschäftigung der Frauen 0 Frauenverstätigkeit	
D'Addio/d'Ercole, 2005 (Längsschnitt)		---		+++ Transfers für Familien mit Kindern	+++ Mutterschaftsgeld	---	+++ Frauenverstätigkeit +++ Teilzeitbeschäftigung der Frauen --- Gesamtarbeitslosigkeit	
Castles, 2003			+++ U3/Ü3				---	+++ Anteil der Frauen in tertiären Bildungsgängen
Gauthier/Hatzius, 1997		+ Lohn der Frauen		+++ Kindergeld/ Kinderfreibetrag	0 Dauer des Mutterschutzes 0 Mutterschaftsgeld		---	
Blanchet/Ekert-Jaffé, 1994		- Lohn der Frauen		+ Familienleistungsindex				
Adserà, 2004 (Europa, ab 1975)					++ Dauer des Mutterschutzes mal Mutterschaftsgeld		-- Teilzeitbeschäftigung -- Frauenverstätigkeit mal Frauenselbstständigkeit	U-förmiger Effekt der Beschäftigung im öffentlichen Sektor

U3: unter Dreijährige; Ü3: über Dreijährige; „+“ = positive Wirkung; „-“ = negative Wirkung; „0“ = kein Einfluss; „leeres Kästchen“ = Einflussfaktor wurde nicht untersucht; +/- signifikant auf dem 10%-Niveau; ++/-- signifikant auf dem 5%-Niveau; +++/--- signifikant auf dem 1%-Niveau.
Eigene Zusammenstellung

öffentlichen Dienst ein Minimum, ober- und unterhalb dieses Wertes ist die Fertilität höher. Begründet werden kann dieser Zusammenhang damit, dass es in den betrachteten Ländern zwei Lösungsmöglichkeiten gibt, Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mittels Beschäftigungspolitik zu erleichtern: entweder ein kleiner öffentlicher Sektor bei sehr flexiblen Arbeitsmärkten, der auch Frauen gute Beschäftigungschancen bietet, oder ein ausgebauter öffentlicher Sektor, in dem die Frauen Arbeit finden (Adserà, 2004, 31 f.).

D'Addio und d'Ercole (2005) untersuchen in ihrer Studie den Einfluss von Familienpolitik auf die Fertilität anhand einer Querschnitt- und einer Längsschnittbetrachtung. Aufgrund der oben beschriebenen Probleme hinsichtlich Definition und Datenverfügbarkeit konnten für die beiden Betrachtungen nicht dieselben Variablen verwendet werden.

In der Regressionsanalyse basierend auf Querschnittsdaten aus dem Jahr 1999 für 19 OECD-Länder erweisen sich die direkten Kosten der Kindererziehung als negativ signifikant, während der Einfluss der Betreuungsquote für unter Dreijährige, der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen und die Dauer der Elternzeit in Wochen positiv signifikant wirken. Den stärksten Einfluss haben die direkten Kosten⁵, gefolgt von der Betreuung, am schwächsten wirken der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen und die Elternzeit.

In der Längsschnittuntersuchung (16 OECD-Länder, 1980 bis 1999) sind die Opportunitätskosten als das Verhältnis der Löhne von Frauen und Männern signifikant negativ (im Querschnitt hatten sie keinen Effekt), während Transferleistungen für Familien (gemessen als Differenz der Steuersätze zwischen einem Single und einem verheirateten Alleinverdiener mit zwei Kindern) und das Mutterschaftsgeld positiv wirken. Ebenfalls positiv beeinflussen die Frauenerwerbstätigkeit und die Teilzeitbeschäftigung von Frauen die Geburtenraten, während die Gesamtarbeitslosigkeit signifikant negativ wirkt. Den größten Einfluss haben die Opportunitätskosten und die Frauenerwerbstätigkeit, während sich die Transferleistungen nur gering bemerkbar machen. Hier bestätigt sich, dass eine hohe Frauenerwerbstätigkeit allein keinen negativen Effekt auf die Fertilität ausübt, sondern dass die Vereinbarkeitsbedingungen und die Höhe der Opportunitätskosten entscheidend für die Wirkungsrichtung der Frauenerwerbstätigkeit sind. Die Kinderbetreuung konnte mangels Daten nicht in den Längsschnitt einbezogen werden.

Hinsichtlich der Wirkungsrichtung der Elternzeit gibt es Unterschiede zwischen der Längsschnittuntersuchung, die einen negativen Effekt findet, und der Quer-

⁵ Die direkten Kosten der Kinder werden gemessen als Differenz im verfügbaren Äquivalenzeinkommen zwischen einem Doppelverdiener-Ehepaar ohne Kinder und einer Familie mit zwei Kindern.

schnittuntersuchung mit positivem Effekt.⁶ Hier spielen langfristige Erwartungen eine Rolle, das heißt, dass eine lange Elternzeit für den betreffenden Elternteil zunächst positiv ist, aber langfristig zu statistischer Diskriminierung von Frauen führt, wenn der Arbeitgeber unterstellt, dass Frauen im gebärfähigen Alter für mehrere Jahre ausscheiden und daher für höhere Positionen nicht in Betracht kommen. Antizipieren Frauen diese Situation, wirkt eine lange Elternzeit unter Umständen negativ auf die Fertilität der Frauen, die Kinder und Karriere vereinbaren möchten.

Gauthier und Hatzius (1997) erklären die Fertilitätsraten von 22 OECD-Ländern in den Jahren 1973 bis 1990. Die einbezogenen familienpolitischen Variablen sind das Kindergeld/der Kinderfreibetrag als Prozentsatz des Durchschnittslohns eines männlichen Industriearbeiters, die Dauer des Mutterschutzes und die Höhe des Mutterschaftsgeldes. Als positiv signifikant hat sich das Kindergeld/der Kinderfreibetrag erwiesen, während Dauer und Transferhöhe des Mutterschutzes keinen Effekt haben. Die Veränderung der Gesamtarbeitslosigkeit wirkt sich negativ auf die Geburtenrate aus, weil eine steigende Arbeitslosigkeit die Gefahr erhöht, dass Frauen nach der Babypause keine Erwerbsmöglichkeit mehr finden. Der signifikant positive Effekt des Lohns der Frau auf die Geburtenrate widerspricht den Erwartungen, da mit steigendem Lohn die Opportunitätskosten steigen und die Geburtenwahrscheinlichkeit sinkt.

Blanchet und Ekert-Jaffé (1994) untersuchen anhand eines Familienleistungsindex, der mit dem Anteil der Familien nach Kinderzahl gewichtet wird, den Einfluss von Kindergeld/Kinderfreibetrag auf die Fertilität in elf europäischen Ländern im Zeitraum von 1969 bis 1983. Als weitere erklärende Variable wird der Lohn der Frauen aufgenommen, der in allen Spezifikationen einen negativen Einfluss auf die Fertilität hat, während der Familienleistungsindex einen positiven Effekt ausübt, der den des Lohns übersteigt.

Die letzten drei Studien erlauben eine Schätzung, wie sich die Geburtenrate durch eine Erhöhung der Transferleistungen um 25 Prozent verändern würde.

- Blanchet/Ekert-Jaffé: Kinderzahl je Frau steigt um 0,04 Kinder.
- Gauthier/Hatzius: Kinderzahl je Frau steigt um 0,07 Kinder.
- D'Addio/d'Ercole: Kinderzahl je Frau steigt um 0,05 Kinder.

Diese Aufstellung zeigt, dass die alleinige Erhöhung der Transferleistungen nur eine relativ geringe Erhöhung der Geburtenzahlen auslösen würde.

⁶ Hier ist es wichtig, zwischen Mutterschutz und Elternzeit zu unterscheiden. Adserà (2004) findet einen positiven Zusammenhang zwischen der Dauer des Mutterschutzes und der Fertilität, die Elternzeit berücksichtigt sie in ihrer Studie jedoch nicht. Auch Gauthier/Hatzius (1997) betrachten die Dauer und die Transferhöhe des Mutterschutzes, finden jedoch keinen Effekt. Auch sie berücksichtigen die Länge der Elternzeit nicht.

In Übersicht 2 sind die wesentlichen Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudien dargestellt, wobei zum einen unterteilt wird in familienpolitisch beeinflussbare Variablen und andere Einflussfaktoren. Zum anderen wird unterschieden, ob es sich um einheitliche oder widersprüchliche Befunde handelt.

Ergebnisübersicht der internationalen Studien zu den Einflussfaktoren auf die Fertilität

Übersicht 2

Familienpolitisch beeinflussbare Variablen

Einheitliche Befunde, die mehr als einmal festgestellt wurden:

- Monatliche Familientransferleistungen/Kindergeld wirken positiv.

Einmaliger Befund:

- Direkte Kosten wirken negativ auf die Geburtenwahrscheinlichkeit.

Uneinheitliche Befunde:

- Kinderbetreuung wirkt positiv oder hat keinen Effekt;
- Opportunitätskosten wirken negativ oder positiv;
- Mutterschutz/Mutterschaftsgeld haben keinen oder einen positiven Effekt;
- Elternzeit wirkt positiv, negativ oder hat keinen Effekt.

Andere Variablen

Einheitliche Befunde, die mehr als einmal festgestellt wurden:

- Teilzeitbeschäftigung von Frauen wirkt positiv;
- Arbeitslosigkeit/Frauenarbeitslosigkeit wirken negativ;
- Frauenerwerbstätigkeit hat keinen negativen Effekt (sie wirkt entweder positiv oder hat gar keinen Effekt).

Einmalige Befunde:

- Teilzeitbeschäftigung gesamt wirkt negativ;
- Interaktionsterm aus Selbstständigkeit der Frauen und Frauenarbeitslosigkeit wirkt negativ;
- Flexi-time-Arbeitszeiten wirken positiv;
- Anteil der Frauen in tertiären Bildungsgängen wirkt positiv;
- Einfluss des Anteils der Beschäftigten im öffentlichen Sektor hat U-förmigen Einfluss.

Eigene Zusammenstellung

Qualitative Studien

Eine Studie, welche die Wechselwirkungen zwischen Fertilität, Frauenerwerbstätigkeit und Politik anhand eines theoretischen Modells analysiert, kommt zum Ergebnis, dass Länder mit individueller Besteuerung und mit Unterstützung der Familien durch hohe Verfügbarkeit außerhäuslicher Betreuungsplätze eine höhere Fertilität und eine höhere Frauenerwerbstätigkeit erreichen als Länder, die eine gemeinsame steuerliche Veranlagung der Eltern praktizieren und Familien mit direkten kindbezogenen Transferleistungen unterstützen (Apps/Rees, 2001).

Auch Analysen, die Verhandlungsmodelle in die Neue Haushaltsökonomie integrieren, zeigen den Einfluss der Rahmenbedingungen auf das Fertilitäts- und Erwerbsverhalten der einzelnen Haushaltsmitglieder (Ott, 1998). In der ökonomischen

mischen Theorie hängen die Fragen, ob eine Ehe geschlossen wird, ob Kinder geboren werden und welches Familienmodell gewählt wird, von einem Nutzenkalkül der einzelnen Individuen ab. Wenn Emotionen einmal ausgeklammert werden, wird ein gemeinsamer Haushalt mit Kindern dann gegründet, wenn sich dadurch für beide Partner der individuelle Nutzen erhöht. Dies ist der Fall, wenn der gemeinsame Haushalt ökonomische Vorteile bietet und die Kinder eine Bereicherung des Lebens darstellen, was im Modell als ökonomischer Nutzen formuliert wird. Betrachtet man den Haushalt im Zeitablauf, so erreichen in der ersten Periode beide Partner durch die gemeinsame Haushaltsführung ein höheres Nutzenniveau als im Fall des Alleinlebens. In der zweiten Periode kann der gemeinsame Nutzen durch eine Spezialisierung – die Frau konzentriert sich auf die unbezahlte Familienarbeit und gibt ihre bezahlte Erwerbstätigkeit auf, während der Mann einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachgeht – erhöht werden. Dies gilt insbesondere, wenn Kinder geboren werden und die Möglichkeiten der externen Kinderbetreuung unzureichend sind, wie etwa in Deutschland. Durch diese Spezialisierung verändern sich jedoch die Verhandlungspositionen von Mann und Frau zueinander. Da die Frau ihre Einkommenserzielungskapazität aufgegeben hat, sinkt ihr Nutzen, den sie außerhalb der Ehe erzielen könnte, und damit wird ihre Verhandlungsposition gegenüber dem Mann geschwächt. Das bedeutet, dass sie sich in der zweiten Periode mit dem gemeinsamen Haushalt zwar besser stellt als ohne, aber unter Umständen schlechter als vor der Geburt der Kinder, als ihre Arbeitsmarktchancen noch größer waren. Wird diese Entwicklung von der Frau vorausgesehen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass auf Kinder verzichtet wird. Ob die Entscheidung für Kinder trotz der Verschlechterung der Einkommenserzielungskapazitäten und der Verschiebung der Verhandlungsposition gefällt wird, hängt letztlich von dem individuellen Nutzen ab, den eine Frau der Erwerbsarbeit und den Kindern jeweils beimisst, und von der Verteilung des Nutzenzuwachses zwischen den Partnern. Dennoch bleibt festzuhalten, dass Rahmenbedingungen, die eine Spezialisierung der Partner fördern, wie zum Beispiel das Ehegattensplitting und das geringe Angebot von Kinderbetreuungsplätzen in Deutschland, vor dem Hintergrund des Verhandlungsmodells eine Familiengründung erschweren können.⁷

Dieser Befund wird durch Ländervergleichsstudien belegt, wie die folgenden Absätze zeigen. Qualitative Studien im Bereich der Familienpolitik legen häufig einen Schwerpunkt auf die institutionellen Unterschiede zwischen Ländern/

⁷ Dies traf auch auf das bis Ende 2006 geltende Erziehungsgeld zu, das seit 1.1.2007 durch das Elterngeld abgelöst wurde. Das Elterngeld bietet Anreize für eine kürzere Babypause, eine frühere Rückkehr in den Beruf und eine größere Inanspruchnahme der Elternzeit durch Väter und damit geringere Spezialisierungsanreize.

Ländergruppen. Es gelingt ihnen, Geburtenunterschiede zu erklären, indem sie Länder nach bestimmten gleichen Merkmalen klassifizieren. Der bekannteste Ansatz ist der von Esping-Andersen (1999), der die vier Systeme von Wohlfahrtsstaaten charakterisiert (angloamerikanisch, konservativ, sozialdemokratisch und mediterran). Auch der im Folgenden vorgestellte Ansatz orientiert sich an dieser Einteilung und ordnet den verschiedenen Wohlfahrtsregimen die jeweils typischen Ernährermodelle zu (Pfarr/Vogelheim, 2002):

- **„Universal breadwinner“**: In Skandinavien ermöglichen die institutionelle Ausgestaltung von Kinderbetreuung, die Freistellungsregelungen, die Individualisierung der Besteuerung und die geringen Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern ein hohes Beschäftigungsniveau von Frauen und Männern bei gleichzeitig hoher Geburtenrate.
- **„Modified male breadwinner“**: Eine gut ausgebaute Kinderbetreuung in Belgien und Frankreich fördert einerseits die Erwerbstätigkeit beider Geschlechter, andererseits bewirken die hohen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen eine stärkere geschlechtsbezogene Differenzierung am Arbeitsmarkt. Auch hier findet sich eine hohe Geburtenrate.
- **„Male breadwinner and female part-time“**: Die wenig ausgebaute öffentliche Kinderbetreuung wie auch der Ausbau eines Dienstleistungssektors mit hohen Teilzeitanteilen haben zur „modernisierten Versorgung“ in Österreich, Deutschland, den Niederlanden, im Vereinigten Königreich, in Irland und Luxemburg geführt. Hier sind die Geburtenraten tendenziell niedriger als in Ländern mit den zuvor genannten Modellen.
- **„Male breadwinner and dual full-time“**: In Südeuropa (Portugal, Spanien, Italien, Griechenland) ist der Anteil männlicher Alleinverdiener sehr groß. Darüber hinaus sind im internationalen Vergleich relativ viele Frauen vollzeitbeschäftigt – zum einen wegen des geringen Einkommensniveaus und zum anderen wegen der geringen Verfügbarkeit von Teilzeitarbeitsplätzen. Zudem sind die Betreuungsangebote für Klein- und Grundschulkindern wenig ausgebaut. Hier sind die Geburtenraten am niedrigsten.

DiPrete et al. (2003) versuchen, die Unterschiede im Geburtenverhalten über Unterschiede bei den Kosten der Kinderbetreuung zu erklären, kommen aber zu dem Ergebnis, dass Kinderbetreuungskosten die Unterschiede in der Total Fertility Rate nur teilweise erklären können. Neben den Betreuungskosten sind es vor allem die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die das Spannungsverhältnis zwischen Erwerbstätigkeit und Familie bestimmen. Die Studie unterteilt die Kinderkosten in monetäre Kosten, worunter auch der Einkommensverlust durch Aufgabe der Erwerbstätigkeit eines Elternteils fällt, und in nicht-

monetäre Kosten, die den Zeitaufwand für Erwerbs- und Hausarbeit sowie das wahrgenommene Spannungsverhältnis zwischen Familie und Beruf umfassen.

- In den **USA** gibt es eine hohe Geburtenrate, und die Spannung zwischen Familie und Beruf wird als gering empfunden. Frauen müssen relativ wenig Zeit für Hausarbeit aufwenden und die monetären Kosten für zwei Kinder sind, verglichen mit anderen Ländern, nicht sehr hoch.
- In **Dänemark** ist die Geburtenrate ebenfalls hoch. Der Grund sind vor allem die geringen nicht-monetären und monetären Kinderkosten, da es einen staatlich stark subventionierten Kinderbetreuungssektor gibt.
- In **Deutschland** ist die Geburtenrate sehr niedrig, während die monetären Kinderkosten wie auch der Zeitaufwand für Hausarbeit sehr hoch sind. Die Spannung zwischen Familie und Beruf wird als gravierend wahrgenommen.
- In **Italien** kann die niedrige Geburtenrate auf die hohen nicht-monetären Kosten zurückgeführt werden.
- Das **Vereinigte Königreich** hat eine relativ hohe Geburtenrate und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Zeitaufwand für Hausarbeit und die monetären Kosten für Kinder werden als nicht hoch betrachtet.

Nicht erklärt werden kann, warum das Vereinigte Königreich und die USA eine höhere Fertilität als Dänemark haben. Darüber hinaus gilt es zu berücksichtigen, dass nicht nur die Kosten, sondern auch die Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen einen großen Einfluss haben können.

Adserà (2004) stellt die Wechselwirkungen zwischen Arbeitsmarkt und Fertilitätsverhalten anhand von Ländergruppen dar. Dabei verbindet sie die Ergebnisse ihrer makroökonomischen Regressionsanalysen mit der Ausgestaltung der Arbeitsmarktinstitutionen.

- **Südeuropa:** Die hohe Arbeitslosigkeit, der hohe Anteil an Selbstständigen und an Arbeitnehmern mit befristeten Verträgen reduzieren die Fertilität der 20- bis 24- und der 25- bis 29-Jährigen.
- **Nordeuropa:** Der hohe Anteil Erwerbstätiger im öffentlichen Dienst mit sicheren Arbeitsplätzen und mit Anspruch auf generöse Elternzeiten erhöht die Fertilität von Frauen zwischen 25 und 39 Jahren. Gleichzeitig reduzieren beide Faktoren die Fertilität jüngerer Frauen, da diese vor der Geburt eines Kindes zunächst eine sichere Beschäftigung im öffentlichen Dienst sowie den Anspruch auf die Elternzeiten erwerben wollen. Insgesamt sichert diese Politik ein hohes Maß an Frauenerwerbstätigkeit bei gleichzeitig relativ hoher Fertilität.
- **USA und andere hoch flexible Märkte:** Die Frauen können den Arbeitsmarkt zur Kinderbetreuung mit der Gewissheit verlassen, dass sie jederzeit wieder eine Arbeitsstelle finden. In diesen Ländern ist die Fertilität am höchsten.

Gustafsson et al. (2002) bestätigen anhand einer Ereignisdatenanalyse für Deutschland, Großbritannien, Niederlande und Schweden ebenfalls, dass eine geringe Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kindererziehung zu größeren Verzögerungen beim Übergang zur Mutterschaft führt. In Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien führt ein höherer Bildungsstand der Frau zu einem Aufschub der ersten Geburt. Dies kann mit den hohen Opportunitätskosten erklärt werden, die hoch qualifizierte Frauen durch die Kindererziehung entstehen: Die hoch bezahlte, aber sehr kurze Elternzeit in Großbritannien und in den Niederlanden (etwa drei Monate nach dem Mutterschutz) führt bei einer länger dauernden Babypause ebenso zu hohen Opportunitätskosten wie die lange, aber gering bezahlte Elternzeit in Deutschland. In Schweden hingegen zeichnet sich kein Unterschied zwischen den Qualifikationsgruppen ab. Dieser Befund kann durch die Ausgestaltung der Elternzeit von mittlerer Länge und den Bezug von Elterngeld mit Lohnersatzfunktion erklärt werden: In Schweden sind die Opportunitätskosten für hoch qualifizierte Frauen nicht oder nur in geringem Maße höher als für gering qualifizierte (Gustafsson et al., 2002, 18).

Andersson (2005) zeigt, dass eine Familienpolitik, die weniger die Förderung von Geburten, sondern stärker die Erwerbsbeteiligung der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unterstützt, in Schweden zu einer hohen Geburtenrate geführt hat. Der Hauptakzent der schwedischen Politik liegt dabei auf den Individuen – und nicht wie in Deutschland auf einer bestimmten Form des familiären Zusammenlebens. Der Einzelne wird dabei unterstützt, seine Ziele im privaten wie im beruflichen Bereich zu verfolgen, ohne dabei auf andere Individuen angewiesen zu sein. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird dabei durch ein System der individuellen Besteuerung, ein Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion sowie eine subventionierte, qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsinfrastruktur erleichtert. Weitere Studien zu Schweden zeigen, dass die Inanspruchnahme des „Papamonats“ die Wahrscheinlichkeit erhöht hat, dass sich ein Paar für ein weiteres Kind entscheidet (Duvander/Andersson, 2005). Craig (2006) analysiert auf Basis des Europäischen Haushaltspanels den Zusammenhang zwischen der Zeitverwendung der Partner und der Entscheidung für ein Kind und stellt fest, dass sich Frauen dann eher für ein Kind entscheiden, wenn sich Mann und Frau die Haus- und Erwerbsarbeit gleichmäßig teilen.

Länder, die Familienpolitik als Teil der Arbeitsmarktpolitik, der Pflegepolitik und der Geschlechterpolitik sehen, haben eine höhere Fertilität. Sie verfolgen Strategien, die den Arbeitsmarkt so ausgestalten, dass Männer und Frauen ihre Beschäftigung und ihr Einkommen behalten können, auch wenn sie kleine Kinder versorgen (Neyer, 2003, 32).

2.2.2 Studien für Deutschland

Basierend auf makroökonomischen Daten liegt für Deutschland nur eine Studie von Cigno et al. (2002/2003) vor. Anhand einer Regression ermitteln sie, dass die Opportunitätskosten – gemessen als Lohnsatz der Frauen im Verarbeitenden Gewerbe – ebenso wie das Rentenversicherungsvolumen einen negativen Einfluss auf die TFR haben. Hingegen haben der Lohnsatz der Männer und die Familienleistungsrate als Summe aus Kindergeld für das erste Kind, Kinderfreibetrag und Erziehungsgeld einen positiven Einfluss. Eine Erhöhung der finanziellen Transferleistungen für Kinder um 1 Prozent erhöht die TFR um 0,23 Prozent.

Die Studien für Deutschland, die auf mikroökonomischen Daten basieren, sind zahlreicher und greifen alle auf das Sozio-oekonomische Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zurück (Tabelle 3).

Genosko/Weber (1992) erklären das Geburtenverhalten in Westdeutschland ohne Unterscheidung der Parität⁸ für die Jahre 1984 bis 1988. Als familienpolitische Variable geht eine Dummy-Variable ein, welche die Ausdehnung der familienpolitischen Leistungen 1986 (Einführung des Erziehungsgelds, Ausweitung des Erziehungsurlaubs und Anrechnung von einem Erziehungsjahr in der gesetzlichen Rentenversicherung) abbildet. Nach Kontrolle anderer Variablen zeigt sich, dass die Familienpolitikvariable in allen Spezifikationen signifikant ist – unabhängig von der Einkommensklasse haben familienpolitische Leistungen einen positiven Effekt auf das Geburtenverhalten. Der Lohn der Frau hat eine negative Wirkung auf die Fertilität.

Althammer (2000) ermittelt die Faktoren, welche die Wahrscheinlichkeit für das erste beziehungsweise zweite Kind bestimmen, für verschiedene Kohorten. In der Kohorte der 1955 bis 1964 Geborenen erweisen sich der Lohnsatz der Frau sowie die Gesamtarbeitslosigkeit als signifikant negativ, wobei der Einfluss des Lohnsatzes größer ist. Kindergeld spielt beim Übergang zum ersten Kind keine Rolle, erhöht jedoch die Wahrscheinlichkeit eines zweiten Kindes. Beim zweiten Kind ist der Lohnsatz der Frau ohne Einfluss, möglicherweise weil der Geburtenabstand gering ist und die Mutter sich noch in Elternzeit befindet. Das Einkommen des Mannes wirkt unabhängig von der Parität positiv.

Hank (2002) untersucht den Einfluss des lokalen Versorgungsgrades mit Kindertageseinrichtungen für Kinder zwischen drei und sechs Jahren im Zeitraum 1984 bis 1995 auf die Geburtenwahrscheinlichkeit eines ersten und zweiten Kindes. Er findet keinen signifikanten Einfluss der Kinderbetreuung, während

⁸ Unter Parität wird die Geburtenfolge verstanden. Es wird unterschieden, ob es sich um das erste Kind, das zweite Kind usw. handelt.

Deutsche Studien zur Wirkung von Familienpolitik auf die Fertilität (Mikrodaten)

Tabelle 3

Verfasser	Direkte Kosten	Opportunitätskosten	Kinderbetreuung	Transferleistungen/Kindergeld/Elterngeld	Frauenerwerbstätigkeit/Arbeitslosigkeit
Genosko/Weber, 1992	0	-- Lohnsatz der Frau		++ Veränderung der Transferleistungen	
Althammer, 2000 (Übergang zum ersten Kind, Kohorte 1955–64)		-- Lohnsatz der Frau		0 Kindergeld	-- Gesamtarbeitslosigkeit
Althammer, 2000 (Übergang zum zweiten Kind, Kohorte 1955–64)		0 Lohnsatz der Frau		++ Kindergeld	-- Gesamtarbeitslosigkeit
Hank, 2002 (erstes Kind, Westdeutschland)			0 Drei bis sechs Jahre		+ Frauenerwerbstätigkeit 0 Arbeitslosigkeit
Hank, 2002 (zweites Kind, Westdeutschland)			0 Drei bis sechs Jahre		0 Frauenerwerbstätigkeit 0 Arbeitslosigkeit
Hank/Kreyenfeld, 2003 (Westdeutschland)			0 Drei bis sechs Jahre ++ Informelle Kinderbetreuung		
Hank/Kreyenfeld/Spieß, 2004 (Westdeutschland)			0 Krippe 0 Kindergarten 0 Hort ++ Informelle Kinderbetreuung		
Hank/Kreyenfeld/Spieß, 2004 (Ostdeutschland)			++ Kindergarten + Hort 0 Großeltern		
Büchner, 2006		--- Einkommen der Frauen		+++ Elterngeld	-- Teilzeitbeschäftigung der Frauen --- Überstunden 0 Gesamtarbeitslosigkeit

„+“ = positive Wirkung; „-“ = negative Wirkung; „0“ = kein Einfluss; „leeres Kästchen“ = Einflussfaktor wurde nicht untersucht; +/- signifikant auf dem 10%-Niveau; +/+/- signifikant auf dem 5%-Niveau; +++/+- signifikant auf dem 1%-Niveau.
Eigene Zusammenstellung

die Frauenerwerbstätigkeit sich positiv auf die Geburt des ersten Kindes auswirkt. Hank und Kreyenfeld (2003) untersuchen ebenfalls den Einfluss der Verfügbarkeit von Kindergartenplätzen auf die Geburtenwahrscheinlichkeit in Westdeutschland

und stellen fest, dass die informelle Kinderbetreuung, ermittelt durch die Variable, dass die Großeltern in derselben Stadt wohnen, signifikant ist. Hank et al. (2004) haben diese Untersuchung auch auf Krippen- und Hortplätze ausgeweitet und kommen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die formelle Kinderbetreuung nicht signifikant ist, während die informelle Betreuung durch familiäre Netzwerke einen positiven Einfluss auf die Geburtenwahrscheinlichkeit ausübt. Anders sieht es in Ostdeutschland aus. Dort ist die Verfügbarkeit von Kindergarten- und Hortplätzen positiv signifikant, während das Vorhandensein der Großeltern keinerlei Einfluss ausübt. Daraus lässt sich schließen, dass auch in Westdeutschland die Kinderbetreuung einen Einfluss auf die Geburtenrate hat, dass die formelle Kinderbetreuung aber so schwach ausgebaut ist, dass sie in den Entscheidungsprozess der Paare nicht eingebunden wird – sie planen eher die Großeltern als Betreuer ein. Das bedeutet auch, dass die Fertilität in ländlichen Regionen, in denen familiäre Netzwerke in der näheren Umgebung zu finden sind, höher ist als in städtischen Regionen, wo Eltern und Großeltern häufig räumlich weiter entfernt voneinander leben.

Büchner et al. (2006) untersuchen in ihrer Wirkungsstudie zum Elterngeld neben diesem Instrument auch andere Einflussfaktoren auf das Geburtenverhalten von Frauen anhand des SOEP. Das monatliche Einkommen der Frau, Teilzeiterwerbstätigkeit⁹ und das Verhältnis Überstunden/Arbeitszeit wirken negativ, während das Elterngeld in der Simulationsrechnung eine positive Wirkung auf die Fertilität entfaltet. Keinen Einfluss hat die Arbeitslosigkeit, wenn man alle Frauen betrachtet; bei Frauen mit niedrigem Bildungsstand wirkt die Arbeitslosigkeit hinsichtlich der Geburtenentscheidung jedoch positiv. Diese haben in der Regel geringere Opportunitätskosten, sowohl bei der Aufgabe einer Erwerbstätigkeit als auch im Falle, dass sie nach der Babypause aufgrund der Arbeitslosigkeit nicht wieder auf ihren Arbeitsplatz zurückkehren können.

Auch Studien für skandinavischen Länder zeigen, dass das Elterngeld in Kombination mit der gut ausgebauten Kinderbetreuung und gleichen Zugangschancen für Männer und Frauen zum Arbeitsmarkt ein Instrument ist, um die Geburtenrate zu erhöhen (Neyer et al., 2006). In dieser genannten Studie finden sich jedoch auch ganz klare Hinweise darauf, dass die Wirkungen des Elterngelds von den Erwerbsmöglichkeiten der Frauen abhängen, da sich nicht nur in den nordischen Ländern die Frauen eher für ein Kind entscheiden, wenn sie selbst ein hinreichendes Einkommen beziehen.

⁹ Den negativen Effekt der Teilzeitbeschäftigung erklären die Autoren damit, dass Frauen ihre erworbenen Qualifikationen zunächst in einer (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit umsetzen wollen, bevor sie eine Familie gründen (Büchner et al., 2006, 30 f.).

In Übersicht 3 sind die Ergebnisse der Studien zusammengefasst, die sich mit den Einflussfaktoren auf die Fertilität in Deutschland befassen.

Ergebnisübersicht der Studien über Deutschland zu den Einflussfaktoren auf die Fertilität

Übersicht 3

Familienpolitisch beeinflussbare Variablen

- Lohnsatz der Frau/Opportunitätskosten haben einen negativen Einfluss oder keinen Effekt;
- Kindergeld/Kinderfreibetrag haben einen positiven oder keinen Effekt;
- Elterngeld wirkt positiv;
- Verfügbarkeit von formeller Kinderbetreuung hat in Westdeutschland keinen Effekt, da Versorgungsquote zu gering, hier wirken informelle Netzwerke zur Betreuung signifikant positiv; in Ostdeutschland hat sie einen positiven Effekt.

Andere Variablen

- Gesamtarbeitslosigkeit wirkt negativ oder hat keinen Effekt;
- Frauenarbeitslosigkeit wirkt positiv bei Frauen mit niedrigem Bildungsabschluss;
- Teilzeitbeschäftigung von Frauen hat einen negativen Effekt;
- Überstunden von Frauen haben einen negativen Effekt.

Eigene Zusammenstellung

Neben den familienpolitischen Variablen beeinflussen auch Politikentscheidungen außerhalb der Familienpolitik das generative Verhalten der Menschen. Dies trifft insbesondere für die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu, die einen wesentlichen Einfluss auf die Fertilitätsentscheidung ausübt (Übersichten 2 und 3). Dazu zählt neben dem bereits erwähnten Trade-off zwischen Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung auch die Einkommenserzielungsfunktion, die eine Erwerbstätigkeit erfüllt.

Dabei ist die Wirkungsrichtung der Teilindikatoren nicht eindeutig. Einige Studien finden einen positiven Einfluss der Teilzeitbeschäftigung von Frauen auf die Geburtenrate, andere einen negativen Einfluss. Diese Ergebnisse müssen nicht widersprüchlich sein, da man berücksichtigen muss, dass Teilzeitbeschäftigung nicht immer freiwillig ausgeübt wird. Für Mütter mit Kindern ist eine Teilzeitbeschäftigung eine gute Maßnahme zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für einen kinderlosen Erwerbstätigen, der keine Vollzeitstelle findet, ist die Teilzeitbeschäftigung ein finanzielles Hindernis dabei, sich für ein Kind zu entscheiden.

Weniger uneinheitlich ist das Bild bei der Arbeitslosigkeit. Eine hohe gesamte Arbeitslosigkeit und eine hohe Frauenarbeitslosigkeit reduzieren die Geburtenwahrscheinlichkeit, wenn man alle Bildungsschichten betrachtet, weil die finanzielle Sicherheit für eine Familiengründung oder -erweiterung nicht gegeben ist und eine hohe Arbeitslosigkeit als Zeichen einer allgemeinen schlechten wirt-

schaftlichen Verfassung interpretiert wird. Auf individueller Ebene unterscheidet sich der Einfluss der Arbeitslosigkeit je nach Bildungsstand. In Deutschland führt bei Frauen mit niedrigem Bildungsstand Arbeitslosigkeit zu einer stärkeren Neigung, Kinder zu bekommen, weil die Opportunitätskosten der Kinderbetreuung in Zeiten der Arbeitslosigkeit gering sind; bei Frauen mit hohem Bildungsabschluss zeigt sich kein Einfluss der Arbeitslosigkeit (Büchner et al., 2006, 31).

Als eindeutiges Ergebnis aus den quantitativen nationalen wie internationalen Studien lässt sich festhalten, dass Transferleistungen positiv wirken. Die einzige Ausnahme ist die Studie von Althammer (2000), der für den Übergang zum ersten Kind keinen Effekt des Kindergelds findet, sondern nur bei Übergängen zum zweiten und dritten Kind. Zudem lassen Simulationsrechnungen den Schluss zu, dass das Elterngeld in Deutschland eine positive Wirkung entfalten wird (Büchner, 2006). Auch die Kinderbetreuung hat in der Mehrzahl der vorliegenden internationalen Studien eine positive Wirkung, in Ostdeutschland auch, in Westdeutschland ist der Versorgungsgrad formeller Kinderbetreuung so gering, dass Frauen ihn nicht als verlässlichen Faktor in ihre Entscheidung einbeziehen können. In Westdeutschland zeigt sich aber ein signifikant positiver Einfluss von informellen Betreuungsmöglichkeiten in der Form, dass es geburtensteigernd wirkt, wenn die Großeltern vor Ort leben. Der Effekt der Kinderbetreuung ist von mittlerer Stärke.

Weitgehende Übereinstimmung bei den Studien ergibt sich beim Effekt der Opportunitätskosten der Frauen. Die meisten der Studien, die den Lohnsatz der Frau als erklärende Variable in ihr Modell integriert haben, kommen zu dem Ergebnis, dass er einen negativen Effekt auf die Geburtenwahrscheinlichkeit hat. Die Opportunitätskosten sind in engem Zusammenhang mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung zu sehen. Ein Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur führt zu geringeren Opportunitätskosten und kann somit zu einem Anstieg der Geburtenrate führen.

Unklar hingegen ist die Wirkungsweise der Elternzeit. Sie ist bisher erst in wenigen Studien untersucht worden. Die Studie, die Elternzeitregelungen berücksichtigt (d'Addio/d'Ercole, 2005), kommt im Längsschnitt zu einem negativen und im Querschnitt zu einem positiven Einfluss. Hier spielen die Arbeitsmarktchancen, die sich nach der Elternzeit für wieder einsteigende Mütter und Väter ergeben, eine entscheidende Rolle. Lange Auszeiten führen zu einem Verlust an Humankapital und Veränderungen in den Unternehmen, die Eltern in Elternzeit nicht mitvollzogen haben, erschweren ihnen den Wiedereinstieg.

Da die vorliegenden Studien stets nur einen Teil der familienpolitischen Maßnahmen untersuchen, Probleme bei der Datengrundlage aufweisen und unter-

- Eher großen Einfluss haben: Opportunitätskosten und Vereinbarkeitsbedingungen, Kinderbetreuung, Arbeitsmarktverfassung.
- Eher mittleren Einfluss haben: Kindergeld, Elterngeld, Elternzeit.

einander kaum vergleichbar sind, müssen Schlussfolgerungen entsprechend vorsichtig gezogen werden. Will man die Wirkungsgröße einzelner politisch beeinflussbarer Faktoren beschreiben, so lässt sich tendenziell feststellen, dass hinsichtlich der Fertilität die Kinderbetreuungskosten und die Opportunitätskosten der Erwerbsunterbrechung einen eher großen Einfluss ausüben, während der Einfluss von Kindergeld, Elterngeld und Elternzeit im Vergleich etwas weniger stark ist (Übersicht 4).

Als Ergebnis der qualitativen Studien lässt sich festhalten, dass eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik mit der Bildungs-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik abgestimmt sein muss. Darüber hinaus ist es wichtig, dass nicht nur ein Familienmodell gefördert wird, sondern jeder Familie die Entscheidung überlassen wird, wie sie Haus- und Erwerbsarbeit untereinander teilt, ohne dass die Höhe der staatlichen Förderung davon abhängt. Um eine freie Entscheidung zwischen den Familienmodellen treffen zu können, ist die Schaffung gleicher Zugangschancen zum Arbeitsmarkt für Frauen und Männer wichtig.

Für Deutschland ist daher im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik ein Policy-Mix anzustreben, der mittels Infrastruktur- und Zeitpolitik die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert sowie finanzielle Transferleistungen, die die Familien in ihrer Existenzsicherung unterstützen, vorsieht. Darüber hinaus ist ein Verzahnen und Umstrukturieren in verschiedenen Politikbereichen notwendig, die derzeit eine starke Förderung des Alleinverdienermodells beziehungsweise der modernisierten Versorgerehe präferieren.

2.3 Wirkungen der Familienpolitik auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen

Das Erwerbsverhalten von Müttern wird außer durch familienpolitische Maßnahmen – Elternzeit, Erziehungsgeld/Elterngeld, Kinderbetreuungsmöglichkeiten und -kosten – auch von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, zum Beispiel den Möglichkeiten der Teilzeitarbeit und der kurzfristig flexiblen Arbeitszeit, beeinflusst. Ferner muss die Ausgestaltung des Steuersystems und der Sozialversicherungen berücksichtigt werden, da sie den finanziellen Nutzen aus der zusätzlichen

Erwerbsarbeit beeinflussen. Darüber hinaus spielen auch hier neben den politisch beeinflussbaren Größen weitere Faktoren wie das Alter, der Bildungsstand, die Berufserfahrung, die Branche usw. eine Rolle (Übersicht 5).

Einflussfaktoren auf die Frauenerwerbstätigkeit		Übersicht 5
Soziodemografische Faktoren	Ökonomische Faktoren	Staatliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen
Alter der Frau	Lohnsatz der Frau	<i>Elternschutzregelungen</i>
Anzahl der Kinder	Lohnsatz des Mannes	<i>Betreuungsinfrastruktur</i>
Alter der Kinder	Allgemeine wirtschaftliche Lage, Arbeitslosigkeit	<i>Flexibilität der Arbeitsorganisation</i>
Bildungsstand der Frau	<i>Nichterwerbseinkommen bei Elternschaft/Arbeitslosigkeit</i>	Rollenverständnis der Frau
	<i>Soziale Sicherung</i>	
	<i>Steuerliche Behandlung des Zweitverdieners</i>	

Eigene Zusammenstellung

Der Hauptakzent wird bei den folgenden Ausführungen wieder auf den familienpolitischen Einflussfaktoren liegen.

Internationale Studien zeigen, dass sowohl die Fertilität als auch die Erwerbsbeteiligung überwiegend von denselben Faktoren abhängt. Wie bei den Studien zu den Auswirkungen der Familienpolitik auf die Fertilität gilt auch hier, dass es nur eine geringe Anzahl an international vergleichenden Studien gibt, die als erklärende Variable der Frauenerwerbstätigkeit auch verschiedene familienpolitische Instrumente berücksichtigen.

Jaumotte (2003) verwendet ein makroökonomisches Modell, um die Einflussfaktoren auf die Frauenerwerbstätigkeit der 25- bis 54-Jährigen in 17 OECD-Ländern im Zeitraum 1985 bis 1999 zu ermitteln. Als familienpolitisch relevante Faktoren werden die öffentlichen Ausgaben für Kinderbetreuung, die Länge sowie die quadrierte Länge der Elternzeit und die Höhe des Kindergelds/des Kinderfreibetrags in die Regressionsgleichung aufgenommen. Die Kinderbetreuung hat einen signifikant positiven Effekt auf die Frauenerwerbstätigkeit, während Kindergeld/Kinderfreibetrag keinen Einfluss ausüben. Hinsichtlich der Wirkungen der Elternzeit zeigt die Studie, dass ein positiver Effekt davon ausgeht, der aber mit zunehmender Länge schwächer wird beziehungsweise auch ins Negative umschlagen kann – sehr lange Auszeiten führen zu Humankapitalverlusten und damit zu Schwierigkeiten bei der Rückkehr auf den Arbeitsplatz, während zu

Studien zur Wirkung von Familienpolitik auf die Erwerbsbeteiligung (international)

Tabelle 4

Verfasser	Einkommen des Mannes	Kinderbetreuung	Mutterschaftsgeld/Elterngeld/Kindergeld	Arbeitslosigkeit/Teilzeit	Steuern	Sonstiges
Jaumotte, 2003		+ Öffentliche Ausgaben für Betreuung	+ Bezahlte Elternzeit - Bezahlte Elternzeit quadriert 0 Kindergeld/Kinderefreibetrag	+++ Männerarbeitslosigkeit --- Frauenarbeitslosigkeit + Teilzeit	-- relative Steuer des Zweitverdieners im Vergleich zum Single	0 EPL 0 PMR +++ Bildung 0 Kinderzahl 0 Familienstand
Del Boca et al., 2003 (Längsschnitt)	0		-- Nichterwerbseinkommen der Frau	-- Regionale Arbeitslosigkeit + Teilzeit		0 Alter -- Kinderzahl 0 Alter der Kinder
Del Boca et al., 2003 (Querschnitt)	-	++	- Nichterwerbseinkommen der Frau	-- Regionale Arbeitslosigkeit -- Teilzeit		++ Alter ++ Bildung -- Kinderzahl ++ Alter der Kinder

„+“ = positive Wirkung; „-“ = negative Wirkung; „0“ = kein Einfluss; „leeres Kästchen“ = Einflussfaktor wurde nicht untersucht; +/- signifikant auf dem 10%-Niveau; ++/-- signifikant auf dem 5%-Niveau; +++/--- signifikant auf dem 1%-Niveau; EPL: Employment-Protection-Legislation-Index der OECD; PMR: Product-Market-Regulation-Index der OECD.
Eigene Zusammenstellung

kurze Elternzeiten Mütter und Väter veranlassen können, statt die angebotene Elternzeit zu nehmen komplett aus dem Arbeitsmarkt auszusteigen, um die Kinderbetreuung zu übernehmen (European Commission, 2005). Fasst man verschiedene Studien zur Elternzeit zusammen, so erhält man den konsistenten Befund, dass kurze und moderate Elternzeiten die Frauenerwerbstätigkeit erhöhen, während lange Elternzeiten negativ darauf wirken (Neyer, 2006, 5). Auch die Besteuerung des Zweitverdieners hat im Modell von Jaumotte Einfluss auf die Erwerbstätigkeit von Frauen: Je größer die Differenz zwischen der Steuerlast des Zweitverdieners im Vergleich zu einem Alleinstehenden ist, desto geringer ist die Frauenerwerbstätigkeit. Darüber hinaus beeinflusst die Situation auf dem Arbeitsmarkt die Erwerbstätigkeit dahingehend, dass eine hohe Männerarbeitslosigkeit zum Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit führt, während eine hohe Frauenarbeitslosigkeit zu sinkender Erwerbsbeteiligung von Frauen führt.

Die zweite hier vorgestellte internationale Studie zur Frauenerwerbstätigkeit ist die von Del Boca et al. (2003); sie schätzt die Fertilität und Erwerbstätigkeit

simultan anhand eines mikroökonomischen Modells. Daher wurde diese Studie bereits im Kapitel zur Fertilität behandelt. Sowohl im Längsschnitt als auch im Querschnitt zeigt sich, dass das Nichterwerbseinkommen der Frau einen negativen Einfluss auf ihre Erwerbsneigung hat, während das Einkommen des Mannes nur im Querschnitt einen Einfluss ausübt. Die Kinderbetreuung konnte nur im Querschnitt berücksichtigt werden und weist das erwartete positive Vorzeichen auf. Die regionale Arbeitslosigkeit wirkt entmutigend auf die Beschäftigung von Frauen, während der Anteil an Teilzeitbeschäftigten im Längsschnitt positiv, im Querschnitt jedoch negativ wirkt.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die Kinderbetreuung erwartungsgemäß einen positiven Einfluss hat, die gesamte Arbeitslosigkeit sowie die Frauenarbeitslosigkeit aber einen negativen Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung der Frauen ausüben. Das Nichterwerbseinkommen der Frau setzt negative Arbeitsanreize, weil wegfallendes Transfereinkommen erarbeitet werden muss. Die Teilzeitbeschäftigung zeigt hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung ein ebenso ambivalentes Bild wie hinsichtlich der Fertilität, da unterschieden werden muss, warum in Teilzeit gearbeitet wird und ob die gewünschte Anzahl an Teilzeitstellen verfügbar ist oder nicht.

Da für Deutschland keine Studien vorliegen, die mehrere familienpolitische Instrumente in ihrer Wirkung auf das Arbeitsmarktverhalten von Frauen berücksichtigen, werden im Folgenden sowohl deutsche als auch international vergleichende Studien vorgestellt, welche die Wirkung einzelner familienpolitischer Instrumente separat untersuchen.

Eine beachtliche Anzahl auch internationaler Studien befasst sich mit dem Effekt der Kinderbetreuung auf das Arbeitsangebot von Müttern. Immervoll/Barber (2005) zeigen, dass Kinderbetreuung von zentraler Bedeutung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Ihre Studie ermittelt die Nettokosten institutioneller Kinderbetreuung und ihre Wirkung auf das Arbeitsangebot von Alleinerziehenden und Zweitverdienern mit Kleinkindern, da diese besonders stark auf finanzielle Arbeitsanreize reagieren. Als zentral werden folgende Ergebnisse festgehalten:

- Die Betreuungskosten für zwei Vorschulkinder können bis zu 20 Prozent des Familienbudgets erreichen. Hohe Betreuungskosten wirken unter Umständen auf die Entscheidung für ein Kind. Bei bereits vorhandenen Kindern können die hohen Kosten die Aufnahme einer Arbeit unattraktiv machen und damit die Entwicklung des Kindes beschränken, zum einen, wenn es keine adäquate Betreuung in einer Kindertageseinrichtung erfährt, und zum anderen, wenn die fehlenden Möglichkeiten der elterlichen Erwerbstätigkeit Einkommenschancen mindern.

Ähnliches gilt für ein zu geringes Platzangebot in Kindertageseinrichtungen. In einigen Ländern ist das geringe Angebot problematischer als die Höhe der Betreuungskosten.

- Mit der institutionellen Kinderbetreuung werden drei Ziele verfolgt: erstens die Entwicklung des Kindes fördern, zweitens die Frauenerwerbstätigkeit ermöglichen, drittens den Trade-off zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenrate minimieren. Um dies zu erreichen, bedarf es eines Policy-Mix aus Verfügbarkeit und finanzieller Unterstützung der Kinderbetreuung, um den Eltern eine echte Wahlfreiheit hinsichtlich der Betreuung zu ermöglichen. Staatliche finanzielle Hilfe kann diese Balance ermöglichen, eventuell beschränkt auf bedürftige Familien. Nachfrageseitige Unterstützung garantiert aber vor allem in benachteiligten Regionen noch keine hochwertige Kinderbetreuung.
- Hinsichtlich der Arbeitsanreize für Eltern spielen neben der Kinderbetreuung auch andere Bereiche der Sozial- und Fiskalpolitik, die das Elterneinkommen betreffen, eine Rolle. Hohe Kosten sind dann kein Hindernis, wenn Eltern eine angemessene finanzielle Unterstützung erhalten. Allerdings führt eine hohe Subventionierung von Kinderbetreuungsplätzen nicht zu einer entsprechenden Nutzung, wenn die Steuerlast oder die Transferentzugsrate zu hoch ist und negative Arbeitsanreize setzt. In einigen Ländern beträgt die Summe von Kinderbetreuungskosten, Steuern und verringerten Transferleistungen etwa 70 Prozent des zusätzlichen Einkommens eines niedrig entlohnten Zweitverdieners.

Neben den Kosten ist die Verfügbarkeit von Betreuungsplätzen entscheidend. In Regionen mit geringem Angebot an Plätzen haben die Kosten nur wenig Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein. So stellen Del Boca/Vuri (2005) für Italien fest, dass Kinderbetreuungskosten nur in den Regionen einen signifikant negativen Effekt haben, in denen das Angebot an Plätzen nicht stark rationiert ist.

Tabelle 5 stellt im Überblick verschiedene Länderstudien dar, welche die Auswirkungen der Kinderbetreuungskosten auf das Arbeitsangebot der Mütter analysieren. Dabei zeigt sich für angloamerikanische Länder und das Vereinigte Königreich ein negativer Effekt der Kinderbetreuungskosten auf das Arbeitsangebot der Mütter. Für Schweden und Norwegen hingegen zeigt sich, dass Kinderbetreuungskosten nur dort negativ wirken, wo ein ausreichendes Angebot an Plätzen verfügbar ist. Für Deutschland findet Wrohlich (2004) sehr geringe negative Effekte der Betreuungskosten auf das Arbeitsangebot von Müttern. In einer neueren Studie kommt Wrohlich (2006) zu dem Ergebnis, dass der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze jedoch eine größere Wirkung auf das Arbeitsangebot von Müttern hat als eine Reduktion der Kinderbetreuungskosten. Der geringe

Wirkungsstudien von Kinderbetreuungskosten auf das Arbeitsangebot der Mütter

Tabelle 5

Autor	Land	Effekt
Connelly, 1990	USA	Negativ signifikanter Effekt
Ribar, 1995	USA	Negativ signifikanter Effekt
Viitanen, 2004	Großbritannien	Negativ signifikanter Effekt
Powell, 1997	Kanada	Negativ signifikanter Effekt
Gustafsson/Stafford, 1992	Schweden	Negativ signifikant nur in Gebieten mit nicht rationiertem Angebot
Kornstad/Thoresen, 2004	Norwegen	Negativ signifikanter Effekt, größer in Gebieten mit nicht rationiertem Angebot
Del Boca, 1993	Italien	Negativ signifikanter Effekt nur für Teilzeitbeschäftigte
Wrohlich, 2004	Deutschland	Negativ signifikanter Effekt, in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland
Althammer, 2000	Deutschland	Kein Effekt
Cobb-Clark, 2000	Australien	Kein Effekt

Quelle: Eigene ergänzende Darstellung nach Del Boca/Vuri, 2005, 27

Effekt der Kosten kann durch die bereits starke Subventionierung der Betreuungsplätze erklärt werden (Althammer, 2000, 100). Dies bestätigt Tabelle 6, in welcher die Auswirkungen einer Reduzierung der Betreuungskosten auf die Frauenerwerbstätigkeit dargestellt sind. In Deutschland fällt der Effekt sehr gering aus, während im Vereinigten Königreich wegen der mehrheitlich privaten Finanzierung von Kinderbetreuung die Effekte deutlicher sind.

Kreyenfeld und Hank (2000) kommen zu dem Ergebnis, dass in Westdeutschland das Angebot an Betreuungsplätzen keinen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit von Müttern ausübt, weil das Angebot so gering und unflexibel ist, dass es nicht den Bedürfnissen von erwerbstätigen Eltern entspricht. Eine Studie von Büchel und Spieß (2002) stellt fest, dass die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsangeboten einen positiven Effekt auf die Erwerbstätigkeit von Müttern hat. Sie zeigen, dass die Verfügbarkeit von Kindergartenplätzen die geringfügige und die Teilzeitbeschäftigung von Müttern fördert, während ein positiver Effekt auf die Vollzeit-erwerbstätigkeit nur von der Verfügbarkeit von Ganztagsbetreuung ausgeht.

Den Einfluss von Ganztagschulen auf das Arbeitsangebot untersuchen Beblo et al. (2005). Anhand eines Mikrosimulationsmodells errechnen sie, dass eine flächendeckende Einführung von Ganztagschulen zu einem Anstieg der Erwerbsquote um 4 Prozentpunkte (Westdeutschland) beziehungsweise 1 Prozentpunkt

Arbeitsmarkteffekte einer Reduzierung der Kinderbetreuungskosten

Tabelle 6

Land	Frauenerwerbsquote im Status quo (in Prozent)	Erhöhung der Frauenerwerbsquote bei Reduktion um 50 Prozent (in Prozentpunkten)	Erhöhung der Frauenerwerbsquote bei Reduktion um 100 Prozent (in Prozentpunkten)
Deutschland	Westdeutschland: 43 Ostdeutschland: 63	–	Westdeutschland: 3,0 Ostdeutschland: 1,5
Italien	61	6,9	13,2
Großbritannien	50	13,8	25,0
USA	59	5,2	9,9

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Del Boca/Vuri, 2005, 33

(Ostdeutschland) führen und dass die durchschnittliche Arbeitszeit um 16 Prozent (Westdeutschland) beziehungsweise 5 Prozent (Ostdeutschland) steigen würde. Auch der Ausbau von ganztägiger Betreuung für Klein- und Kindergartenkinder und flexiblere Öffnungszeiten der Einrichtungen unterstützen demnach die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Familienunterstützende Dienstleistungen (FUD) können ebenfalls zu einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Ihre Definition ist nicht einheitlich, jedoch werden unter FUD in der Regel Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Unterstützung bei der Pflege alter und/oder kranker Angehöriger sowie Tätigkeiten in Haushalt und Garten verstanden.¹⁰ Die Bedeutung der Kinderbetreuung wurde im vorangegangenen Abschnitt auch hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Müttererwerbstätigkeit erörtert. Unberücksichtigt blieb dabei größtenteils, wie diese FUD finanziell behandelt werden. Rückwirkend ab Anfang 2006 können Kinderbetreuungskosten – unabhängig davon, wie das Kind betreut wird – und andere FUD steuerlich geltend gemacht werden (Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung). Als Faustregel gilt, dass hinsichtlich der Kinderbetreuung zwei Drittel aller Aufwendungen bis maximal 4.000 Euro je Kind absetzbar sind, bezogen auf die anderen haushaltsnahen Dienstleistungen sind es 12 Prozent (maximal 2.400 Euro) für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in privaten Haushalten und 20 Prozent (maximal 600 Euro) bei Inanspruchnahme von freien Dienstleistungen (Putzhilfe), Unternehmen oder Dienstleistungsagenturen.¹¹

¹⁰ Für einen Überblick über Definitionen, Förderung, Bedarf und Angebote siehe DIW/BMFSFJ, 2005.

¹¹ Das Verhältnis zwischen der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Kosten für haushaltsnahe Dienstleistungen (§ 35 a EStG) und der steuerlichen Absetzbarkeit der Kosten für Kinderbetreuung ist so geregelt: Grundsätzlich

Es gibt bisher noch keine Studien, die untersuchen, ob die staatliche Förderung dieser Dienstleistungen die Erwerbstätigkeit der Eltern erhöht, es ist jedoch plausibel, dass eine positive Wirkung auf die Beschäftigung der Eltern ausgeht. Zum einen bedeuten FUD für Familien mit Kindern eine zeitliche Entlastung, die unter anderem für die Aufnahme oder Erweiterung der Erwerbstätigkeit der Eltern genutzt werden kann. Zum anderen zeigen qualitative Studien, dass der Zeitaufwand, den in der Regel Frauen und Mütter für den Haushalt aufwenden, das dort wahrgenommene Spannungsverhältnis zwischen Beruf und Familie beeinflusst (Rosenbluth et al., 2002). Davon gehen auch Effekte auf das Geburtenverhalten aus.

Zur Wirkung von familienunterstützenden Dienstleistungen auf die Beschäftigung der Erbringer dieser Leistungen liegen bisher erst wenige Studien vor. Sie untersuchen, welche Wirkung die veränderte steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der FUD hat. Fazit der Studie von Weinkopf (2003) ist, dass die kurzfristigen Beschäftigungseffekte nicht überschätzt werden sollten, weil die Kosten professioneller Angebote – auch mit Subventionen – noch deutlich über den Schwarzmarktpreisen liegen. Außerdem sind Engpässe auf der Arbeitsangebotsseite zu berücksichtigen, was sowohl dem schlechten Image der Tätigkeiten als auch den Anreizen zur Schwarzarbeit sowie den eher unattraktiven Arbeitsbedingungen geschuldet ist.

Die Legalisierung der Tätigkeiten führt zu höheren Einnahmen der Sozialversicherung und einer besseren Absicherung der Beschäftigten. Eine Studie der Robert Bosch Stiftung (2006) kommt zu dem Ergebnis, dass durch familienunterstützende Dienstleistungen in Deutschland in Familien als Arbeitgebern etwa 60.000 neue Vollzeitarbeitsplätze entstehen könnten, wenn die FUD voll steuerlich absetzbar wären, die Sozialversicherungsabgaben auf FUD halbiert würden und sich das Qualifikationsprofil von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt angleiche. Fazit der Studie ist, dass FUD – verbunden mit verbesserten finanziellen Anreizen für Familien – die Grundlage für mehr Kinder und mehr Beschäftigung schaffen.

können sowohl Kinderbetreuungskosten als auch haushaltsnahe Dienstleistungen unabhängig voneinander steuerlich berücksichtigt werden. Das gilt aber nicht für Kinderbetreuungskosten, die als Werbungskosten oder als Sonderausgaben nach der „Zwei-Drittel-Regelung“ geltend gemacht werden. Diese Kinderbetreuungskosten können unabhängig davon, wo sie entstehen, nur als Werbungskosten beziehungsweise als Sonderausgaben geltend gemacht werden. Zwei-Verdiener-Haushalte können ebenfalls Kosten für haushaltsnahe Dienstleistungen geltend machen, allerdings nicht für Kinderbetreuung. Kosten, die für Handwerkerrechnungen, Haushaltshilfen oder Pflege anfallen, werden über § 35 a EStG steuerlich gefördert. Alleinverdiener-Familien und nicht erwerbstätige Alleinerziehende nutzen § 35 a EStG, um Kosten für haushaltsnahe Dienstleistungen (auch die Kinderbetreuung im eigenen Haushalt), Handwerker- und Pflegedienstleistungen in Höhe von jeweils maximal 600 Euro (insgesamt maximal 1.800 Euro) von der Steuerschuld abzuziehen. Dies gilt nicht für die Kinderbetreuungskosten für die Drei- bis Sechsjährigen: Diese können jedoch als Sonderausgaben geltend gemacht werden.

Für Deutschland ist nur eine Studie zu den Arbeitsangebotswirkungen des Kindergelds bekannt (Althammer, 1999), die feststellt, dass vom derzeitigen Kindergeld kaum Auswirkungen auf das Arbeitsmarktverhalten ausgehen.

Untersuchungen zum Erziehungs- beziehungsweise Elterngeld liegen nur für einzelne Länder vor. Für Deutschland zeigen mehrere Studien, dass das Erziehungsgeld die Erwerbsbeteiligung von Müttern beeinflusst. Kaltenborn (2004) ermittelt anhand der SOEP-Daten und eines Mikrosimulationsmodells, dass bei 10 Prozent der Erziehungsgeldempfänger das Erziehungsgeld die gewünschte Arbeitsmarktpartizipation beeinflusst, vor allem bei Frauen mit Partner. Althammer (1999) zeigt ebenfalls mittels SOEP, dass das Erziehungsgeld nur zu einer geringfügigen Einschränkung des Arbeitsangebots geführt hat. Althammer interpretiert dieses Ergebnis dahingehend, dass Mütter die eigene Betreuung der Kinder als optimale Betreuungsform ansehen. Es ist jedoch auch denkbar, dass die fehlende institutionelle Betreuung für Kinder unter drei Jahren dazu führt, dass Mütter – unabhängig vom Bezug des Erziehungsgelds – keine Möglichkeit haben, erwerbstätig zu sein.

Die neueste Studie zum Elterngeld des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Büchner et al., 2006) ermittelt anhand eines Steuer-Transfer-Simulationsmodells den Effekt eines zwölfmonatigen Elterngelds bei einer Lohnersatzrate von 67 Prozent. Bei Müttern mit Kindern zwischen ein und zwei Jahren führt der Wegfall des Erziehungsgelds zu einer Ausweitung der Arbeitszeit um 10 Prozent, während die Partizipationsrate von 36 auf 39 Prozent steigt. Für Mütter mit Kindern unter einem Jahr wurden tendenziell negative Arbeitsanreize erwartet, jedoch haben sie sich im Modell als nicht signifikant erwiesen, das heißt die Einführung eines zwölfmonatigen Elterngelds hat keine negativen Arbeitsanreizeffekte im Vergleich zum Status quo.

Werding (2001) hat ermittelt, welche Wirkungen die Einführung eines sechsjährigen Familiengelds hätte, das in den ersten drei (zwei) Jahren rund 500 Euro und für die folgenden Jahre rund 250 Euro beträgt. Das Familiengeld wird auch gezahlt, wenn beide Elternteile erwerbstätig sind. Das Arbeitsangebot steigt gegenüber dem einkommensabhängigen Erziehungsgeld geringfügig an, wobei gegenläufige Effekte wirken: Die Möglichkeit einer Erwerbstätigkeit bei gleichzeitigem einkommensunabhängigen Transferbezug erhöht die Anreize zu arbeiten, während dagegen die Einführung dieser Transferleistung einen Anreiz zur Erwerbsunterbrechung setzt.

Auch Studien anderer Länder zeigen, dass eine Ausweitung der einkommensunabhängigen Transferleistungen die Frauenerwerbstätigkeit nicht erhöht, im Gegenteil, es wurde sogar festgestellt, dass sich negative Arbeitsanreize ergeben.

In Norwegen wurde 1998 ein Betreuungsgeld in Höhe von monatlich 400 Euro eingeführt, das die Eltern erhalten haben, die ihr Kind im Alter zwischen einem und drei Jahren selbst betreut haben, statt es in einer Einrichtung betreuen zu lassen. Diese Maßnahme hat die Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen reduziert und die Spezialisierung der Elternteile erhöht, wobei die Erwerbsquote der hoch qualifizierten Mütter stärker gefallen ist als die der geringer qualifizierten (Naz, 2004). Auch Österreich hat 2002 ein Kinderbetreuungsgeld eingeführt, welches das zuvor geltende Karenzgeld abgelöst hat und eine Verlängerung der Elternzeit sowie eine Erhöhung der Transferleistungen bei erweiterten Zuverdienstmöglichkeiten beinhaltet. Eine erste Untersuchung der Wirkungen dieser Maßnahmen zeigt, dass die Erhöhung der Transferleistungen bei Verlängerung der Bezugsdauer zu einer geringeren Arbeitsmarktbeteiligung der Mütter geführt hat (Lutz, 2003). Auch für Finnland zeigt sich, dass die 1990 landesweit eingeführte „child home care allowance“, die Elternteile erhalten, die keine institutionelle Kinderbetreuung beanspruchen, für bestimmte Personenkreise negative Arbeitsanreizeffekte setzt. Je älter die Mütter sind, je höher gebildet und je höher ihr Einkommen ist, desto seltener wird diese Leistung genutzt (Rissanen/Knudsen, zitiert in Wroblewski/Leitner, 2006, 127). Darüber hinaus scheint ein Zusammenhang zwischen der Inanspruchnahme der Leistung und der wirtschaftlichen Entwicklung zu bestehen, der sich darin äußert, dass sich für Frauen Rückkehrprobleme auf den Arbeitsmarkt ergeben. Dies zeigt sich unter anderem in einem höheren Anteil von Arbeitslosigkeit im Anschluss an die Inanspruchnahme. Auch eine international vergleichende Studie der OECD (Bassanini/Duval, 2006, 45) kommt zu dem Ergebnis, dass eine Unterstützung bei der Kinderbetreuung geeigneter ist, die Frauenerwerbstätigkeit zu erhöhen, als eine Erhöhung der Transferleistungen für Kinder in Form von Familien- oder Betreuungsgeld.

Weber (2004) ermittelt anhand des SOEP einen positiven Einfluss des Erwerbseinkommens der Mutter vor der Geburt und des Bildungsstands auf die Wahrscheinlichkeit, dass eine Mutter in die Erwerbstätigkeit zurückkehrt. Einen negativen Einfluss haben der Erziehungsurlaub und die Höhe des Alternativeinkommens in Form von Transferleistungen oder des Partnereinkommens. Insgesamt gilt aber für Deutschland, dass parallel zur Einführung des Erziehungsurlaus die Rückkehrwahrscheinlichkeit insgesamt gestiegen ist. Auch Merz (2004) bestätigt anhand des Mikrozensus, dass die Einführung des Erziehungsurlaus die Erwerbstätigkeit tendenziell negativ beeinflusst hat, dass die Frauenerwerbstätigkeit insgesamt aber dennoch gestiegen ist. Nach Einführung des Erziehungsurlaus im Jahr 1986 ist die Arbeitszeit bis 1991 gesunken und die Anzahl der Erziehungsurlauberinnen, die komplett aussetzen und keine Teilzeitbeschäftigung

ausüben, von 4,4 auf 10,1 Prozent aller verheirateten Frauen mit Kindern unter zehn Jahren gestiegen. Die Ausweitung des Erziehungsurlaubs von zwei auf drei Jahre im Jahr 1992 führte zu einem Anstieg des Anteils an Frauen im Erziehungsurlaub ohne Teilzeittätigkeit von 12,5 auf 16,1 Prozent. Die seit 2001 geltende Regelung, dass eine Erwerbstätigkeit bis 30 Wochenstunden möglich ist, hat dazu geführt, dass der Anteil der Mütter im Erziehungsurlaub ohne Teilzeittätigkeit auf 14,7 Prozent gesunken ist.

Eine Studie von Bothfeld et al. (2005) zur Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern unter drei Jahren bestätigt einerseits, dass der seit 1986 bestehende Erziehungsurlaub von zunächst zehn und später bis zu 36 Monaten zu einer verstärkten Inanspruchnahme geführt hat, dass andererseits aber die Zahl der Mütter, welche die Höchstdauer der Elternzeit in Anspruch nimmt, leicht rückläufig ist. Mütter mit Kindern unter einem Jahr sind mehrheitlich im Erziehungsurlaub und ihr Arbeitsangebot ist gegen konjunkturelle Schwankungen relativ resistent. Es gibt jedoch schwache Hinweise darauf, dass die Budgetregelung beim Elterngeld zu einer verkürzten Inanspruchnahme von Elternzeit und Erziehungsgeld führt. Für Mütter mit Kindern zwischen einem und zwei Jahren ist die Elternzeit keinesfalls das Mehrheitsmodell. Vielmehr geht seit Mitte der neunziger Jahre die Inanspruchnahme zurück und die aktive Erwerbstätigkeit steigt an. Insgesamt gilt, dass die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern, die älter als ein Jahr alt sind, stark von der Lage auf dem Arbeitsmarkt abhängt und Veränderungen institutioneller Regelungen wie veränderte Elternzeitregelungen erst langfristig wirken.

Die Länge des Erziehungsurlaubs spielt auch eine Rolle für die Entwicklung des Humankapitals der Frauen. Wissen und Fertigkeiten, die Frauen in Ausbildung und Studium erworben haben, liegen während der Babypause brach und gehen durch lange Auszeiten verloren. Dies führt zu Humankapitalverlusten in der Volkswirtschaft, weil Bildungsinvestitionen nicht in einer Erwerbstätigkeit amortisiert werden, und wirkt sich überdies auf den Lohn der Frauen aus. Gründe für geringere Entlohnung von Müttern sind mögliche Humankapitalverluste während der Elternzeit sowie eine geringere Flexibilität im Job. Darüber hinaus spielen aber auch Selbstselektionseffekte eine Rolle, die dazu führen, dass Frauen mit Kindern oder Kinderwunsch eher Arbeitsplätze haben, die gut mit einer Familie vereinbar sind, aber weniger Lohn bieten. Beblo et al. (2006) ermitteln für Deutschland einen um 16 bis 19 Prozent geringeren Lohn aufgrund der ersten Geburt, wobei in diesem Fall bereits berücksichtigt ist, dass Frauen mit Kindern häufiger in Unternehmen mit geringeren Löhnen beschäftigt sind. Ondrich et al. (2002) finden einen negativen Effekt des Erziehungsurlaubs auf die Lohn-

entwicklung von Frauen in Deutschland. Jeder Monat, der länger in Elternzeit verbracht wird, reduziert das Lohnwachstum in einem Fünfjahreszeitraum um 1,5 Prozent. Auch hinsichtlich der Wirkung einer langen Babypause auf die Karrierechancen – gemessen anhand des Bruttostundenlohns – zeigt sich, dass mit zunehmender Dauer des Erziehungsurlaubs die Karrierechancen von Frauen sinken.

Ergänzt man die deutsche Empirie um Erfahrungen aus Skandinavien, so zeigt sich, dass es eine Maximaldauer des Erziehungsurlaubs gibt, ab der er negative Auswirkungen auf die Beschäftigung von Frauen hat. Rösen und Sundström (2002) zeigen, dass Mütter mit Anspruch auf Erziehungsurlaub höhere Wiederbeschäftigungsquoten als andere Frauen haben, da die Arbeitsplatzsicherheit gegeben ist und die Frauen nicht bei null anfangen müssen. Dennoch haben die Verlängerungen des Erziehungsurlaubs und die großzügige Unterstützung für die Eigenbetreuung von Kindern in Finnland dazu geführt, dass die zu langen Unterbrechungen mit negativen Konsequenzen für die Frauen verbunden sind. Dies betrifft Karrieremöglichkeiten und Verdienstprofile, zeigt sich aber auch in einer ungleichen Verteilung der Hausarbeit. Eine optimale Dauer der Elternzeit wurde auch bei der Untersuchung ihres Einflusses auf die Geburtenrate festgestellt, sodass sowohl in puncto Unterstützung der Frauenerwerbstätigkeit als auch bezüglich einer höheren Geburtenrate eine moderate Länge der Elternzeit anzuraten ist.

Das Steuersystem setzt mit dem Ehegattensplitting stark negative Anreize für den Zweitverdiener, in der Regel für die Mutter, die nach der Babypause wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren möchte (Althammer, 1999; Hülskamp/Seyda, 2004, 44 ff.). Eine Studie der OECD (Burniaux et al., 2003, 15 f.) ergab, dass Frauen mehr arbeiten würden, wenn sie statt als Zweitverdiener individuell besteuert würden. Es liegt allerdings keine Studie für Deutschland vor, die berechnet, welche Arbeitsangebotseffekte eine Individualbesteuerung hätte. Studien, die eine Änderung des deutschen Steuersystems hin zu einem Familiensplitting nach französischem Vorbild simulieren, stellen fest, dass finanzielle Erleichterungen nur für Familien mit mehreren Kindern und hohem Einkommen festzustellen sind und dass die positiven Arbeitsangebotseffekte sehr gering sind (Beblo et al. 2003; Steiner/Wrohlich, 2006).

Die allgemeine Arbeitslosigkeit wirkt sich auf das Arbeitsangebot von Frauen aus, da eine hohe Arbeitslosigkeit Frauen entmutigt, nach einer Babypause die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt zu wagen (Ham/Büchel, 2004). Frauen, die arbeiten wollen, können dies eher in Regionen mit niedriger Arbeitslosenquote, kurzen Entfernungen zur nächsten Agglomeration und – im Falle von Müttern – mit einem hohen Versorgungsgrad an Kindertageseinrichtungen realisieren.

Wirkungsstärke der Einflussfaktoren auf die Erwerbsbeteiligung

Übersicht 6

- Eher großen Einfluss haben: Arbeitsmarktverfassung, Besteuerung des Zweitverdieners.
- Eher mittleren Einfluss haben: Kinderbetreuung, Nichterwerbseinkommen, bezahlte Elternzeit.
- Keinen Einfluss hat: Elterngeld für unter Einjährige (in Deutschland).

Als Ergebnis aus den vorliegenden Studien kann man festhalten, dass die Frauenerwerbstätigkeit von ähnlichen Faktoren abhängt wie die Geburtenrate. Auch hier gilt, dass die einseitige Förderung des Alleinverdienermodells sich dämpfend auf die Erwerbstätigkeit von Müttern auswirkt: Lange Auszeiten für die Kindererziehung, die negativen Arbeitsanreize aufgrund des Ehegattensplittings in Deutschland, geringe Möglichkeiten der Kleinkinderbetreuung und eine gering bezahlte, lohnunabhängige Elternzeit schränken die Bereitschaft und die Möglichkeiten ein, neben der Kindererziehung eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Darüber hinaus wird die Frauenerwerbstätigkeit relativ stark von der Arbeitsmarktverfassung beeinflusst. Ähnlich groß ist der Einfluss der Besteuerung des Zweitverdieners. Von eher mittlerem Einfluss sind die Kinderbetreuungsmöglichkeiten (positive Wirkung), die Höhe des Nichterwerbseinkommens sowie die bezahlte Elternzeit (beide mit negativer Wirkungsrichtung). Kein negativer Einfluss auf die Müttererwerbstätigkeit von bis zu einjährigen Kindern ist hingegen von der Einführung eines Elterngelds zu erwarten, da das – geringe – Arbeitsangebot dieser Mütter eher wenig zu beeinflussen ist. Die Kinderbetreuungskosten scheinen in Deutschland derzeit keine wesentliche Rolle zu spielen, wobei hier zu berücksichtigen ist, dass die Betreuung für unter Dreijährige derzeit noch so gering ausgebaut ist, dass sie – ungeachtet der Kosten – kaum einen Einfluss hat. Für die Zukunft bleibt abzuwarten, ob der Ausbau gerade im Krippenbereich zu einer stärkeren Abhängigkeit der Müttererwerbstätigkeit von den Betreuungskosten führt (Übersicht 6).

2.4 Wirkungen der Familienpolitik auf den Bildungsstand von Kindern

Der Bildungsstand der Kinder wird von soziodemografischen Faktoren des Elternhauses beeinflusst, ebenso von ökonomischen Faktoren und der Ausgestaltung des Bildungssystems.

Um den Einfluss verschiedener Variablen zu ermitteln, wird auf eine Auswertung der PISA-Daten zurückgegriffen, die eine Vielzahl sowohl der ökonomischen Bedingungen als auch der Rahmenbedingungen berücksichtigt (Übersicht 7).

Einflussfaktoren auf den Bildungsstand

Übersicht 7

Soziodemografische Faktoren	Ökonomische Faktoren	Staatliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen
Anzahl der Kinder	Einkommen der Eltern	Anzahl, Ausbildung und Erfahrung der Lehrer
Bildungsstand der Eltern	Steuerliche Behandlung von Familien und Kindern	Kindergarten- und Schulressourcen
Fähigkeiten der Eltern	Öffentliche Transferleistungen	Charakteristika des Bildungssystems
Angeborene/vererbte Fähigkeiten		Peers

Eigene Zusammenstellung

In Tabelle 7 sind die PISA-Variablen aufgeführt, die Einfluss auf die Lernergebnisse der Schüler haben. Zusätzlich ist die Einflussrichtung dieser Variablen auf die verwendeten abhängigen Variablen angegeben, die anhand multivariater

Einflussfaktoren auf die Höhe der PISA-Punkte

Tabelle 7

Variable	Einfluss auf die Höhe der PISA-Punkte		
	Textverständnis	Mathematik	Naturwissenschaften
Familiärer Hintergrund			
Niedriger Bildungsstand der Eltern	---	---	---
Migrationshintergrund	---	---	---
Bildungsferne der Eltern	---	---	---
Geringes Einkommen			
Häusliche Inputs			
Schlechte Ausstattung mit Lernmitteln	---	---	--
Wenige zeitliche Inputs	---	--	--
Nicht den Elementarbereich besucht	-		-
Öffentliche Inputs			
Schlechte Ausstattung der Schulen			
Fehlende Lehrer			--
Schulklima/Klassenklima			
Schlechtes Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern	---	-	--
Schlechter Umgang der Schüler mit den Lehrern	-	--	--
Schlechter Umgang der Schüler untereinander			
Fehlende Motivation für das Lernen	--	--	--
Fehlende Motivation der Lehrer			

Kontrollvariablen: Anteil der Lehrer ohne Hochschulabschluss, Interaktion zwischen standardisierten Tests und Autonomie der Schule.

Quelle: Anger et al., 2006, 72

Analysen ermittelt wurde (vgl. Tabelle 7 nach Anger et al., 2006). Die Häufigkeit der Plus- oder Minuszeichen soll in diesem Kontext verdeutlichen, wie stark der Zusammenhang zwischen dem jeweiligen Einflussfaktor und der zu erklärenden Variablen ist.

Ein besonders starker Einfluss auf die zu erklärenden Variablen konnte von einigen Merkmalen aus dem Bereich des familiären Hintergrunds festgestellt werden. Ein niedriger Bildungsstand der Eltern, ein Migrationshintergrund, der damit verbunden ist, dass zu Hause nicht die Testsprache gesprochen wird, und eine Bildungsferne der Eltern stehen in Deutschland in einem stark negativen Zusammenhang zu der Lernleistung der Schüler. Den Bildungseinrichtungen gelingt es nicht, den großen Einfluss, den die Herkunftsfamilie ausübt, auszugleichen beziehungsweise zu verringern und damit Startchancengerechtigkeit für die Schüler zu schaffen.

Kein signifikanter Einfluss scheint jedoch von dem Einkommen der Eltern auszugehen, das in dieser Untersuchung anhand von Arbeitslosigkeit und des Fehlens des zweiten Erziehungsberechtigten operationalisiert wurde. Der Bildungsstand der Eltern und deren Einstellung zur Bildung scheinen sich somit eher auf den Bildungsstand der Kinder auszuwirken als das zur Verfügung stehende Einkommen.

Etwas weniger starke Zusammenhänge können zwischen den häuslichen Inputs und den Lernleistungen der Schüler festgestellt werden. Aber sowohl eine geringe Ausstattung mit Lernmitteln seitens des Elternhauses als auch geringe zeitliche Inputs in die Bildungsanstrengungen beeinflussen die Lernergebnisse der Schüler signifikant negativ. Es besteht zudem ein schwach signifikanter Zusammenhang zwischen dem fehlenden Besuch des Kindergartens und den Lernleistungen der Schüler. Eine Förderung der Kinder schon vor der Schule, die zukünftig noch ausgebaut werden sollte, kann damit ebenfalls ein geeignetes Mittel sein, um den Bildungsstand der Kinder zu erhöhen. Insgesamt wird hier der in Deutschland starke Einfluss des Elternhauses auf die Lernleistung deutlich. Die Eltern können über die Bereitstellung von Lernmitteln und die Einflussnahme auf die Zeit, die ihre Kinder in Bildung investieren, deren Lernleistung signifikant beeinflussen.

Eine mangelnde Ausstattung der Schulen mit Lehrmitteln und Gebäuden sowie mit Lehrern hat dagegen keinen signifikanten Einfluss auf die Lernleistungen der Schüler. Einzig das Testergebnis in den Naturwissenschaften wird signifikant negativ durch einen Mangel an Lehrern in den Naturwissenschaften beeinflusst. Dieses Ergebnis sollte jedoch nicht dahingehend interpretiert werden, dass die Ausstattung der Schulen irrelevant für das Lernergebnis der Schüler ist, sie wird sogar eine notwendige Voraussetzung für einen guten Unterricht sein. Der fehlende

Zusammenhang zwischen der Schüler-Lehrer-Relation und den Lernleistungen der Schüler, der in der hier durchgeführten Analyse festgestellt wurde, kann auch darauf zurückgeführt werden, dass schlechte Schüler häufig systematisch kleineren Klassen zugeteilt werden. Schüler-Lehrer-Relationen sind beispielsweise an Hauptschulen günstiger als an Gymnasien und Hauptschulklassen in der Regel kleiner (KMK, 2003, 118 und 156). Ein positiver Zusammenhang zwischen einer niedrigen Schüler-Lehrer-Relation und den Lernergebnissen der Schüler lässt sich somit nur schwer nachweisen. Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse jedoch, dass der Mangel an Lehrmaterialien, Schulgebäuden und Lehrern an den deutschen Schulen, die diese Probleme beklagen, nicht so groß zu sein scheint, dass die Lernergebnisse der Schüler dadurch signifikant verschlechtert werden.

Etwas stärker ist wiederum der Zusammenhang zwischen dem Schul- beziehungsweise Klassenklima und den Lernleistungen der Schüler. Besonders ein schlechtes Verhältnis der Schüler zu den Lehrern und eine geringe Lernmotivation der Schüler reduzieren das Lernergebnis signifikant. Die Höhe der PISA-Punkte wird darüber hinaus signifikant negativ durch einen schlechten Umgang der Schüler mit den Lehrern beeinflusst; einen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, einer höheren Bildungsgruppe anzugehören, hat diese Variable aber nicht. Keinen Einfluss auf die Lernleistungen der Schüler haben ein schlechter Umgang der Schüler untereinander und eine fehlende Motivation der Lehrer. Die Motivation der Lehrer wird in dem verwendeten Datensatz jedoch durch eine Einschätzung der Schulleiter für das gesamte Lehrerkollegium bestimmt. Dies sagt noch nichts über die wirkliche Motivation eines bestimmten Lehrers aus, sodass sich die Motivation der Lehrer möglicherweise doch auf die Lernleistungen der Schüler auswirken kann.

Die durch PISA gewonnene Erkenntnis, dass sich der Kindergartenbesuch positiv auf die Punktzahl und damit auf den Bildungsstand der Kinder auswirkt, lässt sich auch anhand anderer Analysen belegen. Sowohl deutsche als auch US-amerikanische Studien geben Anhaltspunkte dafür, dass gerade Kinder aus eher bildungsfernen Schichten, zum Beispiel Kinder mit Migrationshintergrund, von dem Besuch eines Kindergartens besonders stark profitieren können. So kommen Spieß et al. (2003) zu dem Ergebnis, dass die Wahrscheinlichkeit, statt einer Hauptschule eine Realschule oder ein Gymnasium zu besuchen, bei Migrantenkindern von 21,3 Prozent auf 51,4 Prozent steigt, wenn sie im Kindergarten waren. Sicherlich spielen hier neben Selbstselektionsmechanismen vor allem die rechtzeitig erworbenen Deutschkenntnisse eine entscheidende Rolle. Weiterhin wurde im Rahmen der IGLU-Studie (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) festgestellt, dass Kinder von Facharbeitern und Arbeitern signifikant

bessere Lesekompetenzen haben, wenn sie mehr als ein Jahr den Kindergarten besucht haben (Bos et al., 2003, 129). Eine Überblickstudie aus den USA, die Sonderprogramme für sozial benachteiligte Kinder untersucht, zeigt nachhaltige positive Effekte des Besuchs einer solchen Einrichtung (Curie, 2001).

Dennoch sind die Befunde für Deutschland nicht eindeutig. So konnten Becker und Lauterbach (2004) anhand der SOEP-Daten kaum Belege dafür finden, dass Kinder aus unteren sozialen Schichten durch den Besuch eines Kindergartens ihre Bildungschancen verbessern können. Lediglich für Arbeiterkinder stellen sie eine erhöhte Wahrscheinlichkeit für den Besuch einer Realschule statt einer Hauptschule fest, wenn diese einen Kindergarten besucht haben. Durch die vorschulische Bildung können demnach soziale Ungleichheiten nicht ausgeglichen werden, sodass vor allem die soziale Herkunft die Bildungschancen eines Kindes bestimmt. Anger et al. (2007) bestätigen die massive Bedeutung der sozialen Herkunft und zeigen auf Basis einer multivariaten Regressionsanalyse der PISA-Daten, dass ein Kindergartenbesuch zu signifikanten Verbesserungen der Kompetenzen der Schüler führt, die zu einer leichten Erhöhung der formalen Schulabschlüsse einer Kohorte beitragen können. Durch qualitative Reformen im Kindergartenbereich wären nach diesem Modellansatz stärkere Effekte aus einem Kindergartenbesuch zu erzielen.

Becker und Lauterbach (2004) weisen ebenso ausdrücklich darauf hin, dass ihre Ergebnisse auch darauf zurückzuführen sein können, dass die Bildungsfunktion im Kindergarten augenblicklich nicht ausreichend erfüllt wird. Eine Vermutung, die durch die Studie von Tietze (1998) eindrucksvoll belegt wird. Tietze kommt in einer Untersuchung der deutschen Kindergärten zu dem Ergebnis, dass die Qualität der Einrichtungen nicht ausreichend ist, lediglich ein Drittel der Einrichtungen verfüge über eine sehr gute oder gute Qualität. Betrachtet man ausländische, vor allem US-amerikanische Studien, so zeigt sich, dass die Qualität der Betreuung jedoch entscheidend für die Generierung positiver Effekte bei Kindern ist (siehe etwa Howes/Hamilton, 1993; Helburn/Howes, 1996). Dort wird nicht nur gezeigt, dass eine hohe Qualität, gemessen anhand der Strukturmerkmale (Erzieher-Kind-Schlüssel, Gruppengröße, Qualifikation des Personals), positive Effekte hat, sondern dass unzureichende Qualität mit negativen Effekten für die Kinder einhergeht.

Nach der Darstellung der Einflussfaktoren, die sich mithilfe der PISA-Daten ermitteln lassen, werden nun ergänzend Charakteristika des Bildungssystems berücksichtigt, für die in PISA keine Informationen vorliegen. Dem liegt die Überlegung zugrunde, dass die Ausgestaltung des Bildungssystems über die Dauer des Schultags und die Länge der Schul- und Ausbildungszeiten einen

Einfluss hat – und zwar zum einen auf den Lernerfolg der Schüler und Studierenden und zum anderen auch auf das generative Verhalten der Menschen.

Während in den meisten OECD-Ländern die Ganztagschule längst zur Regelschule geworden ist, blieb in Deutschland, Österreich und der Schweiz die traditionelle Halbtagsschule dominante Schulform. Innerhalb der Europäischen Union gehört die Ganztagschule zur Grundversorgung des Bildungssystems. Bei Betrachtung der PISA-Ergebnisse zeigt sich schon für die PISA-Daten aus dem Jahr 2000, dass Staaten mit Ganztagsunterricht eine signifikante, um gut 29 Punkte höhere Lesekompetenz aufweisen als Staaten, die nur einen Vormittagsunterricht durchführen (Plünnecke, 2003, 27). Zu den erfolgreichen PISA-Ländern zählen Kanada, England, Finnland, Frankreich, die Niederlande und Schweden, die alle Ganztagschulen oder wie im Falle Finnlands eine erweiterte Halbtagsschule haben (BMBF, 2003a).

Der Vorteil der Ganztagschulen liegt in einem größeren Zeitraum gemeinsamer Lernzeit, der eine bessere Rhythmisierung des Lernens erlaubt und mehr Spielraum für eine bessere und individuellere Förderung der Schüler lässt. Für Kinder aus bildungsfernen Schichten und solche mit Migrationshintergrund zeigt sich, dass eine Ausdehnung der Bildungsinfrastruktur – verbunden mit einem höheren Finanzmitteleinsatz – zu besseren Bildungsergebnissen und größeren Bildungschancen führen kann (Krueger/Lindahl, 2001). Insbesondere Unterschiede bei der Qualität des außerschulischen Lernumfelds tragen zu systematisch schlechteren Lernergebnissen von Kindern aus bildungsfernen Schichten bei (Entwisle et al., 1997).

Die Dauer, die Schüler im Schul- und Ausbildungssystem verbringen, hat Einfluss auf den Zeitpunkt ihres Arbeitsmarkteintritts und somit auf die Kosten, die im Schulsystem entstehen, und auf die Höhe der Erwerbstätigkeit. Wenn es gelingt, durch Vermeidung von Ineffizienzen im Schulsystem die Schulzeit auf zwölf Jahre zu verkürzen und durch frühere Einschulung der Kinder das Absolutenalter um ein weiteres Jahr zu senken, dann hat dies auch einen Effekt auf das Geburtenverhalten. Das fertile Zeitfenster, das in der Regel zwischen dem Ende der Ausbildung und der Etablierung auf dem Arbeitsmarkt einerseits und dem Ende der fruchtbaren Phase andererseits besteht, kann so deutlich vergrößert werden. Gerade im Hinblick auf das Elterngeld ist eine Vergrößerung des fruchtbaren Zeitfensters sinnvoll, da das Elterngeld Anreize setzt, zunächst eine gute Position auf dem Arbeitsmarkt zu erlangen, um Ansprüche auf ein hohes Elterngeld zu erwerben.¹²

¹² Zur Ermittlung der Höhe des Elterngelds wird das Einkommen der zwölf Monate vor der Geburt zugrunde gelegt.

Auch eine stärkere Nutzung von Bachelor- und Masterstudiengängen kann das Absolventenalter deutlich reduzieren. So zeigt sich für Deutschland, dass die Absolventen eines Bachelorstudiengangs im Jahr 2003 mit 25,7 Jahren deutlich jünger sind als die Erstabsolventen „klassischer“ Studiengänge mit 28,1 Jahren (Willand, 2005, 380 f.). Um das fertile Zeitfenster zu erweitern, ist daher eine Ausweitung des Teilnehmerkreises an konsekutiven Studiengängen von derzeit 5 Prozent aller Studierenden anzustreben. Konsekutive Studiengänge ermöglichen es zudem, das Studium für Phasen der Familienarbeit (Kindererziehung, Altenpflege) zu unterbrechen und zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen. Durch das Absolvieren eines Masterabschlusses können Humankapitalverluste, die während der Familienpause entstanden sind, überkompensiert werden und gleichzeitig besteht die Möglichkeit, die neu zu erwerbenden Qualifikationen an die eventuell veränderte Arbeitsmarktlage anzupassen (Plünnecke/Seyda, 2004).

Bachelor- und Masterstudiengänge können auch den Humankapitalstand der Bevölkerung erhöhen, wenn wegen der geringeren Kosten aufgrund der kürzeren Studienzzeit eines Bachelorstudiengangs mehr Menschen motiviert werden, ein Studium aufzunehmen.

3

Das Wachstumsmodell zur Analyse der Effekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik

3.1 Zur Theorie des Wachstums

Für die Berechnung der Wachstumseffekte der Familienpolitik soll auf ein erweitertes neoklassisches Wachstumsmodell zurückgegriffen werden. Die neoklassische Wachstumstheorie geht auf die Arbeiten von Solow (1956) und Swan (1956) zurück. Das Solow-Modell wurde in der Literatur weiterentwickelt und vor allem um den Faktor Humankapital (Mankiw et al., 1992) erweitert. Die Pro-Kopf-Produktion hängt bei gegebener Produktionstechnologie nicht nur von der Kapitalintensität, sondern auch vom Humankapital der Arbeitnehmer ab, welches die Nutzung der Technologien bestimmt. Während der Bildungsphasen müssen die Menschen auf Einkommen verzichten, was analog zu den Investitionen in Maschinen als Aufwand für die Investitionen bezeichnet werden kann. Dafür werden die qualifizierten Arbeitnehmer später durch höhere Einkommen entlohnt

(Becker, 1964; Mincer, 1958). Die Differenz zu den Einkommen der anderen Arbeitnehmer bestimmt dann in Relation zu den Opportunitätskosten der Ausbildung die Bildungsrendite (Blöndal et al., 2002).

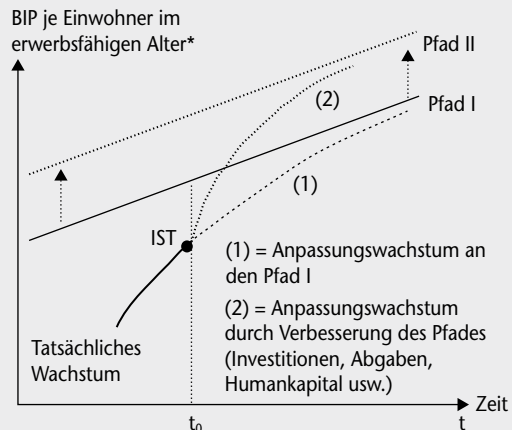
In der Volkswirtschaft entstehen Abschreibungen auf das Human- und Realkapital. Gleichzeitig unterliegen Unternehmen und Individuen bei Investitionen in Realkapital und Humankapital abnehmenden Grenzerträgen. Denn durch eine zusätzliche Einheit an Realkapital steigt die produzierbare Outputmenge, die Zunahme nimmt jedoch mit steigenden Investitionen ab. Die abnehmenden Grenzerträge sind insoweit von zentraler Bedeutung, als dadurch ein Zustand erreicht wird, in dem bei gegebenen Investitionsquoten in Real- und Humankapital das neu entstehende Kapital mit den Abschreibungen übereinstimmt, sodass der Kapitalstock an Wissen und Maschinen konstant bleibt beziehungsweise gerade mit der Rate des technischen Fortschritts wächst. Diesen Zustand nennt man Steady-State-Gleichgewicht oder den gleichgewichtigen Wachstumspfad des BIP je Einwohner. Ist dieser Wachstumspfad erreicht, so wächst das Bruttoinlandsprodukt der Volkswirtschaft mit der Summe der Rate des technischen Fortschritts und der Bevölkerungswachstumsrate. Das BIP je Einwohner wächst entsprechend mit der Rate des technischen Fortschritts. Ist das aktuelle BIP je Einwohner kleiner als der Gleichgewichtspfad, so ist darüber hinaus ein Anpassungswachstum an den Pfad (bedingte Konvergenz) zu beobachten.

Durch politische Maßnahmen können die Rahmenbedingungen im Modell verändert werden. Daraus ergibt sich ein veränderter langfristiger Wachstumspfad auf einem veränderten Niveau. Ist das BIP je Einwohner in der Ausgangssituation dadurch niedriger als das BIP je Einwohner auf dem gleichgewichtigen Wachstumspfad, so resultiert daraus ein höheres Wachstum in der Anpassungsphase (Abbildung 1).

Es stellt sich folglich die Frage, auf welche Weise der

Schematische Darstellung des Wachstums im Modell

Abbildung 1



* Logarithmierte Skala.
Eigene Darstellung

gleichgewichtige Wachstumspfad verändert werden kann und welche Rolle dabei eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik spielen kann. Dazu wird im Folgenden ein empirisches Modell des Sachverständigenrats aus dem Gutachten 2002/03 verwendet.

3.2 Die Wachstumstreiber im SVR-Modell

Der Volkswirtschaft stehen verschiedene Möglichkeiten offen, den Wachstumspfad des BIP pro Person zu beeinflussen. In seinem Jahresgutachten 2002/03 hat der Sachverständigenrat (SVR) die potenziellen Einflussfaktoren auf das Wirtschaftswachstum in den OECD-Staaten untersucht (vgl. SVR, 2002, Ziff. 594 ff.).

In seiner Studie wählt der Sachverständigenrat einen Panelansatz und untersucht die potenziellen Einflussfaktoren auf das Wirtschaftswachstum in OECD-Staaten (SVR, 2002). Zur Eliminierung länderspezifischer Einflussfaktoren werden die Veränderungen der Einflussfaktoren berücksichtigt und deren Wirkung auf die Veränderung des BIP pro Person im erwerbsfähigen Alter gemessen. Angenommen wird damit, dass sich die länderspezifischen Faktoren nicht ändern. Für die untersuchten OECD-Staaten werden daraufhin Fünfjahresdurchschnitte für verschiedene Parameter seit 1960 berechnet und dann deren Veränderungen im Zeitablauf ermittelt. Diese Veränderungen werden in der Panelregression hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Veränderung des BIP in einem zweistufigen Kleinst-Quadrat-Verfahren geschätzt. Als Datenbasis verwendet der Sachverständigenrat die Economic-Outlook-Daten der OECD und für das Humankapital die durchschnittlichen Schuljahre aus dem Barro-Lee-Datensatz. Insgesamt wird eine Reihe verschiedener Modelle überprüft.

Im Modell wird das Wachstum des BIP pro Erwerbsfähigen erklärt. Als erklärende Variablen (Wachstumstreiber) wählt der Sachverständigenrat neben dem Wachstum der Vorperiode (im Modell als „BIP-verzögert“ bezeichnet)

- die privaten und staatlichen Investitionen,
- das Bevölkerungswachstum,
- die Humankapitalausstattung,
- die Gesamtabgabenlast,
- die Staatsverschuldung,
- die strukturelle Arbeitslosigkeit.

Die Schätzung des empirischen Modells ergibt dabei folgende Regressionskoeffizienten für die einzelnen Variablen (Tabelle 8):

Die Vorzeichen der Regressionskoeffizienten stimmen mit den theoretisch erwarteten Wirkungsrichtungen überein. Die t-Werte erlauben für die einzelnen

Variablen nun eine Aussage über die Signifikanz ihres Erklärungsbeitrags. Bruttoinlandsprodukt-verzögert, Unternehmensinvestitionen, staatliche Investitionen und Arbeitslosenquote sind folglich auf 1-Prozent-Niveau, die Abgaben auf dem 5-Prozent-Niveau und das Humankapital auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant.

Die Wirkung von Veränderungen der Variablen auf das

Wachstum kann anhand der Koeffizienten wie folgt interpretiert werden: Ein Anstieg der Investitionsquote der Unternehmen um 1 Prozent in einem Fünfjahreszeitraum bewirkt eine Erhöhung des BIP je Erwerbsfähigen um 0,12 Prozent im Fünfjahreszeitraum, während eine Erhöhung der Staatsinvestitionen um 1 Prozent zu einer Zunahme um 0,08 Prozent führt. Erhöht sich die um den technischen Fortschritt und die Abschreibungen (um insgesamt 5 Prozent) erweiterte Bevölkerungswachstumsrate um 1 Prozent (nicht Prozentpunkt), so sinkt das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbsfähigen um 0,06 Prozent. Steigt die Ausstattung mit Humankapital um 1 Prozent, so wirkt sich dies mit 0,1 Prozent positiv auf die Fünfjahresveränderung des BIP je Erwerbsfähigen aus. Eine Erhöhung der Gesamtabgaben um 1 Prozent führt zu einer Reduzierung um 0,13 Prozent und eine Steigerung der Defizitquote um 1 Prozentpunkt zu einer Reduzierung des Wachstums um 0,002 Prozent. Steigt die standardisierte Arbeitslosenquote um 1 Prozent, so ist eine Reduzierung des BIP pro Person im erwerbsfähigen Alter von 0,062 Prozent zu erwarten. Die Veränderung der Bevölkerungsrate wirkt sich nicht signifikant auf das Wachstum aus. Wichtig sind jedoch Änderungen der Altersstruktur. Sinkt aufgrund der Alterung der Bevölkerung der Anteil der Erwerbsfähigen an der Gesamtbevölkerung, so sinkt unter sonst gleichen Bedingungen das BIP je Einwohner.

Die Größe BIP-verzögert beschreibt die Veränderung des BIP im vorhergehenden Fünfjahreszeitraum. Während die zuvor diskutierten Variablen Veränderungen des Wachstumsgleichgewichts beschreiben und neues Anpassungswachstum generieren, beschreibt die Variable BIP-verzögert, welches Anpassungswachstum weitergeführt wird. Der Koeffizient von 0,66 der Variable BIP-

Schätzergebnisse des SVR-Wachstumsmodells

Tabelle 8

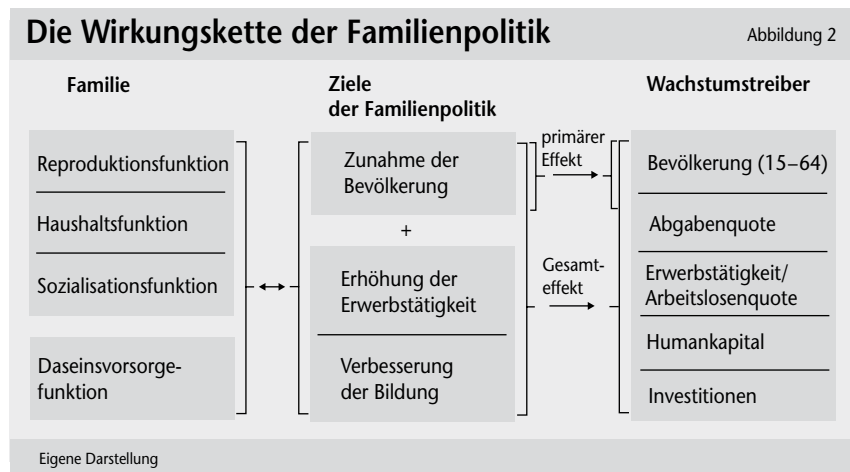
Variable	Koeffizient	t-Wert
Bruttoinlandsprodukt-verzögert	0,66	11,27
Unternehmensinvestitionen	0,12	2,96
Bevölkerungswachstum	-0,06	-0,85
Humankapital	0,10	1,89
Staatliche Investitionen	0,08	3,65
Gesamtabgaben	-0,13	-2,02
Staatsdefizit	-0,002	-1,48
Standardisierte Arbeitslosenquote	-0,062	-4,36

Quellen: SVR, 2002; eigene Berechnungen

verzögert bedeutet, dass die Veränderungsrate der Vorperiode zu 66 Prozent auf die folgende Fünfjahresperiode übertragen wird.

3.3 Wachstumssteigernde familienpolitische Maßnahmen

Durch eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik steigt als primäre Wirkung die Zahl der Kinder und damit die Bevölkerungswachstumsrate (Abbildung 2).



Bevölkerungswachstumsrate

Dies bewirkt nach dem obigen Modell zunächst einmal einen negativen Wachstumseffekt auf das Bruttoinlandsprodukt pro Person im erwerbsfähigen Alter, da Ressourcen aus anderen produktiven Verwendungen abgezogen werden müssen. Dieser negative Effekt ist aber relativ klein. Gleichzeitig ändert sich der Quotient aus Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zur Gesamtbevölkerung durch eine steigende Kinderzahl. Wenn durch eine erfolgreiche Familienpolitik die Kinderzahl pro Frau von 1,3 Kindern auf eine höhere Zahl steigt, führt dies zunächst zu einer aus wachstumspolitischer Sicht ungünstigen Veränderung der Bevölkerungsstruktur, bevor dann durch die steigende Kinderzahl eine Verbesserung der Lastquoten eintreten kann. Im Hinblick auf die Entwicklung des Gesamt-BIP führt eine steigende Bevölkerungszahl mittelfristig zu einem höheren Wachstum.

Humankapitalstand

Durch den Ausbau der frühkindlichen Förderung und der Ganztagschulen kann die bestehende Bildungsarmut in Deutschland gesenkt werden. Ferner erreichen mehr Jugendliche einen hohen Kompetenzwert und damit eine Studien-

berechtigung. Dadurch ist es möglich, den durchschnittlichen formalen Bildungsstand der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu erhöhen. Die positiven Wachstumswirkungen treten erst mittel- bis langfristig auf, wenn die besser ausgebildeten Kinder in den Arbeitsmarkt eintreten.

Arbeitslosenquote

Durch die durchschnittlich höhere Qualifikation sinkt bei gegebenen qualifikationspezifischen Arbeitslosenquoten ceteris paribus die strukturelle Arbeitslosigkeit. Ferner führt eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einer steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen, sodass positive Wachstumswirkungen bereits kurz- bis mittelfristig auftreten können.

Abgabenquote

Die Gesamtabgabenquote kann durch eine Umschichtung familienpolitischer Leistungen verringert werden. Würde man kostenneutral die familienpolitischen Maßnahmen stärker in die Infrastruktur und weniger in die direkte finanzielle Wirkung lenken, so könnte die Gesamtabgabenquote sinken, da dadurch in einem zweiten Schritt eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entsteht. Die positiven Wachstumswirkungen treten bereits kurz- bis mittelfristig auf. Ferner entlastet eine steigende Kinderzahl langfristig die Abgabenquote, wenn dadurch die Steigerung des Alterslastquotienten gedämpft wird.

In Tabelle 9 sind die Wirkungen einzelner familien- und bildungspolitischer Maßnahmen auf die Wachstumstreiber des Wachstumsmodells dargestellt. Im

Wirkungen der Familien- und Bildungspolitik auf einzelne Wachstumstreiber

Tabelle 9

	Bevölkerung	Arbeitslosigkeit/ Erwerbstätigkeit	Human- kapital	Abgaben
Elterngeld (67 Prozent für 12 + 2 Monate), Verkürzung der beruflichen Auszeit	+	+	+	+
Kinderbetreuung, Ganztagsbetreuung U3/Ü3	+	+	+	+
Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten, Ganztagschulen	+	+		+
Modularisierung von Ausbildung/Studium	+		+	
Familienunterstützende Dienstleistungen	+	+		+
Modifikation des Ehegattensplittings	+	+		
Familiengeld	+	0		-

„+“ = positive Wirkung, Bevölkerung steigt/Arbeitslosigkeit sinkt oder Erwerbstätigkeit steigt/Abgaben sinken;

„0“ = keine Veränderung; „leere Kästchen“ = kein Einfluss; U3: unter Dreijährige, Ü3: über Dreijährige.

Eigene Darstellung

Folgenden werden diese Wirkungszusammenhänge ebenso wie die Wirkungen der Maßnahmen auf die Funktionswahrnehmung der Familie ausführlich erläutert.

1. Einführung des Elterngelds für zwölf (+ zwei) Monate, dadurch Verkürzung der beruflichen Auszeit:

- Die Einführung eines Elterngelds als Lohnersatzleistung stärkt langfristig die Reproduktionsfunktion der Familie und führt zu einem größeren Bevölkerungswachstum, da Einkommenssicherheit besteht und eine Stärkung der Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt erreicht wird. Zusammen mit einem Ausbau der Kinderbetreuungsangebote bedeutet dies mehr Wahlfreiheit zwischen Familienmodellen, sodass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert wird. Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen aus Schweden, dass eine Beteiligung der Väter an der Erziehung, die sich in der Inanspruchnahme der „Papamonate“ äußert, zu einer höheren Wahrscheinlichkeit weiterer Geburten führt (Duvander/Andersson, 2005).
- Das Elterngeld unterstützt die Existenzsicherung der Familienmitglieder und mindert den Achterbahneffekt beim Einkommen, der in der Regel durch den Wegfall eines Einkommens nach der Geburt entsteht. Es wird kein Einfluss des Elterngelds auf die Frauenerwerbstätigkeit im ersten Lebensjahr des Kindes erwartet, da bereits heute viele junge Mütter ein Jahr aussetzen. Ab dem zweiten Lebensjahr des Kindes ist durch eine Verkürzung der Bezugsdauer ein Anstieg der Erwerbstätigkeit von Müttern zu erwarten. Diese Maßnahme erhöht auch die Frauenerwerbstätigkeit vor der Geburt, da es sich um eine Lohnersatzleistung handelt, die Anreize zur Arbeitsmarktpartizipation schafft.
- Die Möglichkeiten der Existenzsicherung werden kurzfristig gestärkt, da Frauen früher auf den Arbeitsmarkt zurückkehren, und langfristig gestärkt, da die zu erwartenden Lohneinbußen bei kurzer Erwerbsunterbrechung deutlich geringer ausfallen als bei einer dreijährigen Auszeit. Diese Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit erhöht die Steuereinnahmen und reduziert das Wachstum der Sozialabgaben.
- Das Humankapital, das in der Volkswirtschaft genutzt werden kann, steigt, wenn qualifizierte Frauen kürzer in Elternzeit sind und die Möglichkeit haben, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in einer Berufstätigkeit einzusetzen. Dadurch verringern sich die Verluste, die während einer dreijährigen Elternzeit entstehen und den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben erschweren.

2. Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige, Ausbau der Ganztagsbetreuung für unter Sechsjährige, Einrichtung von Familienzentren, Ausbau von Ganztagschulen:

- Eine gut ausgebaute Kinderbetreuungsinfrastruktur stärkt die Reproduktion und Haushaltsfunktion durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Damit reduziert sich auch die Wahrscheinlichkeit von Einkommensarmut, da das Einkommen der Frauen und Mütter wesentlich zur Armutsvermeidung in Familien beiträgt (Becker, 2002). Eine an den Bedürfnissen von erwerbstätigen Eltern ausgebaute Betreuungsinfrastruktur führt ebenso wie die Verkürzung der Elternzeit zu einer besseren Nutzung des Humankapitals, vor allem von (hoch qualifizierten) Müttern.
- Die erhöhte Frauenerwerbstätigkeit führt zu steigenden Steuereinnahmen und reduziert das Wachstum der Abgaben. Darüber hinaus entstehen im Betreuungssektor selbst neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Das DIW (2002) hat berechnet, welche fiskalischen Brutto-Einnahmeneffekte entstünden, wenn alle arbeitslosen Mütter und Mütter der stillen Reserve mit Kindern zwischen zwei und zwölf Jahren erwerbstätig wären. In der optimistischsten Variante, in der alle Mütter einen Arbeitsplatz finden, fiel dem Staat ein zusätzliches Einkommensteueraufkommen von bis zu 6 Milliarden Euro und ein zusätzliches Beitragsaufkommen von bis zu 9 Milliarden Euro jährlich zu.
- Eine Stärkung des Bildungsauftrags von Kindertageseinrichtungen und der Ausbau von Ganztagschulen führen zu einem höheren Bildungsstand und einer besseren Sozialisation der Kinder. Das Humankapital der Volkswirtschaft steigt, da Bildungspotenziale besser ausgeschöpft werden, mehr Startchancengerechtigkeit gegeben ist und die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Herkunftsfamilie geschwächt wird. Zudem haben besser qualifizierte Kinder zukünftig ein geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko.

Best-Practice-Beispiel für Familienzentren: Early Excellence Centres in England

Übersicht 8

Die Early Excellence Centres in England haben sich in den vergangenen Jahren mit dem Ziel etabliert, die Entwicklungsbedingungen von Kindern und Familien zu verbessern und die hohe Kinderarmut zu reduzieren. Neben dem Anheben der Qualität von Bildung und Betreuung der Kinder durch Fortbildung der Mitarbeiter und der Ausweitung von Betreuungsangeboten und -zeiten ist ein weiterer zentraler Ansatzpunkt die Einbeziehung der Eltern. Diese zeigt sich in dem Einbeziehen der Eltern in die institutionelle Bildungs- und Erziehungsarbeit, aber auch in Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Eltern, die sie in ihrer Erziehungskompetenz stärken können, sowie in Erwachsenenbildungsangeboten, arbeitsmarktbezogenen Fortbildungen und gemeinwesenorientierten soziokulturellen Aktivitäten.

Um diese Ziele zu erreichen wurden lokale Netzwerke etabliert, die dem One-Stop-Shop-Prinzip folgen, das heißt, alle Angebote sollen sich möglichst unter einem Dach befinden. Netzwerkteilnehmer sind neben Kindertageseinrichtungen, Schulen und außerschulischen Betreuungseinrichtungen auch Einrichtungen des Sozial-, Gesundheits- und Gemeinwesens.

Eigene Zusammenstellung

- Um den Erfolg der (frühkindlichen) Bildung nachhaltig zu stärken, ist es essentiell, auch Eltern einzubeziehen und die Interaktion zwischen Einrichtungen/ Schule und Elternhaus zu stärken. Eine Maßnahme in dem Zusammenhang ist die Ansiedlung von Familienzentren, in denen Eltern die wichtigsten Informations- und Beratungsstellen finden, in direkter Nähe der Kindertageseinrichtungen (siehe Übersicht 8).

3. Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten:

- Die Reproduktionsfunktion wird mittelfristig gestärkt, da das fertile Zeitfenster zwischen Abschluss der Ausbildung und Etablierung im Beruf einerseits und Ende der fruchtbaren Phase der Frau andererseits vergrößert wird.
- Wenn junge Menschen ein Jahr früher ihren Bildungsabschluss erwerben, steigt die Jugenderwerbstätigkeit. Gleichzeitig sinken die Personalkosten im Bildungssystem.

4. Modularisierung der Ausbildung:

- Auch dadurch wird die Reproduktionsfunktion mittelfristig gestärkt, da das fertile Zeitfenster vergrößert wird, wenn Ausbildungsmodule zeitlich verschoben werden können.
- Die Humankapitalausstattung wird größer, da mehr Menschen zu höheren Abschlüssen motiviert werden, wenn die Schwelle zur Aufnahme eines Studiums sinkt und Anreize für spätere Masterabschlüsse bestehen.

5. Familienunterstützende Dienstleistungen steuerlich absetzbar machen:

- FUD erhöhen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wirken daher positiv auf die Reproduktion und die Existenzsicherung.
- Es ist mit einer steigenden Frauenerwerbstätigkeit zu rechnen, die positive fiskalische Effekte hat. Darüber hinaus kommt es zu einer Legalisierung beziehungsweise zu einem Rückgang der Schwarzarbeit, der ebenfalls zu einer Dämpfung des Abgabewachstums beiträgt.

6. Modifikation des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting:

- Die Reproduktionsfunktion wird durch den Splittingvorteil finanziell gestärkt, gleichzeitig werden die Förderung des Alleinverdienermodells verringert und die Schaffung gleicher Zugangsmöglichkeiten der Geschlechter zum Arbeitsmarkt gestärkt, sodass die Geburtenrate steigt.
- Die Haushaltsfunktion wird durch den Splittingvorteil und durch die Erhöhung der Arbeitsanreize des Zweitverdieners gestärkt.
- Die Entwicklung der Gesamtabgabenbelastung ist abhängig von der konkreten Ausgestaltung des Familiensplittings.

7. Einführung eines Familiengelds in Höhe von rund 500 Euro für die ersten sechs Lebensjahre eines Kindes:

- Sowohl die Reproduktions- als auch die Haushaltsfunktion werden gestärkt, da die finanzielle Situation der Familien sich unabhängig von der Erwerbstätigkeit verbessert.
- Die Staatsausgaben steigen durch die Transferzahlung und werden nicht kompensiert durch eine höhere Frauenerwerbstätigkeit, da kein Effekt auf die Erwerbstätigkeit zu erwarten ist. Auch eine bessere Nutzung des bereits gebildeten Humankapitals ist daher nicht gegeben.

Als familienunterstützende und gleichzeitig wachstumsfördernde Maßnahmen lassen sich daher die in Übersicht 9 dargestellten Maßnahmen ableiten. Die Weiterentwicklung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting wird im Folgenden nicht als Maßnahme berücksichtigt, da eine konkrete Modellausgestaltung an dieser Stelle nicht entwickelt werden soll und eine Evaluierung somit noch nicht möglich ist.

Wachstumsfördernde familienpolitische Maßnahmen Übersicht 9

- Einführung des Elterngelds mit einer Bezugsdauer von zwölf Monaten, ergänzt durch zwei „Papamonate“
- Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige
- Ausbau der Ganztagsbetreuung für unter Sechsjährige
- Ausbau von Ganztagschulen
- Einrichtung von Familienzentren
- Staatliche Förderung familienunterstützender Dienstleistungen
- Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten
- Modularisierung der Ausbildung

Eigene Zusammenstellung

4

Wachstumswirkungen der Familienpolitik

Im Folgenden sollen mögliche Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik berechnet werden. Dazu werden Annahmen für die Werte der Wachstumstreiber abgeleitet und diese zur Ermittlung von Wachstumsraten im Wachstumsmodell verwendet. Die Berechnungen geben einen Einblick darein, welche Wachstumsimpulse entstehen könnten, wenn es mithilfe der Familienpolitik gelingt, die im letzten Kapitel beschriebenen Wirkungszusammenhänge positiv zu nutzen.

4.1 Primärer Wachstumseffekt

Zur Berechnung der Wachstumswirkungen einer steigenden Kinderzahl (primärer Wachstumseffekt) sind neben den veränderten demografischen Trends Annahmen über die Entwicklung der Gesamtabgabenquote nötig.

Bevölkerung

Die demografische Entwicklung schlägt sich im Modell in einer veränderten Kinderzahl pro Frau nieder. Die Geburtenrate steigt bis 2014 auf 1,7 Kinder pro Frau.¹³ Dadurch nimmt zeitverzögert die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu, was sich – isoliert betrachtet – negativ auf die Wachstumsrate des BIP je Person im erwerbsfähigen Alter auswirkt. Gleichzeitig verändert sich dadurch jedoch mittelfristig das Verhältnis der Personenzahl im erwerbsfähigen Alter zur Größe der Gesamtbevölkerung. Die Verbesserung dieser Strukturkennziffer führt dazu, dass die steigende Kinderzahl mittel- bis langfristig die Wachstumsrate des BIP je Einwohner erhöhen kann (Tabelle 10).

Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) an der Gesamtbevölkerung

Tabelle 10

in Prozent

Zeitraum	Anteil bei 1,3 Kindern pro Frau	Anteil bei 1,7 Kindern pro Frau
2005–2009	66,4	66,3
2010–2014	66,4	65,9
2015–2019	65,6	64,5
2020–2024	64,1	62,3
2025–2029	61,8	59,9
2030–2034	59,0	57,7
2035–2039	57,3	56,9
2040–2044	57,2	57,1
2045–2049	56,7	56,6

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der 10. koordinierten Bevölkerungsvorabsberechnung, Variante 7

Durch diese Familienpolitik verschlechtert sich kurzfristig die Lastquote, weil zusätzliche Kinder nicht das Potenzial an Personen im erwerbsfähigen Alter stärken. Ab 2020 jedoch wird der demografisch bedingte Rückgang des Anteils der Personen im erwerbsfähigen Alter an der Gesamtbevölkerung verlangsamt.

Abgabenquote

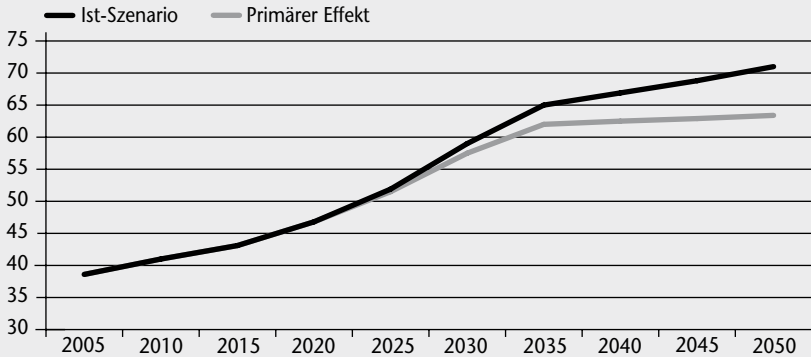
Bei der Gesamtabgabenquote ergibt sich eine Verbesserung durch die höhere Kinderzahl. Da die Kosten der Kinder zu großen Teilen privat von den Eltern getragen werden und

¹³ Diese Kinderzahl entspricht der gewünschten Kinderzahl der Deutschen (BiB/Robert Bosch Stiftung, 2006). Verschiedene Studien haben gezeigt, dass es keineswegs utopisch ist, eine deutliche Erhöhung der Kinderzahl zu erreichen (Bertram et al., 2005; Prognos, 2005).

Die spezifische Alterslastquote (I)

Abbildung 3

Personen über 65 Jahre, in Prozent der Erwerbspersonen



Eigene Berechnungen

die schulische Infrastruktur in den kommenden Jahren eher unterausgelastet sein wird, sind vor allem die Lasten durch die älteren Personen für die Gesamtabgabenlast entscheidend. Auf Basis einer OECD-Studie (Burniaux et al., 2003) soll abgeschätzt werden, wie sich das Erwerbspersonenpotenzial durch eine steigende Kinderzahl verändert.

Die steigende Zahl an Älteren (über 65 Jahre) wird zunächst ins Verhältnis zum Erwerbspersonenpotenzial gesetzt. Diese spezifische Alterslastquote wird im nächsten Schritt dazu verwendet, Annahmen über den zukünftigen Verlauf der Gesamtabgabenquote zu gewinnen (Abbildung 3).

Ab dem Jahr 2025 führt die steigende Kinderzahl zu einer steigenden Zahl an Erwerbspersonen und reduziert damit die spezifische Alterslast.

Auf Basis von Berechnungen des ifo-Instituts (Werding/Kaltschütz, 2005) soll angenommen werden, dass im Ist-Szenario die

Gesamtabgabenquote im Ist-Szenario und im Szenario primäre Effekte

Tabelle 11

in Prozent

Zeitraum	Ist-Szenario	Szenario primäre Effekte
2000–2004	35,8	35,8
2005–2009	36,5	36,5
2010–2014	37,1	37,1
2015–2019	38,2	38,2
2020–2024	39,8	39,7
2025–2029	41,9	41,5
2030–2034	43,7	42,8
2035–2039	44,3	42,9
2040–2044	44,8	43,1
2045–2049	45,5	43,2

Eigene Berechnungen

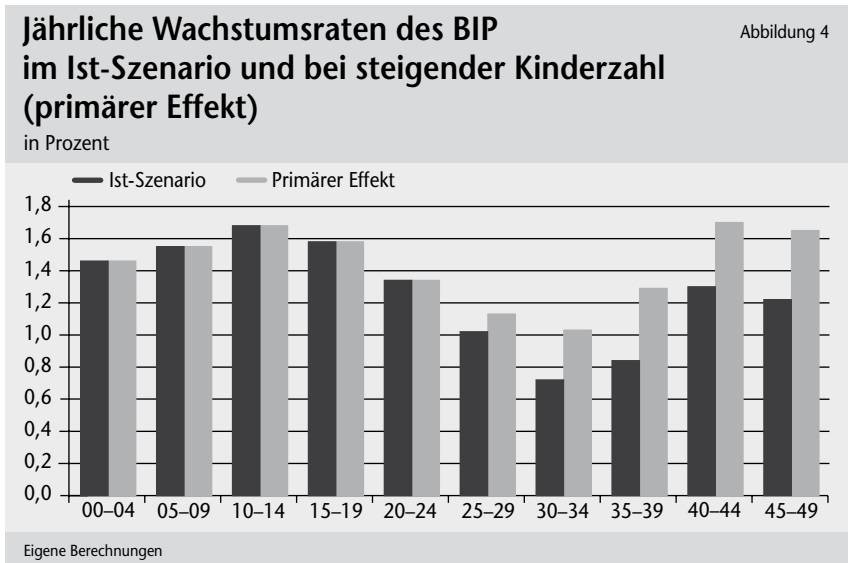
Gesamtlastquote bei einer Veränderung des Altenquotienten auf 50 Prozent um 6 Prozentpunkte steigen wird. Dies ist auf der Basis von Variante 7 der 10. koordinierten Vorausberechnung etwa im Zeitraum 2025 bis 2029 zu erwarten. Daher werden die Veränderungen der spezifischen Alterslastquotienten so auf die Entwicklung der Gesamtabgabenquote übertragen, dass diese bis zum Zeitraum 2025 bis 2029 um 6 Prozentpunkte steigt. Für die einzelnen Fünfjahreszeiträume bestimmen damit die Veränderung des Erwerbspersonenpotenzials und die Veränderungen bei der Zahl der Personen über 65 Jahre die Gesamtabgabenbelastungen (Tabelle 11).

Die übrigen Wachstumstreiber werden in der Modellrechnung durch eine steigende Kinderzahl demgegenüber nicht tangiert.

Wachstumseffekte beim Gesamt-BIP und beim BIP je Einwohner

Durch die steigende Kinderzahl verändert sich das BIP-Wachstum in dem angebotsseitigen Modell in den nächsten 20 Jahren nicht. Erst wenn die zusätzlichen Kinder erwerbstätig sind, tragen sie zu einer höheren Produktion bei. Ferner nimmt dann das Wachstum der Gesamtabgabenquote ab, da mehr jüngere Einzahler die Sozialsysteme stabilisieren.

Für die Entwicklung der Wachstumsrate des Gesamt-BIP folgt daraus, dass der demografiebedingte starke Einbruch zwischen 2025 und 2035 durch die Familienpolitik korrigiert werden kann. Im Ist-Szenario steht den aus dem



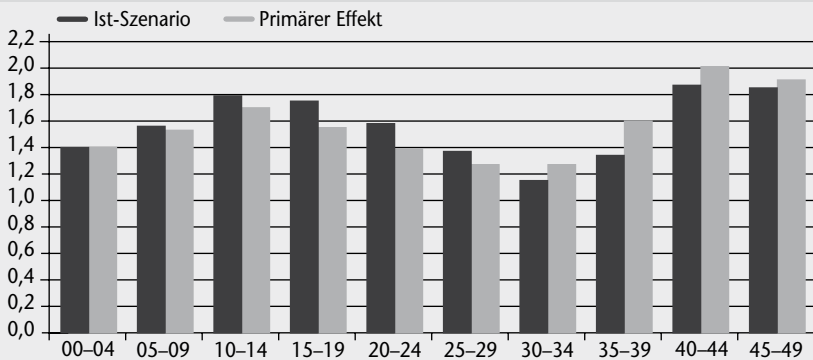
Erwerbsleben ausscheidenden Baby-Boomer-Jahrgängen nur eine geringe Zahl nachrückender junger Menschen gegenüber. Dadurch sinkt das Trendwachstum des Gesamt-BIP von aktuell etwa 1,5 auf 0,7 Prozent ab. Berücksichtigt man den Effekt einer steigenden Kinderzahl, so bleibt das Trendwachstum oberhalb von 1 Prozent (Abbildung 4). Auch langfristig zahlt sich eine steigende Kinderzahl – deutlich sichtbar beim BIP-Wachstum – aus. Das Produktionspotenzial wächst mit einer Rate von über 1,6 Prozent. Ohne eine steigende Kinderzahl wäre nur ein Wachstum von 1,2 Prozent zwischen 2040 und 2050 zu erwarten.

Da eine steigende Zahl an Kindern auf der Angebotsseite keine Wachstumseffekte verursacht, bis die Kinder ins erwerbsfähige Alter kommen, ist für das Wachstum des BIP je Einwohner in einer Übergangsphase mit einem Rückgang zu rechnen – das gegebene BIP muss auf mehr Einwohner verteilt werden. Ab dem Jahr 2030 überwiegen bei der Betrachtung der Wachstumsrate des BIP je Einwohner aber die Zunahme bei der Zahl der Erwerbstätigen und die Stabilisierung der Gesamtabgaben die steigende Zahl an Einwohnern, sodass eine Zunahme des Wachstums des BIP je Einwohner eintritt. Dieser Wachstumseffekt schmilzt ab 2040 jedoch wieder ab, da die zusätzlichen Kinder der Geburtsjahrgänge 2010 bis 2014 nun selbst zusätzliche Kinder zur Welt bringen, sodass diese quasi in einer Zweitundenbetrachtung zunächst wiederum dämpfende Effekte auf das Wachstum des BIP je Einwohner haben (Abbildung 5).

Jährliche Wachstumsraten des BIP je Einwohner im Ist-Szenario und bei steigender Kinderzahl (primärer Effekt)

Abbildung 5

in Prozent



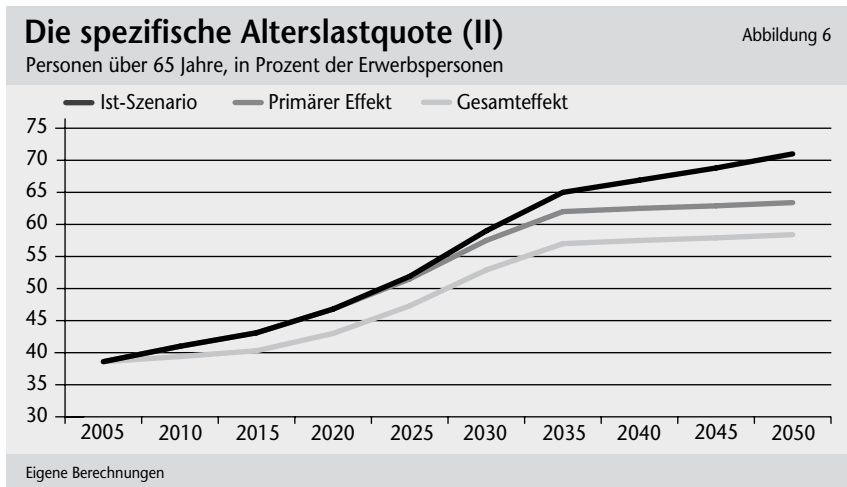
Eigene Berechnungen

4.2 Gesamteffekt einer wachstumsorientierten Familienpolitik

Unterstellt man eine nachhaltige Familienpolitik, welche die Maßnahmen aus Übersicht 9 umsetzt, so lassen sich weitere Effekte auf die Gesamtabgabenquote, die Erwerbslosenquote und das Humankapital erreichen.

Abgabenquote

Bei der Gesamtabgabenquote wird analog zu Abschnitt 4.1 vorgegangen. Durch eine bessere frühkindliche Förderung und durch eine stärkere Modularisierung im Bildungssystem kann die Erwerbsbeteiligung junger Menschen gesteigert werden. Ferner führt eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit dazu, dass die Frauenerwerbsbeteiligung deutlich gesteigert werden kann. Auf Basis einer Untersuchung der OECD (Burniaux et al., 2003) werden diese Effekte für Deutschland quantifiziert und wiederum die Zahl der Älteren (über 65 Jahre) ins Verhältnis zur Zahl der Erwerbspersonen gesetzt und dadurch eine spezifische Alterslastquote berechnet. Vor allem durch die Frauenerwerbsbeteiligung lässt sich die demografiebedingte Steigerung der Lastquote verringern (Abbildung 6).



Auf Basis von Berechnungen des ifo-Instituts werden wiederum wie in Abschnitt 4.1 die Verläufe der Gesamtabgabenquote in den Szenarien berechnet. Dabei werden beim Szenario Gesamteffekt sowohl die steigende Kinderzahl aus dem Szenario primäre Effekte als auch die weiteren familienpolitischen Maßnahmen berücksichtigt (Tabelle 12).

Durch die steigende Frauenerwerbsbeteiligung wird insbesondere die kurz- bis mittelfristige Erhöhung der Gesamtabgaben reduziert. Familienpolitik kann da-

durch im Unterschied zu einer Betrachtung der primären Wachstumseffekte bereits in den kommenden Jahrfünften positive Wachstumsbeiträge generieren.

Humankapital

Bei der Betrachtung des Humankapitals wird das Konzept der Bildungsjahre verwendet und dabei – anders als beim Wachstumsmodell des Sachverständigenrats – nicht auf die Barro-Lee-Daten zurück-

gegriffen, da diese für Deutschland den Bildungsstand deutlich untererfassen. Wesentlich plausibler sind hingegen die Daten der OECD.

Die Steigerung der formalen Abschlüsse (Tabelle 13) setzt sich aus zwei Effekten zusammen. Zum einen führt die bessere frühkindliche Förderung im Kindergarten und in der Grundschule dazu, dass die Kompetenzen der Kinder gegen Ende der Schulpflichtzeit deutlich ansteigen. Mittels eines cluster-robusten linearen Regressionsmodells und einer Oaxaca/Blinder-Dekomposition der Unterschiede in den PISA-Punkten von den Niederlanden und Deutschland lässt sich ermitteln, dass bei einer Reduzierung der Wirkungsstärke von Benachteiligungen durch den Bildungshintergrund der Eltern auf die Leistungen der Kinder deutliche Kompetenzzuwächse zu erreichen wären, die allein zu einer Zunahme der formalen Bildungsjahre von 13,5 auf 14,0 führen würden (Anger et al., 2007). Zum anderen führt eine stärkere Modularisierung dazu, dass bei gegebenen Kompetenzen der Jugendlichen nachfolgend höhere Bildungsabschlüsse erreicht werden können. Die Modularisierung in der Berufsausbildung dürfte dazu führen, dass mehr Jugendliche den Abschluss einer Berufsausbildung erreichen. Ferner kann die Modularisierung bei Bachelor- und Masterstudiengängen dazu führen, dass die Übergangsquote von der Studienberechtigung zur Studienaufnahme gesteigert werden kann. Kompetenzzunahme sowie verbesserte Effizienz beim Übergang von Schule zu Berufsausbildung und Studium führen zu der Annahme,

Gesamtabgabenquoten im Ist-Szenario, im Szenario primäre Effekte und im Szenario Gesamteffekt

Tabelle 12

in Prozent

Zeitraum	Ist-Szenario	Szenario primäre Effekte	Szenario Gesamteffekt
2000–2004	35,8	35,8	35,8
2005–2009	36,5	36,5	36,0
2010–2014	37,1	37,1	36,3
2015–2019	38,2	38,2	37,1
2020–2024	39,8	39,7	38,4
2025–2029	41,9	41,5	40,1
2030–2034	43,7	42,8	41,3
2035–2039	44,3	42,9	41,4
2040–2044	44,8	43,1	41,6
2045–2049	45,5	43,2	41,7

Eigene Berechnungen

dass der Anteil der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung langfristig halbiert und der Anteil der Personen mit einem tertiären Bildungsabschluss um 15 Prozentpunkte gesteigert werden kann.¹⁴

Entwicklung der durchschnittlichen Bildungsjahre der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung

Tabelle 13

Anteile in Prozent

	Primar	Sek-I	Sek-II	Post-Sek II	Uni/Meister	Jahre
2004	2,0	14,0	53,0	6,0	25,0	13,5
2005–2009	2,0	14,0	53,0	6,0	25,0	13,5
2010–2014	2,0	14,0	53,0	6,0	25,0	13,5
2015–2019	2,0	14,0	53,0	6,0	25,0	13,5
2020–2024	1,8	12,8	51,8	6,0	27,5	13,7
2025–2029	1,7	11,7	50,7	6,0	30,0	13,8
2030–2034	1,5	10,5	49,5	6,0	32,5	14,0
2035–2039	1,3	9,3	48,3	6,0	35,0	14,1
2040–2044	1,2	8,2	47,2	6,0	37,5	14,3
2045–2049	1,0	7,0	46,0	6,0	40,0	14,4

Quellen: EAG (2006) für das Jahr 2004; eigene Berechnungen

Erste Effekte der Höherqualifizierung ergeben sich bei sofortigen Reformmaßnahmen ab dem Jahr fünf 20 bis 2024, da die Umsetzung der Modularisierung Zeit benötigt und erst ab dann die besser qualifizierten Kohorten das erwerbsfähige Alter erreichen. Bei der Berechnung der Bildungsjahre wird angenommen, dass eine Person mit einem Primarabschluss vier Jahre, eine Person mit Sekundarstufe-I-Abschluss zehn Jahre, mit Sekundarstufe-II-Abschluss 13 Jahre, mit post-sekundärem, nicht tertiärem Abschluss 15 Jahre und mit einem tertiärem Abschluss 17 Bildungsjahre erfolgreich absolviert hat.

Arbeitslosigkeit

Bei den Annahmen zur strukturellen Arbeitslosigkeit soll für das Ist-Szenario eine konstante Erwerbslosenquote unterstellt werden. Für das Szenario Gesamteffekt soll von einer konstanten qualifikationspezifischen Erwerbslosenquote ausgegangen werden, sodass die verbesserte Qualifikation der nachrückenden Kohorten zu einem Rückgang der strukturellen Erwerbslosenquote führt.

¹⁴ Zusätzlich zu der in Anger et al. (2007) aus einem Modell hergeleiteten Zunahme der Bildungsjahre von 13,5 auf 14,0 Jahre durch den Effekt der frühkindlichen Bildung auf die Kompetenzen von Jugendlichen wird somit angenommen, dass eine Erhöhung von 14,0 Jahre auf 14,4 Jahre durch die bessere Verzahnung der Bildungsabschlüsse infolge einer systematischen Modularisierung erreicht werden kann.

Die Annahmen zur standardisierten Arbeitslosenquote

Tabelle 14

Angaben in Prozent

	Primar	Sek-I	Sek-II	Post-Sek II	Uni/Meister	Arbeitslosenquote
2005–2009	2,0	14,0	53,0	6,0	25,0	9,3
2010–2014	2,0	14,0	53,0	6,0	25,0	9,3
2015–2019	2,0	14,0	53,0	6,0	25,0	9,3
2020–2024	1,8	12,8	51,8	6,0	27,5	9,1
2025–2029	1,7	11,7	50,7	6,0	30,0	8,9
2030–2034	1,5	10,5	49,5	6,0	32,5	8,6
2035–2039	1,3	9,3	48,3	6,0	35,0	8,4
2040–2044	1,2	8,2	47,2	6,0	37,5	8,2
2045–2049	1,0	7,0	46,0	6,0	40,0	8,0

Eigene Berechnungen

Zur Berechnung der Erwerbslosenquote werden die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten aus dem Durchschnitt des Jahrfünfts 2000 bis 2004 gewonnen. Nach Angaben der OECD beträgt diese für Personen mit einem Abschluss unterhalb eines höheren Sekundarabschlusses (keine Lehre) 16,24 Prozent. Personen mit einer Lehre oder einem Abitur (Sek-II) weisen eine Arbeitslosenquote von 9,34 Prozent auf. Personen mit tertiärem Abschluss waren zwischen 2000 und 2004 im Durchschnitt nur zu 4,72 Prozent von Arbeitslosigkeit betroffen. Multipliziert man diese qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten mit der durchschnittlichen Qualifikation der Personen im erwerbsfähigen Alter, so ergibt sich eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 9,3 Prozent zwischen 2005 und 2009, die aufgrund der Höherqualifizierung auf 8,0 Prozent in den kommenden 40 Jahren sinkt (Tabelle 14).

Für die Berechnung der Wachstumsraten soll darüber hinaus berücksichtigt werden, dass die Zahl der Erwerbstätigen durch die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit zunimmt. Dieser Effekt auf die Arbeitslosenquote soll nur vorsichtig in einem geringen Umfang berücksichtigt werden und zu einer weiteren Abnahme der Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte führen.

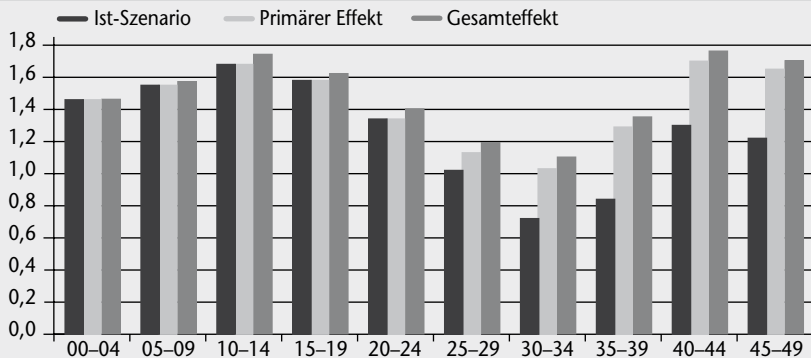
Wachstumseffekte beim Gesamt-BIP und beim BIP je Einwohner

Das Wachstum des Gesamt-BIP erhöht sich durch die steigende Beschäftigung bereits kurzfristig leicht und bleibt über den gesamten Zeitraum oberhalb des Wachstums bei Berücksichtigung der primären Effekte. Die Wachstumsdelle

Jährliche Wachstumsraten des BIP im Ist-Szenario, bei steigender Kinderzahl (primärer Effekt) und wachstumsorientierter Familienpolitik (Gesamteffekt)

Abbildung 7

in Prozent



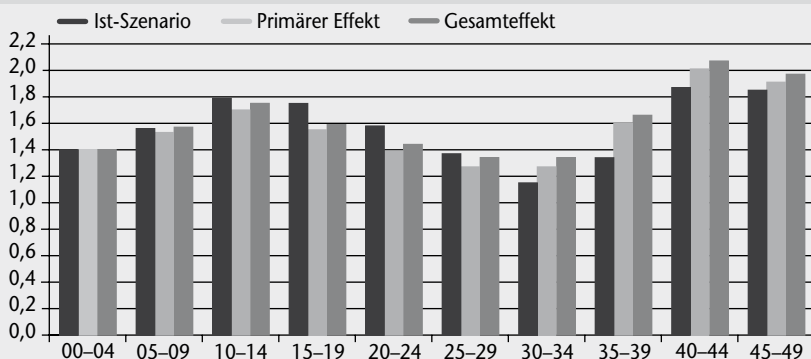
Eigene Berechnungen

durch den Übergang der Baby-Boomer in den Ruhestand kann weiter geschlossen werden, das langfristige Wachstumspotenzial nimmt zu (Abbildung 7).

Jährliche Wachstumsraten des BIP je Einwohner im Ist-Szenario, bei steigender Kinderzahl (primärer Effekt) und wachstumsorientierter Familienpolitik (Gesamteffekt)

Abbildung 8

in Prozent



Eigene Berechnungen

Durch die Zunahme des Gesamtwachstums ist auch die Reduzierung der Wachstumsrate des BIP je Einwohner in der Übergangsphase geringer. Selbst in der demografisch belasteten Wachstumsphase zwischen 2030 und 2034 bleibt das Wachstum des BIP je Einwohner etwa auf dem Niveau des ersten Jahrfünfts dieses Jahrhunderts. Langfristig sind Wachstumsraten des BIP je Einwohner von etwa 2 Prozent zu erreichen (Abbildung 8).

4.3 Wachstumsdividenden

Im Modell ergibt sich im Ist-Szenario bis zum Jahr 2050 eine BIP-Zunahme um 75 Prozent. Bei Berücksichtigung der primären Effekte der Familienpolitik ergibt sich eine Gesamtzunahme um 90 Prozent, bei wachstumsorientierter Familienpolitik um 99 Prozent (Gesamteffekt). Die Wachstumsdividende der Familienpolitik ergibt sich als Differenz dieser Zunahmen (Tabelle 15).

Beim **primären Effekt der Familienpolitik** wird der isolierte Wachstumseffekt der steigenden Kinderzahl berechnet. Das Gesamt-BIP steigt um zusätzliche 15 Prozentpunkte an (90 Prozent – 75 Prozent), beim BIP je Einwohner ergeben sich am Ende der Anpassungsphase keine Unterschiede zum BIP je Einwohner im Ist-Szenario.

Mit Blick auf die Wachstumseffekte ist es bei der Familienpolitik nicht nur wichtig, die Kinderzahl zu erhöhen, sondern dafür diejenigen Maßnahmen auszuwählen, welche die stärksten positiven Effekte auf die Wachstumstreiber haben. Dies wird bei der Betrachtung des **gesamten Wachstumseffekts** berücksichtigt. Das Gesamt-BIP steigt im Vergleich zum Ist-Szenario um zusätzliche 24 Prozentpunkte an, auch das BIP je Einwohner kann um weitere 9 Prozentpunkte gesteigert werden (Tabelle 15).

Die positiven Wachstumseffekte, so zeigt sich, werden in etwa 20 Jahren wirksam werden und sich im Zeitablauf verstärken. Die Wachstumsdividende pro Einwohner ist jedoch in einer Übergangszeit rückläufig, weil die Zahl der Kinder

Die Wachstumsdividende bis zum Jahr 2050

Tabelle 15

	Zusätzlich zur Zunahme im Ist-Szenario steigt das BIP bis 2050 durch ... um weitere	Zusätzlich zur Zunahme im Ist-Szenario steigt das BIP je Einwohner bis 2050 durch ... um weitere
den primären Effekt der Familienpolitik	15 Prozentpunkte	0 Prozentpunkte
den Gesamteffekt der Familienpolitik	24 Prozentpunkte	9 Prozentpunkte

Eigene Berechnungen

zwar ansteigt, viele von ihnen aber noch nicht erwerbsfähig sind, sodass das vorhandene BIP auf mehr Personen verteilt werden muss. Erst wenn die zusätzlichen Kinder in das erwerbsfähige Alter kommen, entstehen Wachstumsimpulse durch mehr Beschäftigung und ein geringeres Abgabewachstum. Die Wachstumsdividende je Einwohner ist am Ende der Anpassungsphase null.

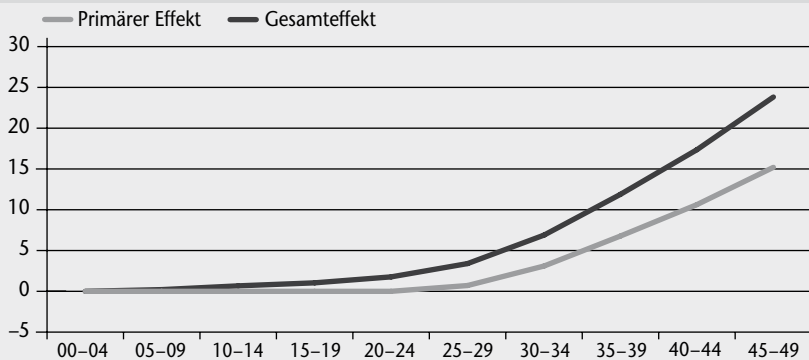
Durch die zusätzlichen Effekte der Familienpolitik auf die Wachstumstreiber kann der Rückgang des BIP je Einwohner gegenüber dem Ist-Szenario verringert werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert sich bereits in den kommenden Jahren, sodass die Erwerbstätigkeit zunimmt und das gesamtwirtschaftliche Abgabewachstum reduziert werden kann. Ab dem Jahr 2025 wirkt sich die bessere frühkindliche Förderung in Form besser qualifizierter Jahrgänge aus, die in den Arbeitsmarkt eintreten. Die Wachstumsdividende steigt an.

Bezieht man den primären Wachstumseffekt auf das Gesamt-BIP, so hat die höhere Kinderzahl bereits während der Übergangsphase einen positiven Effekt (Abbildung 9): Ab 2025 nimmt die Wachstumsdynamik gegenüber dem Ist-Szenario deutlich zu, da die Abgabenquote sinkt und die Zahl der Erwerbstätigen ansteigt. Additiv zur Zunahme des BIP im Ist-Szenario kann durch die Erhöhung der Kinderzahl das BIP weiter gesteigert werden. Der zusätzliche Anstieg beträgt 15 Prozentpunkte. Weitere 9 Prozentpunkte ergeben sich durch die Wahl der familienpolitischen Maßnahmen, die neben der Erhöhung der Kinderzahl besonders positive Effekte auf die Wachstumstreiber bewirken. Der Gesamteffekt auf das BIP führt somit dazu, dass die Zuwachsrate des BIP im Ist-Szenario bis zum Jahr 2050 um zusätzliche 24 Prozentpunkte gesteigert werden kann.

Die Wachstumsdividende im Zeitverlauf

Abbildung 9

Zusätzliche Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Wachstum im Ist-Szenario, in Prozentpunkten



Eigene Berechnungen

5

Fazit

Eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik kann demnach spürbare Wachstumsimpulse erzeugen. Das Gesamt-BIP steigt deutlich an:

- Der vor allem demografiebedingte Rückgang der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate des Produktionspotenzials auf 0,7 Prozent um das Jahr 2030 kann durch eine wachstumsorientierte Familienpolitik gemildert werden. Selbst in diesem Zeitraum ist durch eine geeignete Familienpolitik eine jährliche Wachstumsrate von 1,1 Prozent zu erreichen.
- Langfristig, also nach dem Ausscheiden der Baby-Boomer-Jahrgänge aus dem Arbeitsmarkt, ist eine jährliche Wachstumsrate von 1,2 bis 1,3 Prozent zu erwarten. Durch eine wachstumsorientierte Familienpolitik kann diese jährliche Rate auf 1,7 Prozent gesteigert werden.
- Insgesamt kann das BIP-Wachstum bis zum Jahr 2050 um weitere 24 Prozentpunkte gesteigert werden. 15 Prozentpunkte ergeben sich allein durch die mit der steigenden Kinderzahl verbundenen primären Wachstumseffekte. Weitere 9 Prozentpunkte werden gewonnen, wenn die richtigen familienpolitischen Maßnahmen zur Steigerung der Kinderzahl ausgewählt werden.
- Das Wachstum des BIP je Einwohner kann langfristig um weitere knapp 9 Prozentpunkte gesteigert werden, wenn eine wachstumsorientierte Familienpolitik verfolgt wird.

Familienpolitik kann also wachstumssteigernd ausgestaltet werden, wenn sie eine Geburtensteigerung mit einer Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit und besseren Bildungschancen für Kinder verbinden kann. Dies ist durch die Einführung eines Elterngelds, den Ausbau der frühkindlichen Betreuung, die Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten bei gleichzeitiger Einführung von Ganztagschulen und durch eine Modularisierung der Ausbildung möglich. Eine solche nachhaltige Familienpolitik trägt zu einer Steigerung des Sozialprodukts bei und wirkt den drohenden demografischen Bremseffekten entgegen.

Literatur

D'Addio, Anna Cristina / **d'Ercole**, Marco Mira, 2005, Trends and Determinants of Fertility Rates in OECD Countries: The Role of Policies, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 27, Paris

Adserà, Alicia, 2004, Changing fertility rates in developed countries: The impact of labor market institutions, in: Journal of Population Economics, Vol. 17, No. 1, S. 17–43

Adserà, Alicia, 2005, Vanishing Children: From High Unemployment to Low Fertility in Developed Countries, in: American Economic Review, Vol. 95, No. 2, S. 189–193

Althammer, Jörg, 1999, Familienpolitik und Beschäftigung – Möglichkeiten und Grenzen einer wirtschaftspolitischen Beeinflussung des Arbeitsangebotes von Müttern, in: Kleinhenz, Gerhard / Kühlewind, Gerhard (Hrsg.), Mehr Beschäftigung in Deutschland: Ordnungs- und wirtschaftspolitische Ansätze, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 224, S. 61–83

Althammer, Jörg, 2000, Ökonomische Theorie der Familienpolitik: Theoretische und empirische Befunde zu ausgewählten Problemen staatlicher Familienpolitik, Heidelberg

Andersson, Gunnar, 2005, A study on policies and practices in selected countries that encourage childbirth: The case of Sweden, MPIDR Working Paper, No. 2005-005, Rostock

Anger, Christina / **Plünnecke**, Axel / **Seyda**, Susanne, 2006, Bildungsarmut und Humankapitalschwäche in Deutschland, IW-Analysen, Nr. 18, Köln

Anger, Christina / **Plünnecke**, Axel / **Tröger**, Michael, 2007, Renditen der Bildung – Investitionen in den frühkindlichen Bereich, Gutachten im Auftrag der Wissensfabrik

Apps, Patricia / **Rees**, Ray, 2001, Fertility, Female Labor Supply and Public Policy, IZA Discussion Paper, No. 409, Bonn

Bassanini, Andrea / **Duval**, Romain, 2006, Employment Patterns in OECD Countries: Reassessing the Role of Policies and Institutions, OECD Social, Employment and Migration Working Paper, Nr. 35, Paris

Beblo, Miriam / **Beninger**, Denis / **Laisney**, François, 2003, Family Tax Splitting: A Microsimulation of its Potential Labour Supply and Intra-household Welfare Effects in Germany, ZEW Discussion Paper, No. 03-32, Mannheim

Beblo, Miriam / **Lauer**, Charlotte / **Wrohlich**, Katharina, 2005, Ganztagschulen und Erwerbsbeteiligung von Müttern – Eine Mikrosimulationsstudie für Deutschland, ZEW Discussion Paper, No. 05-93, Mannheim

Beblo, Miriam / **Bender**, Stefan / **Wolf**, Elke, 2006, The wage effects of entering motherhood: A within-firm matching approach, IAB Discussion Paper, No. 13, Nürnberg

Becker, Gary S., 1964, Human Capital, New York

Becker, Gary S., 1991, A treatise on the family, London

Becker, Gary S. / **Tomes**, Nigel, 1979, An Equilibrium Theory of the Distribution of Income and Intergenerational Mobility, in: Journal of Political Economy, Vol. 87, No. 6, S. 1153–1189

- Becker**, Irene, 2002, Frauenerwerbstätigkeit hält Einkommensarmut von Familien fern, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 71. Jg., Nr. 1, S. 126–146
- Becker**, Rolf / **Lauterbach**, Wolfgang, 2004, Vom Nutzen vorschulischer Kinderbetreuung für Bildungschancen, in: Becker, Rolf / Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.), Bildung als Privileg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, Wiesbaden, S. 127–159
- Bertram**, Hans / **Rösler**, Wiebke / **Ehlert**, Nancy, 2005, Nachhaltige Familienpolitik: Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, Berlin
- BiB** – Bundesinstitut für Bevölkerungswissenschaft / **Robert Bosch Stiftung**, 2006, Kinderwünsche in Deutschland: Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik, Stuttgart
- Blanchet**, Didier / **Ekert-Jaffé**, Olivia, 1994, The Demographic Impact of Family Benefits: Evidence from a Micro-Model and from Macro-Data, in: Ermisch, John / Ogawa, Naohiro (Hrsg.), The Family, the Market and the State in Ageing Societies, Oxford, S. 79–104
- Blöndal**, Sveinbjörn / **Field**, Simon / **Girouard**, Nathalie, 2002, Investment in Human Capital through post-compulsory education and training: Selected efficiency and equity aspects, in: OECD Economics Department Working Paper, No. 333, Paris
- Blossfeld**, Hans-Peter / **Jaenichen**, Ursula, 1990, Bildungsexpansion und Familienbildung: Wie wirkt sich die Höherqualifizierung der Frauen auf ihre Neigung zu heiraten und Kinder zu bekommen aus?, in: Soziale Welt, 41. Jg., Heft 4, S. 454–476
- BMBF** – Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2003, Vertiefender Vergleich der Schulsysteme ausgewählter PISA-Staaten, Bonn
- BMFSFJ** – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2003, Auf den Anfang kommt es an! Perspektiven zur Weiterentwicklung des Systems der Tageseinrichtungen für Kinder in Deutschland, Weinheim u. a. O.
- Bos**, Wilfried / **Lankes**, Eva-Maria, / **Prenzel**, Manfred / **Schwippert**, Knut / **Walther**, Gerd / **Valtin**, Renate (Hrsg.), 2003, Erste Ergebnisse aus IGLU, Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich, Münster, S. 69–138
- Bothfeld**, Silke / **Schmidt**, Tanja / **Tobsch**, Verena, 2005, Erosion des männlichen Ernährermodells? Die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern unter drei Jahren, BMFSFJ (Hrsg.), Berlin
- Büchel**, Felix / **Spieß**, Katharina, 2002, Kindertageseinrichtungen und Müttererwerbstätigkeit – Neue Ergebnisse zu einem bekannten Zusammenhang, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 71, S. 95–113
- Büchner**, Charlotte / **Haan**, Peter / **Schmitt**, Christian / **Spieß**, C. Katharina / **Wrohlich**, Katharina, 2006, Wirkungsstudie „Elterngeld“, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (Hrsg.), Politikberatung kompakt, Nr. 18, Berlin
- Burniaux**, Jean-Marc / **Duval**, Romain / **Jaumotte**, Florence, 2003, Coping with ageing: A dynamic approach to quantify the impact of alternative policy options on future labour supply in OECD countries, Paris

- Castles**, Francis, 2003, The world turned upside down: below replacement fertility, changing preferences and family-friendly public policy in 21 OECD countries, in: *Journal of European Social Policy*, Vol. 13, No. 3, S. 209–227
- Cigno**, Alessandro / **Casolaro**, Luca / **Rosati**, Furio, 2002, The Impact of Social Security on Saving and Fertility in Germany, in: *Finanzarchiv*, 59. Jg., S. 189–211
- Craig**, Lyn, 2006, Do time use patterns influence fertility decisions? A cross-national inquiry, in: *International Journal of Time Use Research*, Vol. 3, No. 1, S. 60–87
- Curie**, Janet, 2001, Early Childhood Education Programs, in: *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 15, No. 2, S. 213–238
- Del Boca**, Daniela / **Pasqua**, Silvia / **Pronzato**, Chiara, 2003, Analyzing Women's Employment and Fertility Rates in Europe: Differences and Similarities in Northern and Southern Europe, Turin
- Del Boca**, Daniela / **Vuri**, Daniela, 2005, Labor Supply and Child Care Costs: The Effect of Rationing, IZA Discussion Paper, No. 1779, Bonn
- DIW** – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2002, Abschätzung der Brutto-Einnahmeeffekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, Schriftenreihe des BMFSFJ, Band 233, Baden-Baden
- DIW / BMFSFJ** – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung / Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005, Familienunterstützende Dienstleistungen (FUD) – Wachstum, Beschäftigung, Innovation, Event Documentation 3, 27. September 2005, Berlin
- Duvander**, Ann-Zofie / **Andersson**, Gunnar, 2005, Gender Equality and Fertility in Sweden: A Study on the Impact of the Father's Uptake of Parental Leave on Continued Childbearing, MPIDR Working Paper, No. 2005-013, Rostock
- Entwisle**, Doris R. / **Alexander**, Karl L. / **Olson**, Linda Steffel, 1997, *Children, Schools, and Inequality*, Boulder
- Esping-Andersen**, Gosta, 1999, *Social Foundation of Postindustrial Economies*, Oxford
- European Commission**, 2005, 'Making work pay' debates from a gender perspective: A comparative review of some recent policy reforms in thirty European countries, Luxemburg
- Gauthier**, Anne H el ene / **Hatzius**, Jan, 1997, Family benefits and fertility: An econometric analysis, in: *Population Studies*, Vol. 51, S. 295–306
- Genosko**, Joachim / **Weber**, Reinhard, 1992, The Impact of Family Allowances on Demographic Changes: A Case Study for Germany, *Diskussionsbeitr age der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakult at Ingolstadt*, Nr. 18, Ingolstadt
- Gustafsson**, Siv / **Kenjoh**, Eiko / **Wetzels**, C ecile, 2002, Postponement of maternity and the duration of time spent at home after first birth: Panel data analyses comparing Germany, Great Britain, the Netherlands and Sweden, *OECD Labour Market and Social Policy Occasional Paper*, No. 59, Paris

- Ham**, Maarten van / **Büchel**, Felix, 2004, Unwilling or unable? Spatial, Institutional and Socio-Economic Restrictions on Females' Labor Market Access, IZA Discussion Paper, No. 1034, Bonn
- Hank**, Karsten, 2002, Regional Social Contexts and Individual Fertility Decision: A Multilevel Analysis of First and Second Births in Western Germany, in: *European Journal of Population*, Vol. 18, S. 281–299
- Hank**, Karsten / **Kreyenfeld**, Michaela, 2003, A Multilevel Analysis of Child Care and Women's Fertility Decisions in Western Germany, in: *Journal of Marriage and Family*, Vol. 65, S. 584–596
- Hank**, Karsten / **Kreyenfeld**, Michaela / **Spieß**, Katharina, 2004, Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 33. Jg., Heft 3, S. 228–244
- Haveman**, Robert / **Wolfe**, Barbara, 1995, The Determinants of Children's Attainments: A Review of Methods and Findings, in: *Journal of Economic Literature*, Vol. 33, No. 4, S. 1829–1878
- Helburn**, Suzanne / **Howes**, Carollee, 1996, Child Care Cost and Quality, in: *The Future of Children: Financing Child Care*, Vol. 6, No. 2, S. 62–82
- Howes**, Carollee / **Hamilton**, Claire E., 1993, Child Care for young Children, in: Spodek, Bernard (Hrsg.), *Handbook of Research on the Education of Young Children*, New York, S. 322–336
- Hülkamp**, Nicola / **Seyda**, Susanne, 2004, Staatliche Familienpolitik in der sozialen Marktwirtschaft: Ökonomische Analyse und Bewertung familienpolitischer Maßnahmen, *IW-Positionen*, Nr. 11, Köln
- Immervoll**, Herwig / **Barber**, David, 2005, Can Parents Afford to Work? Childcare Costs, Tax-Benefit Policies and Work Incentives, *OECD Social, Employment and Migration Papers*, No. 31, Paris
- Jaumotte**, Florence, 2003, Female Labour Force Participation: Past Trends and Main Determinants in OECD Countries, *OECD Economics Department Working Papers*, No. 376, Paris
- Kaltenborn**, Bruno, 2004, Arbeitsangebotseffekte des Erziehungsgeldes, *Beiträge zur Wirtschaftsforschung und Politikberatung*, Nr. 18, Berlin
- Klein**, Thomas, 1989, Bildungsexpansion und Geburtenrückgang: Eine kohortenbezogene Analyse zum Einfluss veränderter Bildungsbeteiligung auf die Geburt von Kindern im Lebensverlauf, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 41. Jg., S. 483–503
- Kreyenfeld**, Michaela, 2004, Sozialstruktur und Kinderbetreuung, *MPIDR Working Paper*, No. 2004-009, Rostock
- Kreyenfeld**, Michaela / **Hank**, Karsten, 2000, Does the availability of child care influence the employment of mothers? Findings from western Germany, in: *Population Research and Policy Review*, Vol. 19, S. 317–377
- Krueger**, Alan B. / **Lindahl**, Mikael, 2001, Education for Growth: Why and for Whom?, in: *Journal of Economic Literature*, Vol. 39, No. 4, S. 1101–1136

- Lutz**, Hedwig, 2003, Auswirkungen der Kindergeldregelung auf die Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern, in: WIFO-Monatsberichte, Nr. 3, S. 213–227
- Lutz**, Wolfgang / **Scherbov**, Sergei, 2003, Europe's population at a turning point, in: Science, Vol. 229, S. 1991–1992
- Mankiw**, N. Gregory / **Romer**, David / **Weil**, David N., 1992, A Contribution to the Empirics of Economic Growth, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 107, S. 407–437
- Merz**, Monika, 2004, Women's Hours of Market Work in Germany: The Role of Parental Leave, IZA Discussion Paper, No. 1288, Bonn
- Mincer**, Jacob, 1958, Investment in Human Capital and Personal Income Distribution, in: Journal of Political Economy, Vol. 66, No. 4, S. 281–302
- Mincer**, Jacob, 1974, Schooling, Experience, and Earnings, New York
- Naz**, Ghazala, 2004, The impact of cash-benefit reform on parents' labour force participation, in: Journal of Population Economics, Vol. 17, S. 369–383
- Neyer**, Gerda, 2003, Family Policies and Low Fertility in Western Europe, MPIDR Working Paper, No. 2003-21, Rostock
- Neyer**, Gerda, 2006, Family policies and fertility in Europe: Fertility policies at the intersection of gender policies, employment policies and care policies, MPIDR Working Paper, No. 2006-010, Rostock
- Neyer**, Gerda R. / **Andersson**, Gunnar / **Hoem**, Jan M. / **Rønsen**, Marit / **Vikat**, Andres, 2006, Fertilität, Familiengründung und Familienerweiterung in den nordischen Ländern, MPIDR Working Paper, No. 2006-22, Rostock
- OECD** – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2003, Wirtschaftsausblick, Nr. 74, Paris
- OECD**, 2006, Education at a Glance, Paris
- Ondrich**, Jan / **Spieß**, Katharina / **Yang**, Qing, 2002, The Effects of Maternity Leave on Women's Pay in Germany 1984–1994, DIW Discussion Paper, No. 289, Berlin
- Ott**, Notburga, 1998, Der familienökonomische Ansatz von Gary S. Becker, in: Pies, Ingo (Hrsg.), Gary Beckers ökonomischer Imperialismus, Tübingen, S. 63–90
- Pfarr**, Heide / **Vogelheim**, Elisabeth, 2002, Zur Chancengleichheit von Frauen und Männern im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit, Edition Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 80, Düsseldorf
- Plünnecke**, Axel, 2003, Bildungsreform in Deutschland: Eine Positionsbestimmung aus bildungsökonomischer Sicht, Köln
- Plünnecke**, Axel / **Seyda**, Susanne, 2004, Bildung, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Perspektive 2050: Ökonomik des demographischen Wandels, Köln, S. 121–143
- DiPrete**, Thomas A. / **Morgan**, S. Philip / **Engelhardt**, Henriette / **Pacalova**, Hana et al., 2003, Do Cross-National Differences in the Costs of Children Generate Cross-National Differences in Fertility Rates?, DIW Discussion Paper, No. 355, Berlin

- Rindfuss**, Ronald / **Guzzo**, Karen Benjamin / **Morgan**, S. Philip, 2003, The changing institutional context of low fertility, in: Population Research and Policy Review, Vol. 22, No. 5-6, S. 411–438
- Robert Bosch Stiftung**, 2006, Unternehmen Familie, Studie von Roland Berger Strategy Consultants im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart
- Rönsen**, Marit / **Sundström**, Marianne, 2002, Family Policy and After-Birth Employment Among New Mothers – A Comparison of Finland, Norway and Sweden, in: European Journal of Population, Vol. 18, S. 121–152
- Rosenbluth**, Frances / **Light**, Matthew / **Schrag**, Claudia, 2002, The Politics of Low Fertility: Global Markets, Women's Employment, and Birth Rates in Four Industrialized Democracies, Yale
- Rosenschon**, Astrid, 2006, Finanzpolitische Maßnahmen zugunsten von Familien – Eine Bestandsaufnahme für Deutschland, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 1273, Kiel
- Schröder**, Jette, 2006, Frauenerwerbstätigkeit – ein Hemmnis für die Fertilität? Eine Analyse des Effekts der Erwerbstätigkeit auf den Übergang zur ersten Geburt in Deutschland, Working Paper des MZWE, Nr. 93, Mannheim
- Seyda**, Susanne, 2003, Frauenerwerbstätigkeit und Geburtenverhalten, in: IW-Trends, 30. Jg., Nr. 2, S. 26–36
- Solow**, Robert M., 1956, A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 70, No. 1, S. 65–94
- Spieß**, C. Katharina / **Büchel**, Felix / **Wagner**, Gert, 2003, Children Placement in Germany: Does Kindergarten attendance matter?, IZA Discussion Paper, No. 7222, Bonn
- Spieß**, C. Katharina / **Wrohlich**, Katharina, 2006, The Parental Leave Benefit Reform in Germany: Costs and Labour Market Outcomes of Moving towards the Scandinavian Model, IZA Discussion Paper, No. 2372, Bonn
- Steiner**, Viktor / **Wrohlich**, Katharina, 2006, Introducing Family Tax Splitting in Germany: How Would It Affect the Income Distribution and Work Incentives?, DIW Discussion Paper, No. 612, Berlin
- SVR** – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2002, Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Jahresgutachten 2002/2003, Stuttgart
- Swan**, Trevor W., 1956, Economic Growth and Capital Accumulation, in: Economic Record, Vol. 32, S. 334–361
- Tietze**, Wolfgang, 1998, Wie gut sind unsere Kindergärten? Eine Untersuchung zur pädagogischen Qualität in deutschen Kindergärten, Neuwied
- Weber**, Andrea, 2004, Wann kehren junge Mütter auf den Arbeitsmarkt zurück? Eine Verweildaueranalyse für Deutschland, ZEW Discussion Paper, No. 04-08, Mannheim
- Weinkopf**, Claudia, 2003, Förderung haushaltsbezogener Dienstleistungen – Sinnvoll, aber kurzfristige Beschäftigungswirkungen nicht überschätzen, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 72, S. 133–147

Werding, Martin, 2001, Familienpolitik für junge Familien: Wirkungen des „Familien-geld“-Konzeptes der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Nr. 3, München

Werding, Martin / **Kaltschütz**, Anita, 2005, Modellrechnungen zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, in: ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Band 17, München

Willand, Ilka, 2005, Bachelor und Master: Aktuelle Entwicklungen an deutschen Hochschulen, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 4, S. 372–381

Wroblewski, Angela / **Leitner**, Andrea, 2005, Lernen von den Besten: Interdependenzen von Frauenerwerbsbeteiligung und Geburtenzahlen im Ländervergleich, Edition Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 130, Düsseldorf

Wrohlich, Katharina, 2004, Child Care Costs and Mothers' Labor Supply: An Empirical Analysis for Germany, DIW Discussion Paper, No. 412, Berlin

Wrohlich, Katharina, 2006, Labor Supply and Child Care Choices in a Rationed Child Care Market, IZA Discussion Paper, No. 2053, Bonn

Ziefele, Andrea, 2004, Die individuellen Kosten des Erziehungsurlaubs: Eine empirische Analyse der kurz- und längerfristigen Folgen für den Karriereverlauf von Frauen, Berlin

Kurzdarstellung

Studien zu familienpolitischen Maßnahmen zeigen, dass diese signifikant positive Einflüsse auf die Fertilitätsrate, die Erwerbstätigkeit und den Bildungsstand ausüben können. Damit wirkt sich Familienpolitik auf die Wachstumstreiber Bevölkerung, Gesamtabgabenquote, Arbeitslosigkeit und Humankapital aus. Die stärksten Wachstumswirkungen dürften dabei von einer Kombination aus der Einführung des Elterngelds, dem Ausbau der Kinder- und Ganztagsbetreuung, der Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeiten bei gleichzeitiger Einführung von Ganztagschulen sowie der Modularisierung der Ausbildung erreicht werden. Auf Basis eines Wachstumsmodells des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus dem Jahresgutachten 2002/03 lässt sich zeigen, dass langfristig durch diese Maßnahmen eine Steigerung der Wachstumsrate des Produktionspotenzials um 0,4 Prozentpunkte möglich ist. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland kann dadurch bis zum Jahr 2050 um zusätzliche 24 Prozentpunkte gesteigert werden.

Abstract

Studies show that policy measures taken to promote the family can significantly increase the fertility rate, labour market participation and levels of education and thus affect population, the tax and contribution ratio, unemployment and human capital as sources of growth. The greatest effect on growth would result from a combination of measures: introducing parental benefit, expanding child and day care, reducing years of schooling and occupational training while at the same time extending the school day and introducing a modular structure for occupational training and tertiary education. A growth model used by the Council of Economic Experts to evaluate macroeconomic developments in their 2002/2003 report is used to show that in the long term these measures could increase the growth rate of production potential by 0.4 percentage points. In this way, German GDP growth could be increased by an additional 24 percentage points by the year 2050.

Die Autoren

Dr. rer. pol. **Axel Plünnecke**, geboren 1971 in Salzgitter; Studium der Volkswirtschaftslehre in Göttingen, Promotion in Braunschweig; seit 2003 im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Referent im Arbeitsbereich „Bildungsökonomie“ innerhalb des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik; seit 2005 stellvertretender Leiter des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik.

Dipl.-Volkswirtin **Susanne Seyda**, geboren 1972 in Köln; Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln; seit 2002 im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Referentin für „Demografie und Familienökonomie“ im Wissenschaftsbereich Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik.